

# **Politik im Namen Allahs**

Der Islamismus - eine Herausforderung für Europa

Eberhard Seidel  
Claudia Dantschke  
Ali Yıldırım

HRSG. Ozan Ceyhun, MdEP

Mitglied im Ausschuss für die Freiheiten und Rechte der Bürger, Justiz und  
innere Angelegenheiten

Stellvertretender Vorsitzender im gemischten Parlamentarischen  
Ausschuss EU-Türkei



Grusswort zur 2. Auflage **5**

Grusswort Ozan Ceyhun **6**

## 1. Der Islam - eine Herausforderung für Europa **9**

Das „Feindbild Islam“ · Der Islam in Europa · Der Kampf um das Kopftuch  
Islamistisch dominierte Zonen · Islam in Deutschland · Die Islamisten  
und die Aleviten · Der türkisch-sunnitische Islamismus in Europa · Anmerkungen

## 2. Milli Görüş **28**

Milli Görüş eine Gefahr für die Demokratie?  
Dialog und Gewalt · Was hat Milli Görüş zu verbergen? · Das Labyrinth -  
die Organisationsstruktur der IGMG · Necmettin Erbakan  
Der Königsweg · Die gerechte Ordnung · Das Grüne Kapital der Milli Görüş  
Das „Konya-Modell“ - die Finanzierung über Anteilscheine · Von Konya nach Deutschland  
und zurück · Die Verbandsstruktur von Milli Görüş · Anmerkungen

## 3. Das Kalifat von Köln **61**

Cemaleddin Kaplans Tod und die zwei Kalifen · Anmerkungen

## 4. Nurculuk - das Imperium des göttlichen Lichts **69**

Said Nursi, die Suche nach einer islamischen Identität · Das göttliche Licht über Köln  
Fethullah Gülen - Reformier oder Scharfmacher? · Anmerkungen

## 5. Das Zentrum des interreligiösen Dialogs **79**

Der Verband der Islamischen Kulturzentren (VIKZ) · Die Süleymanlılar -  
der mystische Hintergrund des VIKZ · Kemal Kaçar und die Entstehung des VIKZ  
in Deutschland · Fazit · Anmerkungen

## 6. Nakshibandiye - Die Mystik der türkischen Sunniten **91**

Die mystischen Quellen der Milli Görüş · Die mystischen Wurzeln  
der Süleymaniye und der Nurculuk · Die Muslimbrüder · Der Kalif von Köln  
Nakshibandiye und Wirtschaft · Anmerkungen

## 7. Der staatlich kontrollierte Islam **101**

## 8. Aktualisierungen zur 2. Auflage (Stand 30. September 2001) **105**

Die Autoren **110**





## **Grusswort zur 2. Auflage**

### **Im Namen Allahs**

Das vorliegende Heft ist die zweite Auflage einer Informationsbroschüre, die ich im August letzten Jahres herausgegeben habe. Wegen der großen Nachfrage habe ich mich entschlossen, eine aktualisierte Fassung aufzulegen.

Dieser Entschluss ist im Lichte der entsetzlichen und menschenverachtenden Anschläge in New York und Washington - von fanatischen Islamisten begangen, deren Spuren bis nach Deutschland führen - richtig gewesen. Diese Vorgänge haben uns noch einmal drastisch vor Augen geführt, dass es Personen und Gruppen unter den Moslems gibt, die nicht nur religiös radikal sind, sondern extrem gewaltbereit. Diese Tatsache ist bisher unterschätzt worden. Deshalb müssen die verschiedenen Gruppierungen in Deutschland, ihre Verbindungen und die Bedeutung für die freiheitliche Gesellschaft vor dem aktuellen Hintergrund neu bewertet werden.

Die Toleranz der Bundesrepublik gegenüber religiösen Vereinigungen und Kirchen ist Ausdruck einer pluralistischen Tradition, die von einigen wenigen ausgenutzt wird. Deshalb müssen wir genauer hinschauen. Wir müssen auch deshalb Aufklären, wie wir es in dieser Broschüre versucht haben, damit die vielen friedlich hier lebenden Moslems nicht zum Ziel einer blinden Hexenjagd werden, die sich aus Unkenntnis und Furcht speist. Insofern finde ich es ermunternd, dass sich seit dem 11. September 2001 in den USA aber auch hier immer mehr Menschen für Orientalistik, die arabische Welt und den Islam interessieren.

Ich bin sicher, dass wir unsere freiheitlich-liberale Grundhaltung bewahren und dennoch die deutsche Demokratie nach außen und nach innen wehrhaft gegen diese Art von Fanatismus machen können. Dazu soll diese Broschüre einen Beitrag leisten.

Den Autoren danke ich für ihre Bereitschaft, die Beiträge auf den neuesten Stand zu bringen. Auch möchte ich der SPE-Fraktion für ihre Unterstützung bei der Finanzierung dieser Auflage danken.

**Ozan Ceyhan**

## Der politische Islam Aufklärung für den Dialog

Die mittel- und westeuropäischen Gesellschaften sind endlich auf dem Weg, den Islam als eine in ihren Ländern selbstverständlich praktizierte Religion zu akzeptieren. Die undogmatischen Diskussionen über den Islam finden immer häufiger statt, die Gesprächsrunden sind nicht mehr einseitig christlich besetzt. Dabei werden neue Fragen aufgeworfen, deren Antworten die Eckpfeiler für das „neue“ Zusammenleben darstellen werden. Die wichtigste Frage lautet: Wer vertritt den Islam in einem interreligiösen Dialog, und welche Maßstäbe müssen für diesen Dialog gesetzt werden?

Viele der islamischen Organisationen, die beanspruchen, die Muslime zu vertreten, sind Verbände des politischen Islam. Ist der politisch motivierte Islam eine Gefahr für die westlichen Demokratien? Ist der Islam an sich nicht demokratiefähig, wie es von vielen Seiten behauptet wird? Diese Fragen müssen im politischen Alltag ausgespart werden, denn die Realität – gerade in Deutschland – zeigt, dass der politische Islam mehr Menschen mobilisieren kann, als dass er ignoriert werden könnte.

Als deutscher Europaabgeordneter türkischer Herkunft setze ich mich seit langem für einen Dialog zwischen der deutschen Gesellschaft und einflussreichen Gruppierungen des politischen Islam ein. Allerdings wird mein Bemühen von Vorwürfen mancher türkischer Sozialdemokraten, den sogenannten „Kemalisten“, begleitet. Diese wollen ihre Auseinandersetzung mit den türkischen Islamisten in Deutschland fortsetzen und sind nicht bereit zuzugeben, dass die Stärke der Islamisten in der Türkei aufgrund der jahrzehntelangen falschen Politik der Kemalisten erst möglich wurde.

Eine Politik, die die Verarmung großer Bevölkerungsteile zur Folge hatte, bereitete den Boden für die islamistischen Bewegungen in der Türkei. Diese Entwicklung wurde durch die repressiven Maßnahmen des Staates verstärkt. Die furchtbaren Folgen einer solchen Politik sieht man heute in Algerien. Die Befürworter dieser Politik sind bis heute nicht bereit, Selbstkritik zu üben.

Leider haben manche Sozialdemokraten türkischer Herkunft in Deutschland mit der Fortsetzung dieser Praxis dazu beigetragen, dass sich die Islamisten als Opfer der türkischen Staatsgewalt präsentieren konnten. Anstatt jahrelang darüber zu diskutieren, wer die Feinde von Atatürks Erbe in Deutschland sind, hätte man sich längst für einen Dialog mit den Anhängern der Islamisten einsetzen müssen, um diese dem Einflussbereich ihrer Anführer zu entziehen. Denn wie so oft kann auch in diesem Fall nur ein Dialog mögliche Probleme auf beiden Seiten lösen.

Allerdings muss ich inzwischen meine Forderung nach einem bedingungslosen Dialog mit Gruppierungen des politischen Islam relativieren, denn es zeichnet sich eine gefährliche Entwicklung ab. Unter dem Vorwand des Dialogs wird die Unwissenheit mancher deutscher Politiker, Verbände oder Kirchen über den politischen Islam ausgenutzt.

Auf diese Art bauen einige sunnitisch geprägte islamistische Gruppierungen aus der Türkei nicht nur ihre Machtposition aus. Sie spielen auch bei der Ausgrenzung anderer islamischer Minderheiten wie beispielsweise der Ahmadiya oder der Aleviten eine entscheidende Rolle. "Muslim" ist nur noch, wer die Position der Vertreter der sunnitischen islamistischen Vereinigungen inne hat.

Bedenklich wird es, wenn Vertreter der Kirche oder anderer Organisationen bereit sind, die alevitischen Muslime als "Nicht-Muslime" zu bezeichnen. Und das nach der Beratung mit einigen sunnitischen Ansprechpartnern. Dieser absurden Entwicklung muss Einhalt geboten werden.

Wenn so mancher ausgewiesene Experte beim Umgang mit dem politischen Islam von einem "wehrhaften Missverständnis" der Skeptiker spricht, wird die Notwendigkeit eines Dialogs deutlich. Diese Experten folgen dem im Koran erwähnten "Al-Ichlás", der Reinheit des Vertrauens. Nur: mit Reinheit alleine entlässt man sich selbst aus der politischen Verantwortung.

Mir stellt sich die Frage, ob uns bei der möglichen Existenz verfassungsfeindlicher Organisationen des politischen Islam Vertrauen weiterbringt, oder ob wir nicht eine gesellschaftliche Gefahr verkennen. In diesem Fall bin sogar ich als Kenner der Lage erleichtert, dass die verfassungsschützenden Organe der Bundesrepublik ihre Arbeit verrichten.

Die Trennung von Staat und Kirche in Deutschland setzt eine Gleichbehandlung aller Religionsgemeinschaften voraus. Gleichzeitig müssen jedoch die demokratischen Grundwerte eines Rechtsstaats geschützt werden. Dies darf weder zu einem Abbruch des Dialogs mit islamischen Gruppierungen führen, noch eine pauschale Kriminalisierung der Muslime in Deutschland beinhalten.

Es ist richtig, dass Deutschland noch weit von der Gleichstellung des Islam gegenüber anderen Religionen entfernt ist. Es ist auch richtig, dass ein differenziert vorbereiteter deutschsprachiger Islam-Unterricht für die sunnitischen und alevitischen Schüler an hiesigen Schulen ein ebenso fester Bestandteil des Zusammenlebens werden muss, wie der Islam als Wertegemeinschaft seine Berechtigung finden sollte. Dennoch: Die Bemühungen, das Leben in Deutschland nach dem "saudischen" oder "afghanischen" Islam zu gestalten, müssen unterbunden werden. Sie bedeuten die Ablehnung eines Zusammenlebens nach den demokratischen Werten in Europa. Das kann nicht das Ziel eines möglichst konfliktfreien und friedlichen "interkulturellen" Zusammenlebens sein.

Die Unterscheidung zwischen legitimerweise "observierten" Islamisten und in Ruhe gelassenen sogenannten "reaktionären" Christen, wie sie einige Experten immer wieder heranziehen, ist für mich nicht nachvollziehbar. Es darf nicht zu einer strukturellen Ungleichbehandlung zwischen beiden Gruppen kommen.

Allerdings muss ein besonderes Augenmerk darauf gelegt werden, was artikuliert und veröffentlicht wird. Ein in einer Predigt formulierter Angriff auf die Trennung von Staat und Kirche ist Ausdruck einer politischen Geisteshaltung. Verteidigt der Prediger an anderer Stelle die Verfassung, dann liegt der Verdacht auf Unglaubwürdigkeit nahe. Nicht nur die auf Deutsch vorliegenden "Sonntagsreden" der Islamisten sind zur Kenntnis zu nehmen. Auch die auf Türkisch gestalteten Internetseiten oder andere Medienangebote müssen unter die Lupe genommen werden. So kann man Unterschiede zwischen externer Sympathiewerbung für die Vermittlung ihrer "Scheintoleranz" in Deutschland und interner Betreuung eigener Anhänger mit intoleran-



ten Inhalten feststellen.

Im Umgang mit dem politischen Islam gibt es also weiterhin nur eine Lösung: den Dialog. Der Auseinandersetzung muss aber eine Aufklärung über die verschiedenen Gruppierungen des politischen Islam vorausgehen, um Probleme und eventuelle Missverständnisse aus dem Weg zu räumen. In diesem Dialog dürfen Minderheiten wie die Aleviten nicht ausgeschlossen werden.

Der Erfolg eines solchen Dialogs zwischen den Religionen ist allein aus demografischen Gründen zwingend notwendig. „Setzt sich der Trend fort, wird das Mutterland der Reformation am Ende des Jahrhunderts religiös in erster Linie nicht mehr vom Christentum, sondern vom Islam geprägt sein“, schreibt die um ihre Mitgliederzahl besorgte evangelische Kirchenzeitschrift *idea Spektrum* in Ausgabe 23/2000. Dann würden in Deutschland Verhältnisse wie auf dem Balkan oder im Libanon drohen. Aus meiner Sicht sollte man „die Kirche im Dorf lassen“. Trotzdem teile ich in einem Punkt ihre Sorge: Sollte der kritische Dialog scheitern, ist ein friedliches Zusammenleben in Deutschland nicht mehr möglich. Um so wichtiger ist also eine Aufklärung, damit das interreligiöse Gespräch friedensstiftend wirken kann.

Dieses Buch befasst sich mit Organisationen des politischen Islam, ihrer Geschichte, ihrer Struktur und ihren Absichten. Es soll einen Beitrag zur Aufklärung über den politischen Islam leisten, um so den Dialog zu befruchten.

Die Autoren Claudia Dantschke, Eberhard Seidel und Ali Yıldırım sind ausgewiesene Kenner der Materie. Mit großem Wissen und Engagement haben sie an der Entstehung dieses Buches gearbeitet. Sie mussten bei der Recherche so manche Hindernisse überwinden. Dafür gebührt ihnen mein Dank.

Ein großer Dank geht auch an Daniel Cohn-Bendit, der dieser Veröffentlichung mit Rat und Tat zur Seite stand, und ohne dessen materielle und ideelle Unterstützung die Umsetzung sehr viel schwieriger gewesen wäre.

Ich hoffe, dass ich mit meiner Veröffentlichung dem Ziel näherkomme, über den politischen Islam zu informieren, und dass durch sie eine konstruktive Debatte, ohne Ausgrenzung und ohne Blauäugigkeit, entstehen kann. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen viel Vergnügen bei der Lektüre dieses Buches.

**Ozan Ceyhun**



## 1. Der Islam – eine Herausforderung für Europa

Europa und der Islam – erst in jüngster Zeit wird sich der alte Kontinent dieser fruchtbaren wie konfliktreichen Beziehungsgeschichte wieder bewusst. Was lehren europäische Schulen über die inzwischen 1.200 Jahre alte Geschichte des Islam auf dem alten Kontinent? Nicht viel. Vergessen scheint die Epoche, als die islamische Welt dem christlichen Europa kulturell, im Bereich der Wissenschaften und auch militärisch weit überlegen war. Orientalisten und Vertreter muslimischer Dachverbände arbeiten an einer Korrektur des Geschichtsbildes. Sie erinnern daran, was die europäische Kultur al-Andalus, dem goldenen Zeitalter des aufgeklärten Islam in Andalusien, zu verdanken hat – in der Mathematik, der Architektur, der Medizin und der Philosophie. In nahezu allen Bereichen des Lebens konnte das christliche Europa von seinen südlichen Nachbarn lernen.

Heute schaut der Westen mitleidig bis verwundert auf die kulturelle, wissenschaftliche und technologische Rückständigkeit vieler islamischer Länder. Nicht weniger überheblich war die Sicht der weltoffenen Muslime zur Blütezeit der maurischen Kultur auf die Europäer. So schreibt der religiöse Richter aus Cordoba, Sa'īd ibn Ahmad, im Jahr 1068 über die Franken: "Die anderen Völker dieser Gruppe, die die Wissenschaften nicht gepflegt haben, gleichen eher Tieren als Menschen. (...) Ihr Charakter ist kühl, ihr Humor primitiv, ihre Bäuche sind fett, ihre Farbe bleich, ihr Haar lang und strähmig. So mangelt es ihnen an Verstandesschärfe und Klarheit der Intelligenz, und sie werden von Unwissenheit und Apathie, fehlender Urteilskraft und Dummheit überwältigt."<sup>1</sup>

Ein muslimischer Gesandter, der im 10. Jahrhundert die Stadt Schleswig besuchte, hält fest: "Die Stadt ist arm an Gütern und Segen. (...) Werden einem von ihnen Kinder geboren, so wirft er sie ins Meer, um sich die Ausgaben zu sparen. Die Frau scheidet sich selbst, wann sie will. (...) Nie hörte ich hässlicheren Gesang als den der Schleswiger, und es handelt sich dabei um ein Gebrumm, das aus ihren Kehlen herauskommt gleich dem Gebell der Hunde, nur noch viel tierischer als dies."<sup>2</sup>

Europa und der Islam – das ist neben der kulturellen auch eine Geschichte der militärischen Begegnung. Erinnerung sei an die Kreuzzüge vom 11. bis in das 13. Jahrhundert, als sich die europäischen Herrscher verbündeten, um das was sie als ihre heiligen Stätten in Jerusalem ansahen, von der Herrschaft der Ungläubigen zu befreien. Die Kreuzzüge,



die in Wahrheit nichts anderes als Eroberungsfeldzüge im Namen der Religion waren, gehören nicht zu den Ruhmeskapiteln europäischer Geschichte.

Was die Kreuzzüge für die islamisch-arabische Welt bedeuteten, waren im 17. Jahrhundert für die christlich-jüdische Welt die "Türken vor Wien". Die türkischen "Muselmanen" wurden zum Schreckgespenst Europas. Die damals erlebte Grausamkeit und Unterdrückung sind vor allem unter den Bewohnern der ehemals osmanisch besetzten Gebiete, zum Beispiel in Griechenland, Serbien und Bulgarien, heute noch lebendig.

## **Das "Feindbild Islam"**

Der Westen habe nach dem Ende des Ost-West-Konflikts das alte Feindbild Kommunismus durch das Feindbild Islam ersetzt. Der Westen brauche nach dem Verschwinden des sozialistischen Blocks und der Auflösung der bipolaren Weltordnung einen neuen Sündenbock, um sich seiner Identität zu versichern und geopolitische Interessen sowie militärische Aufrüstung zu legitimieren. So lauten die Argumente, die Vertreter islamischer Organisationen bei vielen Gelegenheiten vortragen. Unterstützt werden sie dabei von einem Teil der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit, der die Entwicklung nach 1989 ähnlich interpretiert.

Die Feindbild-These wird auch von westlichen Ideologen genährt. Der Rest der Welt gegen den Westen, Fundamentalismus versus Moderne – das ist etwas verkürzt und grob zusammengefasst die Botschaft, die der Politikprofessor und Berater des US-Außenministeriums Samuel P. Huntington Mitte der neunziger Jahre mit seiner These vom Kampf der Kulturen (im Englischen "The Clash of Civilizations") um den Globus schickte.<sup>3</sup> Huntington behauptet, dass seit der Auflösung des Sowjetimperiums nach 1989 die Kulturen heftiger aufeinanderprallen als je zuvor. Wer sein Werk liest, kann tatsächlich den Eindruck gewinnen, dass der Islam die größte Bedrohung und Herausforderung des Westens ist.

Trotz der Popularität, die Huntingtons Thesen vorübergehend gewannen – mit dem Feindbild Islam des Westens ist es nicht weit her. Es gibt zu viele andere Stimmen. Ex-Bundespräsident Roman Herzog zum Beispiel machte sich als oberster Repräsentant der Bundesrepublik die Widerlegung der These vom Kampf der Kulturen in den Jahren nach 1997 zur Herzensangelegenheit. Er forderte die Deutschen in einem Zeitungsinterview auf: "Macht nicht den Fehler, dass ihr jeden Terroristen mit dem Islam gleichsetzt und den Islam mit dem Terrorismus. Schaut euch die Dinge genau an."

Huntingtons Behauptung, die Weltpolitik im 21. Jahrhundert werde nicht von Auseinandersetzungen politischer, ideologischer oder wirtschaftlicher Natur bestimmt werden, sondern vom Konflikt zwischen den sieben großen Weltkulturen, erklärt ebenso wenig wie das Postulat, der Westen pflege ein Feindbild Islam. Die Konfliktlinien der Gegenwart verlaufen nicht zwischen Kulturblöcken – zum Beispiel der Westen versus die islamische Welt. Kulturen oder besser Gesellschaften sind heute alles andere als homogen. In der Regel sind sie zerklüftet in eine Vielzahl unterschiedlichster Interessen und Identitäten. Das Resultat: Schon innerhalb einer Gesellschaft stehen sich widerstreitende Dominanz- und Machtansprüche gegenüber. Die Konfliktlinien verlaufen heute seltener transnational, sondern überwiegend innerhalb der Gesellschaften selbst.<sup>4</sup> Beispiel Türkei: Seit 25 Jahren führte das Land keinen Krieg mehr gegen einen äußeren Feind, allerdings putschte das Militär in diesem Zeitraum, wurden Gewerkschaften zerschlagen und die freie Presse unterdrückt, führten die Herrschenden Krieg gegen die kurdische PKK und gegen Vertreter des politischen Islam, die sich mit der Trennung von Religion und Staat nicht abfinden wollen. Auch Ägypten führt heute nicht mehr Krieg gegen Israel, sondern gegen die militanten Muslimbruderschaften, die eine stärkere Islamisierung der Gesellschaft anstreben und sich gegen die Westbindung des Landes wehren. Und in Algerien metzeln Muslime nicht Christen nieder, sondern Muslime. Es gilt also, genau zu unterscheiden.

Bei der Auseinandersetzung mit den verschiedenen Erscheinungsformen des politischen Islam, also jener Gruppen, die eine Trennung von Staat und Religion ablehnen und die – zumindest in ihren Heimatländern – eine Gesellschaft anstreben, die auf der Scharia, also dem islamischen Gesetz basiert, interessiert uns vor allem: Wie stark sind diese Gruppierungen einzuschätzen? Wie wollen sie ihre Ziele erreichen? Welche Mittel wollen sie dafür einsetzen? Was bedeutet das für säkulare Rechtsstaaten wie zum Beispiel Frankreich und Deutschland?

Viele Vertreter des politischen Islam, deren Organisationen in den folgenden Kapiteln dargestellt werden, denunzieren bereits dieses Erkenntnisinteresse als islamfeindlich. Wir postulieren indes, dass die politische Programmatik islamistischer Gruppen nur wenig mit dem Islam als Religion zu tun hat.

Wir betrachten den politischen Islam nicht als religiöse, sondern in erster Linie als eine soziale und wirtschaftliche Bewegung, als eine Reaktionsform auf ökonomische und gesellschaftliche Krisenerscheinungen. Die islamistischen Bewegungen sehen sich als Alternative zu den nationalistischen, sozialistischen und neoliberalen Model-



len gesellschaftlicher Entwicklung, die in der islamischen Welt offensichtlich alle ge-  
scheitert sind, da sie die oft kolonialbedingte wirtschaftliche und technologische Un-  
terentwicklung gegenüber dem Westen nicht aufholen konnten.

Wir bestehen darauf, dass weder Gewalt noch eine Unvereinbarkeit mit demokrati-  
schen Prinzipien noch die Ablehnung universalistischer Werte dem Islam als  
Wesensmerkmale innewohnen. Ebenso wenig sind Toleranz und universalistische  
Werte wie die Gleichberechtigung von Mann und Frau und die Gleichheit der Menschen  
unabhängig von ihrer Herkunft, Rasse und Religion per se ein Charakteristikum der  
westeuropäischen Gesellschaften. Diese Werte mussten in langen und blutigen  
Kämpfen erstritten werden. Und sie sind stets aufs Neue zu verteidigen. Beispiele aus  
der jüngsten Zeit: Die rechtsradikale jugendliche Subkultur in Ostdeutschland; die  
Regierungsbeteiligung der fremdenfeindlichen FPÖ Jörg Haider in Österreich und die  
Pogrome an der Costa del Sol in Spanien gegen marokkanische Einwanderer im  
Februar 2000.

Die Abkehr von einem essentialistischen Kulturbegriff, also einer Vorstellung, die  
Kulturen bestimmte feste und unverrückbare Wesensmerkmale zuschreibt, bedeutet  
allerdings auch, der These vom Feindbild Islam zu widersprechen. Sie ist im Kern die  
Wiederbelebung der antiquierten Vorstellung, es gäbe eine Art "Erbkonflikt" zwischen  
"Abendland" und "Morgenland". Diesen gibt es nicht. Ebenso wenig besteht ein bri-  
santer oder heißer Konflikt zwischen der islamischen Welt und Westeuropa. Daran  
ändern auch die Versuche von islamistischen Gruppen wie der vor allem in  
Deutschland starken Milli Görüş (Religiöse Nationale Weltsicht), der Auslandorgani-  
sation des ehemaligen türkischen Ministerpräsidenten Necmettin Erbakan, nichts. So  
interpretierte Milli Görüş den Bürgerkrieg in Bosnien oder die Gewalt des serbischen  
Militärs und der Polizei im Kosovo als einen christlich-islamischen Konflikt. Allein die  
militärische Intervention der Nato zu Gunsten der mehrheitlich muslimischen  
Kosovaren lehrt etwas anderes.

Anders als die nicht demokratisch legitimierten Führer von islamischen Staaten wie  
Iran, Irak, Afghanistan, Pakistan, Syrien und Libyen, die antiwestliche Ressentiments  
als Bindemittel und zur Herrschaftssicherung benötigen, können die Staaten der  
Europäischen Union inzwischen weitgehend auf ein Feindbild verzichten. Denn sie sind  
heute im Kern areligiös und amoralisch, das heißt von Interessen bestimmt und nicht  
von Tugenden, Glauben und Ehre. Das versetzt den Westen im Unterschied zur  
Mehrheit islamischer Staaten in die Lage, allen Religionen Freiheiten zu gewähren.<sup>5</sup>

Bis heute sind die Vertreter der These des Feindbilds Islam eine Antwort auf die

Fragen schuldig geblieben: Wer konstruiert dieses Feindbild? Wie wird es zur ideologischen Homogenisierung und zur Mobilisierung für das eigene westliche System genutzt?

In Deutschland deutet wenig bis nichts auf ein aktuelles Feindbild Islam hin. Ansonsten wäre die Aufnahme von Hunderttausenden muslimischer Flüchtlinge aus Bosnien politisch ebenso wenig durchsetzbar gewesen wie die der Flüchtlinge aus dem Libanon, Afghanistan, der Türkei, Pakistan, Indonesien, dem Irak und dem Iran. Ganz zu schweigen von der Einwanderung von Millionen von Muslimen, die in den sechziger und siebziger Jahren als "Gastarbeiter" angeworben worden waren.

Weder die wirtschaftliche noch die politische Interessenlage der Staaten der Europäischen Union machen ein Feindbild Islam opportun. Sie würden wenig Nutzen aus ihm ziehen. Obgleich das Mullah-Regime in Teheran nach 1979 die Menschenrechte mit Füßen getreten hatte und tatsächlich eine terroristische Gefahr für den Westen war, drängte die deutsche Industrie die Politik dennoch zum "Kritischen Dialog", also zu einer Appeasement-Politik. Geschäft ist Geschäft. Auch müssen die Einwanderungsgesellschaften des Westens, wollen sie keine bürgerkriegsähnliche Zustände unter ihrer heterogenen Bewohnerschaft heraufbeschwören, an einer Integration der Muslime, auch der islamistischen Gruppen, in ihre Gesellschaften interessiert sein. Um dieses Ziel zu erreichen, zeigen die politisch Verantwortlichen zum Teil eine erstaunliche Toleranz auch gegenüber Islamisten, die die gesellschaftlichen Grundlagen in Frage stellen.

Dies schließt Fremdenfeindlichkeit und Rassismus nicht aus. Doch waren die Übergriffe der letzten Jahre in Deutschland in der Regel nicht religiös oder antiislamisch motiviert. Aber auch an diesem Punkt versuchen sich Islamisten in ihrer These vom Feindbild. So behaupten sie seit einigen Jahren in Diskussionsveranstaltungen, die rassistische Gewalt in Deutschland sei antiislamische Gewalt. Absichtlich übersehen wird, dass die rassistische Gewalt christliche rumänische Asylsuchende, katholische Mosambikaner, buddhistische Vietnamesen ebenso trifft wie Türken.

Das Unbehagen vieler Bürger in Westeuropa gegenüber dem Islam sollte ernst genommen werden. Es wird nicht geringer, in dem man es leugnet und seine Existenz als Ausgeburt des Feindbilds Islam denunziert. Es gibt keine islamische Bedrohung, aber reale Bedrohungen durch islamistische Gruppen. Und nicht immer müssen sie so dramatisch sein wie der Anschlag auf das World Trade Center in New York oder die Todes-Fatwa gegenüber dem britischen Schriftsteller Salman Rushdie.



In den Einwandererstädten Westeuropas kommt es zu Konflikten mit Anhängern islamistischer Gruppen. In einigen Stadtvierteln in Deutschland dominieren sie inzwischen die Umgangsformen und das Klima in den Straßen. Und das ist nicht immer freundlich. So kommt es zum Beispiel in Berlin zunehmend vor, dass selbsternannte islamistische Moralapostel versuchen, bei sommerlichen Temperaturen die von ihnen gewünschte Kleiderordnung in öffentlichen Grünanlagen offensiv und aggressiv durchsetzen, nicht nur bei den muslimischen Besuchern der Grünanlagen, sondern bei allen.

In solch einer angespannten Situation muss nicht nur verstärkt der Dialog mit islamistischen Kräften geführt werden, wie das in Deutschland zunehmend der Fall ist, sondern viel mehr mit Repräsentanten eines modernen demokratischen Islam. Gleichzeitig sollte die Scheu abgelegt werden, über islamistische Organisationen und deren Ziele und Strategien zu debattieren. Nur so lassen sich die zivilen Kräfte der europäischen Gesellschaft stärken, zu denen selbstredend auch die Muslime gehören.

## **Der Islam in Europa**

“Der Islam ist fester Bestandteil Europas, nicht sein angeborener Antipode oder ewiger Antagonist. Die Muslime sind unter uns, schon seit Jahrhunderten. Und sie sollen bleiben.“<sup>6</sup> Jede andere als diese nicht nur von dem Politologen Claus Leggewie vertretene Position wäre dumm und töricht.

Der Islam gehört nicht nur wegen al-Andalus und nicht nur wegen der Einwanderung von Muslimen zu Europa. Der Islam auf dem Balkan zählt seit über 600 Jahren ebenso zur europäischen Geschichte wie die elf Millionen Muslime, die im europäischen Teil Russlands leben. Ohne die Türkei mit ihren rund 65 Millionen Muslimen leben in Europa derzeit 30 bis 40 Millionen Menschen muslimischen Glaubens, in den Ländern der EU rund 15 Millionen. Vor zwanzig Jahren waren es dort erst vier Millionen. In Ländern wie Frankreich beträgt der Anteil der Muslime an der Gesamtbevölkerung heute 8,5 Prozent, in den Niederlanden und Großbritannien über fünf Prozent, in Deutschland vier und in Österreich sowie Belgien drei Prozent. Diese Anteile werden in den kommenden Jahren steigen aufgrund der demographischen Entwicklung (die muslimische Bevölkerung ist überdurchschnittlich jung und die Familien haben im Durchschnitt mehr Mitglieder); und aufgrund des anhaltenden Migrationsdrucks aus den Ländern des Maghreb und des möglichen Beitritts der Türkei zur EU.

Deutsche Politiker, die die christliche Tradition des Landes eifrig beschwören, müssen hin und wieder daran erinnert werden: Trotz Holocaust existiert in Deutschland eine mehr als tausendjährige christlich-jüdische Tradition. Und Europa-Politikern, die zum Beispiel in der Debatte um einen möglichen EU-Beitritt der Türkei die christlichen Wurzeln Europas ins Feld führen, ist zu entgegnen: Eine christliche Wertegemeinschaft wäre ein zu enges Korsett für Europa. Ausgeschlossen wäre ein weiteres Mal die jüdische Kultur und auch die islamische.

### **Der Kampf um das Kopftuch**

Auch wenn Westeuropa kein Feindbild Islam pflegt, heißt das nicht, dass es die Muslime begeistert in seiner Mitte aufnimmt. Die zum Teil erbittert geführten Diskussionen um das Tragen von Kopftüchern und den Bau von Moscheen in deutschen Gemeinden sind Ausdruck eines nicht wegzuleugnenden Spannungsverhältnisses.

Was reizt die Mehrheitsgesellschaft so sehr an dem muslimischen Kopftuch, dass es immer dann auf der Tagesordnung steht, wenn die Frage diskutiert wird: Was müssten Muslime in Europa konkret tun, um sich zu integrieren?

Der Schweizer Publizist Arnold Hottinger geht dieser Frage nach und liefert eine bemerkenswerte Theorie für die Kopftuchphobie der Westeuropäer.<sup>7</sup> Seine These: Die "Kopftuchfrauen" bringen die Emotionen vieler Europäer deshalb so sehr in Wallung, weil sie durch diese auf die eigenen prekären Spielregeln aufmerksam gemacht werden, die in vielen europäischen Demokratien zur Überwindung der bis in die Neuzeit hinein wirkenden Vermischung religiöser mit politischer Macht entwickelt worden sind. Wenn nun mit dem Kopftuch ein neuer Faktor auf das eingespielte und mühsam ausgehandelte Kompromissystem einwirkt, so Hottinger, werden Ängste vor der möglichen Rückkehr der weltlichen Macht geistlicher Hierarchien wie die der Kirchen wach.

Brisant wird die Auseinandersetzung um das Kopftuch nach Hottinger, weil es sich bei dem Schleier für viele Muslime nicht um einen Brauch oder ein dem christlichen Kreuzifix an einer Halskette vergleichbares Schmuckstück handelt, sondern um eine religiöse Vorschrift – eine religiöse Sittenvorschrift, die je nach Religionsauffassung und sozialem Umfeld strenger oder weniger streng gehandhabt wird.

Der Schleier in seiner Eigenschaft als religiöses Symbol und religiöse Vorschrift fordert die Westeuropäer heraus und erinnert an die mühsam erreichte Lösung der politischen Aspekte religiöser Fragen. – Mühsam war der Prozess auch deshalb, weil jede Religion nicht nur das Verhältnis des Einzelnen zu seinem jeweiligen Gott/Göttern regelt, son-



dern auch das Verhältnis der religiösen Gemeinde zu ihrem Gott/Göttern definiert. Aus diesem Grund ist die Trennung zwischen dem staatlichen, dem sozialen und dem religiösen Leben so schwer zu vollziehen.

In Westeuropa und Skandinavien haben Religionssymbole sukzessive an Bedeutung verloren. Religion wird zunehmend als eine Sache des "inneren Menschen" angesehen. In den meisten der strittigen Fragen im Verhältnis von Religion und Staat haben die westeuropäischen Gesellschaften im Verlauf des 19. Jahrhunderts mehr oder minder stillschweigend Kompromisse ausgearbeitet. Hottinger weist darauf hin, dass dazu die Konvention gehört, nach welcher im staatlichen Bereich – Schule, Amtsstube, Gericht etc. – Religionssymbole nicht so stark hervortreten sollten, als dass sie bei Angehörigen anderer Religionsgemeinschaften Anstoß erregen könnten. Ausnahmen wie in Bayern, wo sich erst vor wenigen Jahren die Gerichte damit beschäftigten, ob das Kreuzifix in den Klassenzimmern hängen darf oder nicht, bestätigen dabei die Regel.

Mit dem sichtbaren Auftreten des Islam in Westeuropa wird dieser Prozess nun in Frage gestellt. Sicherlich diskutieren auch muslimische Theologen heute die Frage des Verhältnisses von Staat und Religion, und haben islamische Gruppen wie die der Aleviten kein Problem mit der Säkularisierung. Sie sind allerdings eine Minderheit und werden häufig als Ungläubige, als Abtrünnige vom Islam verketzert. Es gibt also eine folgenreiche Ungleichzeitigkeit bezüglich des Säkularisierungsprozesses zwischen dem Islam und dem Christen- sowie Judentum. Er wird von vielen rechtgläubigen Muslimen irrtümlicherweise mit "atheistisch" gleichgesetzt. Sie befürchten, die Europäer wollten auf diesem Weg ihre Religion und damit ihren Halt zerstören.

Diese Ängste sind Wasser auf die Mühlen für die Vertreter des politischen Islam in Europa. Islamistische Gruppe wie Milli Görüş bestätigen den Verunsicherten, dass sie in einem "barbarischen" und gottlosen Europa leben und versuchen, sie so an sich zu binden. Sie versprechen: In einem Umfeld mit anderer Religion und anderer Kultur schützen wir die muslimischen Kinder und ermöglichen ihnen eine "islamische Identität". Vor diesem Hintergrund finden die gerichtlichen Auseinandersetzungen statt, bei denen es um das Recht auf Tragen des Kopftuchs in der Schule geht oder um die Aufhebung des koedukativen Sportunterrichts für muslimische Kinder.

An dieser Stelle möchten wir noch einmal darauf hinweisen, daß die geschilderten Probleme nur für einen Teil der Muslime in Europa gelten. Die islamische Welt ist viel-

fällig. So haben die Muslime aus Bosnien und dem Kosovo in der Regel keine Schwierigkeiten mit dem säkularen Rechtsstaat; ebenso wenig viele Muslime aus der Türkei und dem Maghreb. Aber das Problem bleibt: Wenden sich die westeuropäischen Gesellschaften zu vehement gegen die antisäkularen Strömungen wird dies dazu führen, dass sich die von den islamistischen Gruppen vertretenen Muslime stärker als bisher in islamisierte Parallelgesellschaften flüchten.

### **Islamistisch dominierte Zonen**

Die Errichtung dieser Parallelgesellschaften ist im vollen Gang. Der Bielefelder Sozialwissenschaftler Wilhelm Heitmeyer machte in seiner Studie "Verlockender Fundamentalismus" bereits 1997 darauf aufmerksam.<sup>8</sup> Im Verlauf der neunziger Jahre haben aufgrund wachsender Arbeitslosigkeit die Möglichkeiten der sozialen und gesellschaftlichen Integration durch Arbeit und Kontakte zu den europäischen Arbeits- und Gewerkschaftskollegen abgenommen. Das bleibt nicht folgenlos. Vor allem für unterprivilegierte Jugendliche, die sich von der Gesellschaft ausgestoßen fühlen, sind in dieser Situation Gruppen attraktiv, die ein klares Weltbild bieten, klare Leitlinien und zu denen man nicht durch Leistung, sondern quasi durch Geburt oder Abstammung gehört.

Das ist nichts Neues. Wir kennen es zum Beispiel aus England. Ein rasanter gesellschaftlicher Wandel, Modernisierung der Altbauquartiere und des Produktionsprozesses, die Ideologie der Wohlstandsgesellschaft und des gesellschaftlichen Aufstiegs – das alles führte dazu, dass sich Ende der sechziger Jahre das traditionelle Arbeitermilieu in Großbritannien auflöste. Natürlich gehörten nicht alle Angehörigen der Arbeiterklasse zu den Gewinnern des Modernisierungsprozesses. Ein Teil der Jugendlichen blieb auf der Strecke, und er reagierte: Die Unterschichtsjugendlichen besannen sich auf alte Werte und Tugenden der fast schon verschwundenen britischen Arbeiterklasse. Sie fügten eigene jugendsubkulturelle Stilelemente hinzu, und fertig war der Skinhead-Kult. Es war die tonangebende Jugendszene in jenen Jahren, und sie erschuf sich einen Gegenentwurf zum aufsteigenden, modernen England. Sie kontrollierte Stadtteile. Outfit, Freizeitaktivitäten, Jugendeinrichtungen, Musik und Sprache – alles diente dazu, sich von der übrigen Gesellschaft abzugrenzen und die heile Welt zu beschwören, als die Kultur der britische Arbeiterklasse vermeintlich noch eine Macht darstellte.

Eine vergleichbare Entwicklung findet derzeit in vielen Regionen Ostdeutschlands statt. Rassistische jugendliche Subkulturen haben sich inzwischen zu einer sozialen



Bewegung entwickelt, attraktiv für alle, die sich als Verlierer des Modernisierungsprozesses und der Wiedervereinigung sehen.<sup>9</sup>

Die Entwicklung von Parallelgesellschaften muss indes nicht schlecht sein. In vielen Fällen handelt es sich dabei schlicht um eine Frage des Überlebens und der Selbstbehauptung. Problematisch wird es allerdings, wenn diese sozialen Bewegungen Ungleichheitsideologien anhängen, die sie notfalls auch mit Gewalt vertreten.

Die randständigen muslimischen Jugendlichen in Westeuropa haben in ihrer sozialen Situation viel mit den britischen Unterschichtsjugendlichen der sechziger und den ostdeutschen Jugendlichen der neunziger Jahre gemein. Auch ihnen fehlt es an beruflichen Perspektiven, auch ihnen wird eine Integration in die Gesellschaft erschwert. Es wird ihnen deutlich gemacht: Eigentlich brauchen wir euch nicht! Ihr seid überflüssig! Und unerwünscht, da Ausländer, da Türke, da Muslim. Und wenn alle Zugänge versperrt sind, dann bleibt da immer noch die eigene Religion – der Islam.

Diese Jugendlichen sind Adressat der islamistischen Gruppen, die seit den neunziger Jahren verstärkt auf eine Islamisierung des gesellschaftlichen Lebens auch in Europa hinarbeiten. In Frankreich wirbt die in Algerien gegründete Islamische Heilspartei (FIS) um Anhänger. In Deutschland ist es vor allem die dem türkischen Islamistenführer Necmettin Erbakan hörige und in Deutschland gegründete Milli Görüş, die zunehmend an Einfluss gewinnt. Auch wenn Milli Görüş organisatorisch in der Türkei verwurzelt ist – die Attraktivität der Organisation vor allem unter deutsch-türkischen Jugendlichen ist kein importiertes Problem. Die Jugendlichen reagieren auf ihre Probleme hier, nur diese Gesellschaft kann ihnen bei der Lösung helfen.

Die Sinnsuche der Jugendlichen geht einher mit einem Paradigmenwechsel in der Politik islamistischer Gruppen in den neunziger Jahren. Gilles Kepel, Professor am Institut für politische Studien in Paris, hat in seinem Aufsatz "Rechte der Gläubigen im gottlosen Europa" darauf hingewiesen.<sup>10</sup> Bis vor zehn Jahren hätten islamistische Gruppen den alten Kontinent nicht als Gebiet des Islam (Dar al-islam) betrachtet. Gilles Kepel: "Europa gehörte, im Gesamtbereich der Gottlosen (Dar al-kufr), zu einem Gebiet vertraglichen Friedens (Dar al-ahd), wo die Muslime es nicht zu einem offenen Konflikt mit der gottlosen Umgebung kommen ließen; im Gegensatz zu den Gebieten des Kriegs (Dar al-harb), wo Dschihad erlaubt ist. Konkret bedeutete dies, dass Europa heiliges Gebiet war, ein Zufluchtsort für alle in ihren Ursprungsländern verfolgten Bewegungen. Diese Gruppen vermieden daher jeden Konflikt, der sie den europäischen Behörden gegenüber in Schwierigkeiten gebracht hätte."

Genau hier fand der Wechsel statt. Europa, so Kepel, wird nun als Dar al-islam betrachtet. Das heißt, die Muslime sind nun hier zu Hause und müssen nach den Regeln der Scharia leben können. Ziel ist jetzt islamisierte Räume zu schaffen, in denen eine vom Islam bestimmte moralische Ordnung gilt. "Nur so, verkünden die Promotoren, könne der soziale Frieden gewahrt und könnten Drogensucht und Kriminalität bekämpft werden. Mit dieser Logik wird ein Prozess kultureller Abspaltung zu Ende geführt und eine soziale Organisation begünstigt, in der sich geschlossene Gemeinschaften gegenüberstehen", meint Kepel.

Was dieser Paradigmenwechsel bedeutet, bekam die Spiegel-Redaktion kürzlich zu spüren. Als sie ihre Titelgeschichte zum Thema Moral im Heft 51/1999 mit Bildern verschiedener "Moralapostel" illustrierte, verwendete sie unter anderem eine Gemälde des Malers Theodor Hosemann aus dem Jahr 1847, das den Propheten Mohammed zeigt. Für strenggläubige Muslime ein Skandal: Sie betrachten jede Abbildung des Propheten und seiner Gefährten als eine Entwürdigung. Monatelang wurde die Redaktion mit wütenden Briefen und Unterschriftenlisten von Muslimen aus ganz Europa überschüttet, die sich durch die Abbildung beleidigt fühlen. Der türkische Sender Show-TV forderte zum Protest auf und blendete die Telefonnummer eines Spiegelredakteurs ein. Der erhält seitdem zahlreiche Anrufe, in denen er beschimpft und sogar mit dem Tode bedroht wird.

Viel Verständnis für die aufgebrachten Reaktionen zeigte der Vorsitzende des deutschen Dachverbands Zentralrat der Muslime, Nadeem Elyas, in einem Interview (*Spiegel* 6/2000): "Die Aufregung rührt daher, dass wir in einer multikulturellen Gesellschaft erwarten, dass die Nichtmuslime wissen, was die Gefühle der Muslime verletzt und dass sie diese respektieren."

Elyas macht gleichzeitig darauf aufmerksam, dass es unter den Muslimen nun einen bewussteren Umgang mit der eigenen Religion gebe und eine stärker ausgeprägte islamische Identität. Abschließend warnt Elyas die Spiegel-Redaktion, nicht noch einmal das Bild des Propheten Mohammed abzdrukken.

## Islam in Deutschland

Muslime leben seit Jahrhunderten in Deutschland. Vereinzelt. Ein muslimisches Leben in Deutschland gibt es erst seit den sechziger Jahren des 20. Jahrhunderts, als die Anwerbung von "Gastarbeitern" aus Marokko, Tunesien, dem ehemaligen Jugoslawien und natürlich der Türkei begann.



Derzeit leben in Deutschland rund drei Millionen Muslime, damit sind sie nach den Katholiken und den Protestanten die drittgrößte Glaubensgemeinschaft.

Rund 75 Prozent der Muslime stammen aus der Türkei, aus dem Iran rund 100.000, aus den Ländern Nordafrikas cirka 200.000. Dazu kommen noch mehr als 100.000 aus dem ehemaligen Jugoslawien. Auch unter Deutschen wird der Islam beliebter. Auf etwa 90.000 schätzt Mohammed Herzog, Sprecher der deutschsprachigen Muslime in Berlin, die Konvertiten.

In den europäischen Nachbarländern weicht die Herkunft der Muslime von denen in Deutschland ab. In Frankreich stammen sie überwiegend aus Nordafrika, in England aus dem indisch-pakistanischen Raum und in Holland aus Indonesien. Entsprechend unterschiedlich stellt sich die Situation des Islam in den genannten Ländern dar.

Die Mehrheit der in Deutschland lebenden Muslime praktiziert ihren Glauben nicht. Nur knapp die Hälfte erklären nach einer Umfrage des Islam-Archivs in Soest, sie würden dies mehr oder weniger tun. Bei wie vielen der Glaube mehr als der Ausdruck eines kulturellen Erbes ist, darüber gibt die Umfrage keine Auskunft. Nach anderen Studien praktizieren nur 25 Prozent ihren Glauben. Sicher ist: Nur eine Minderheit der in Deutschland lebenden Muslime befolgt die religiösen Pflichten und Gebote gemäß der fünf Säulen des Islam: Das Zeugnis, dass es keinen Gott gibt außer dem einen, Allah, und dass Mohammed sein Prophet ist, zweitens das täglich fünfmalige Verrichten des Gebetes, drittens das Fasten im Monat Ramadan, viertens die Abgabe der Almosensteuer und fünftens die Wallfahrt nach Mekka. Zu diesen unabdingbaren Pflichten jedes Muslim kommen weitere Vorschriften hinzu, vor allem der innere und äußere Dschihad (Glaubenskrieg). Der äußere Dschihad meint nicht nur den Kampf mit oder ohne Gewalt zur Verbreitung des Glaubens an Allah, sondern auch den Kampf gegen Hunger, Elend und Rückschritt.

Hinzu kommt, dass der Islam wie alle großen Weltreligionen in zahlreiche Strömungen unterteilt ist. Von den drei Millionen Muslimen in Deutschland sind etwa 2,3 Millionen Sunniten, rund 500.000 Aleviten und 120.000 Schiiten. Die Sunniten und Schiiten sind die bedeutendsten Konfessionen innerhalb der "Umma", der islamischen Weltgemeinschaft. Schiiten leben vor allem im Iran, im Irak und im Libanon.

Die Spaltung der muslimischen Welt in Sunniten und Schiiten entstand im Streit um die Nachfolge des Propheten Mohammed. Als dieser am 8. Juni 632 in Medina starb, hinterließ er nach sunnitischer Auffassung keinen designierten Nachfolger. Nach schi-

itischem Glauben aber hatte Mohammed seinen Vetter und Schwiegersohn Ali zu seinem Nachfolger, also Kalifen ernannt. Die Sunniten, die heute etwa 90 Prozent der Umma ausmachen, wählten damals einen Gefährten Mohammeds zum Kalifen. Die Schiiten vertraten dagegen die Auffassung, dass nur ein Mitglied der Familie des Propheten Nachfolger sein könnte. Als vierter rechtgeleiteter Kalif war Ali dann doch an die Macht gelangt und wurde nach fünfjährigem Kampf um diese Herrschaft von seinem sunnitischen Gegenspieler Muawiya getötet. Mit Alis Tod 661 war die Spaltung entgültig.

In der Regel sind die Muslime in Deutschland in Vereinen zusammengeschlossen. Nach Angaben des Islam-Archivs waren 1998 in den 2.200 Gemeinden rund 325.000 Mitglieder registriert. Der Organisationsgrad der Muslime, so die Auskunft, sei also recht gering. Die Religionswissenschaftlerin Ursula Spuler-Stegemann kommt allerdings zu einem anderen Ergebnis: Berücksichtige man, dass in der Regel nur erwachsene Männer Mitglieder von Vereinen werden, de facto aber oft die ganze Familie in diese Mitgliedschaft einbezogen sei, sehe die Sache anders aus. Nimmt man einen Multiplikator von nur 3 an, so wären bereits knapp eine Million der drei Millionen Muslime in Deutschland in Vereinen organisiert. "Die Klage über deren niedrigen Organisationsgrad ist deshalb unbegründet. Allerdings haben sich bestimmte Gruppen wie die Marokkaner, Tunesier oder Pakistaner noch kaum organisiert."<sup>11</sup>

Eine Ursache für den "niedrigen" Organisationsgrad mag auch darin liegen, dass der Islam keine organisierte oder kirchenähnliche Religionsgemeinschaft ist. Deshalb ist es den Muslimen bislang nicht gelungen, den Status einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft zu erlangen. Dieser ist jedoch Voraussetzung dafür, Kirchensteuern einzuziehen, Vertreter in Rundfunkräte zu entsenden und vieles mehr. Um ihren Forderungen mehr Nachdruck zu verleihen, haben sich die Muslime in den letzten Jahren in Dachorganisationen zusammengeschlossen.

Der 1994 aus dem 1988 gegründeten Islamischen Arbeitskreis in Deutschland hervorgegangene Zentralrat der Muslime in Aachen repräsentiert derzeit 18 Dachorganisationen mit 1.200 Gemeinden. Zunehmend an Bedeutung gewinnt der acht Jahre ältere Islamrat der Bundesrepublik Deutschland mit Sitz in Bonn. Der Islamrat wird seit Anfang der neunziger Jahre von Milli Görüş dominiert. Dritter Dachverband ist die Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion (DITIB). DITIB wurde in den achtziger Jahren vom türkischen Staat aufgebaut, um seine Version eines



staatlich kontrollierten Islam durchzusetzen. Die Arbeit von DITIB wird von den türkischen Konsulaten kontrolliert, die Geistlichen vom staatlichen Amt für Religion (Diyamet İşleri Başkanlığı) der Türkei nach Deutschland entsandt.

## Die Islamisten und die Aleviten

Wer die aufgeregte Diskussion des Themas Islamismus unter türkischen Migranten in Europa verstehen will, kommt an den Aleviten nicht vorbei. Der islamistische Brandanschlag auf Gäste eines alevitischen Kulturfestivals 1993 in der anatolischen Stadt Sivas hat die Gefährlichkeit der Islamisten deutlich gemacht und die alevitische Gemeinde wachgerüttelt. Denn auch in der Diaspora sind sie Bedrohungen ausgesetzt.

Die Aleviten der Türkei stehen zwar den Schiiten nahe, "Alevi" bedeutet "Anhänger Alis", dennoch unterscheiden sie sich erheblich von ihnen. Ihre Ursprünge gehen auf den im 13. Jahrhundert wirkenden Mystiker Hacı Bektaşî Veli zurück, weshalb die anatolische Form des Alevismus auch Bektaschismus und ihre Anhänger Bektaschiten genannt werden. Daneben gibt es eine marginale, orthodox schiitische Alevitengruppe in der Türkei, die Ehl-i Beyt Aleviten. Bei den Aleviten-Bektaschiten sind neben schiitischen Einflüssen auch alttürkische, vorislamische und altchristliche Elemente erhalten geblieben. Religionswissenschaftlich werden die Aleviten gelegentlich als eine eigene, unter anderem vom Islam beeinflusste Religion betrachtet. Sie selbst bezeichnen sich jedoch in der türkischen Öffentlichkeit als die "besten Muslime".<sup>12</sup>

Ein Schlüsselgebot für die Aleviten lautet: "Beherrsche deine Hände, deine Zunge und deine Lenden." Gemeint ist damit das Verbot zu stehlen und der Gewalt gegenüber Menschen, das Verbot übler Nachrede und Lügen sowie die Forderung nach sexueller Zurückhaltung. Neben Kalif Ali und Hacı Bektaşî Veli beziehen sich die Aleviten auch auf das Freiheitssymbol Pir Sultan Abdal, der für den Kampf gegen Unterdrückung durch die Obrigkeit steht. Von der sunnitischen Bevölkerungsmehrheit als Häretiker verdächtigt, missachtet und oft blutig verfolgt, zogen sich die Aleviten in ihre Dörfer im Hochland Mittel- und Ostanatoliens zurück und hielten ihre religiöse-kulturelle Identität weitgehend geheim. Die Philosophie des Alevismus lebte jahrhundertlang im Verborgenen und wurde durch Tausende von Liedern und Gedichten mündlich überliefert.

Erst seit Ende der achtziger Jahre findet in der Türkei eine Diskussion über das Selbstverständnis der Aleviten statt. Entsprechend Unterschiedliches hört man von

den Aleviten. So behaupten die einen, die Aleviten seien aus der islamischen Mystik hervorgegangen. Andere wiederum erklären, das Alevitentum sei eher eine Philosophie als eine Religion.

Der Prozess der Selbstfindung ist zwar noch nicht abgeschlossen, nur so viel steht seit langem in der alevitischen Praxis fest: Die Frauen haben im Vergleich zu den sunnitischen und schiitischen Geschlechtsgenossinnen eine bessere Position. Anders als in der Scharia sind sie den Männern sozial gleichgestellt. In den alevitischen Dörfern der Türkei bauten Sunniten, unterstützt von staatlichen Behörden, zahlreiche Moscheen, die jedoch von den meisten Aleviten nicht genutzt werden, da sie das Freitagsgebet nicht kennen und sagen: "Das Herz der Menschen ist ein Gotteshaus." Statt Moscheen haben Aleviten das Cem-Haus genannte Gemeindehaus, in denen Männer und Frauen gemeinsam ihre rituellen Feste feiern. Einige Frauen tragen nur zu diesem Anlass eine Kopfbedeckung, ähnlich dem Kopftuch.

Religion wird von den Aleviten als Privatangelegenheit betrachtet, weshalb sie in der Regel den demokratischen und säkularen Rechtsstaat befürworten. Die Aleviten betonen, dass ihre Philosophie mit der westlichen Lebensweise übereinstimmt und dass sie alle Artikel der Menschenrechte, auch die Gleichberechtigung der Frau, akzeptieren.

Das Jahr 1993 ist für die Renaissance des Alevitentums und die Forcierung des Selbstfindungsprozesses der Aleviten von zentraler Bedeutung. Der Hintergrund: In der anatolischen Stadt Sivas fand im Juli 1993 ein alevitisches Kulturfestival statt. Zu diesem waren auch linksdemokratische Intellektuelle eingeladen, unter anderem der Schriftsteller Aziz Nesin. Die Allianz zwischen laizistisch eingestellten Intellektuellen und den Aleviten war für die Vertreter einer Islamisierung eine Provokation. Am zweiten Tag des Festivals, ein Freitag, wurden in den Moscheen von Sivas die Veranstaltung und ihre Teilnehmer als Feinde des Islam und Gottlose gebrandmarkt und systematisch eine Pogromstimmung erzeugt. Im Anschluss an das Freitagsgebet belagerte eine aufgepeitschte Menge das Hotel Madımak, in das sich zahlreiche Festivalteilnehmer geflüchtet hatten. Der islamistische Mob zündete das Hotel an, 37 Menschen starben in den Flammen.

Während die türkische Regierung die Opfer von Sivas 1993 noch alleine ließ, führte in der Folgezeit die zunehmende Islamisierung der Türkei zu einer immer stärkeren Annäherung zwischen laizistisch eingestellter Regierung, dem Militär und den Aleviten. Als es 1995 in Istanbul zu Unruhen zwischen linken kurdischen Aleviten und



rechtsradikalen Sunniten aus dem Umfeld der Grauen Wölfe kam, bei denen 30 Menschen starben, war es das Militär, das den Aleviten zu Hilfe kam und die Lage wieder beruhigte. Die neuerliche Präsenz des türkischen Staatspräsidenten und anderer hochrangiger Regierungsvertreter auf dem jährlich im August in der Stadt Hacı Bektaş stattfindenden alevitischen Festival zeigt deutlich, dass die antiislamistischen und laizistischen Kräfte in der Türkei die Aleviten inzwischen als ein wichtiges Bollwerk gegen die Islamisierung des Landes begriffen haben.

Aleviten fühlen sich in Europa zwar sicherer als in der Türkei, sie machen allerdings immer wieder darauf aufmerksam, welche Gefahren ihnen auch in der Bundesrepublik durch extremistische Organisationen von Islamisten drohen

## **Der türkisch-sunnitische Islamismus in Europa**

Die vorliegende Broschüre will nicht über den Islam als Religion informieren. Auch beansprucht sie nicht, eine Darstellung der vielfältigen islamistischen Strömungen pakistanischer, algerischer, ägyptischer und sonstiger Herkunft zu liefern. Sie würde den Rahmen dieser Broschüre sprengen. Wir werden uns aus zwei Gründen auf den türkisch-sunnitischen Islamismus beschränken. Erstens: Die Türken sind die größte muslimische Einwanderergruppe in Deutschland und Österreich; in Belgien, den Niederlanden und den skandinavischen Ländern spielen sie ebenfalls eine gewichtige Rolle. Zweitens: Die Rolle des Islam in der Türkei, das dortige Verhältnis von Staat und Religion lässt sich nur sehr schwer zum Beispiel mit der Situation in den meisten arabischen Ländern vergleichen.

Wer die islamistischen türkischen Bewegungen verstehen will, muss sich zunächst mit dem Staatsgründer Mustafa Kemal Atatürk und seinen gesellschaftlichen Reformen nach der Republikgründung im Jahr 1923 beschäftigen.

Radikaler als andere Staatsführer in den vom Islam dominierten Ländern drängte Mustafa Kemal Atatürk darauf, den Einfluss der Religion auf das öffentliche Leben einzuschränken, ja auszuschalten. Im März 1924 wurde das Kalifat abgeschafft, alle Angehörigen des Hauses Osman, die den Kalifen stellten, des Landes verwiesen und das Ministerium für religiöses Recht aufgelöst. Die geistlichen Stiftungen wurden aufgehoben sowie den Geistlichen (Ulema) das gesamte Erziehungswesen entzogen und einem neuen, säkularen Unterrichtsministerium unterstellt. Mit dem "Gesetz über die Vereinheitlichung des Unterrichts" wurde ihr Einfluss auf die allgemeine Erziehung

beendet. Die Medresen, die Volksbildungseinrichtungen des Islam, und die Spezialschulen für Prediger und Gemeindevorsteher wurden geschlossen. Kurz: Die gesamte islamische Organisationsstruktur wurde zerschlagen, die mystischen Orden verboten, deren Eigentum konfisziert und ihre Moscheen geschlossen. Zum Teil wurden die religiösen Führer blutig verfolgt.

1925 folgte das Verbot der "klerikalene" Kleidung mit Ausnahme für Personen, die ein staatliches religiöses Amt bekleideten. Und im Dezember 1925 wurde der islamische Mondkalender durch den Gregorianischen Kalender ersetzt, der islamische Feiertag, der Freitag, durch den Sonntag. Nachdem bereits 1924 das Ministerium des Islamischen Rechts abgewickelt worden war, wurde 1926 das "Türkische Bürgerliche Gesetzbuch" auf Grundlage des Schweizer Zivilrechts eingeführt, das zum Beispiel innerhalb der Familie gleiche Rechte für Mann und Frau gewährt. Mit Inkrafttreten des neuen Strafrechts (1926), das auf dem italienischen Strafrecht basierte, war die Gründung von Vereinen auf religiöser Grundlage verboten. Dieses Gesetz gilt noch heute. 1928 wurde die arabische Schrift durch die lateinische ersetzt und der Islam als Staatsreligion abgeschafft.

Der seit Jahrzehnten andauernde innertürkische Kulturkampf zwischen Laizisten und Islamisten, die ihren Machtverlust nie akzeptierten, wurde durch die Migration nach Europa getragen. Allerdings wäre es falsch, die nun auch in Europa ausgetragenen Kontroversen lediglich als einen importierten Konflikt zu betrachten. Denn es gibt, wie bereits erwähnt, ebenso eine Verantwortung der Aufnahmeländer. Eine jahrzehntelange gesellschaftliche und politische Ausgrenzung sowie die Schwierigkeiten der Mehrheitsgesellschaft die Neubürger als Citoyen auf- und anzunehmen zeigen Folgen. Sie begünstigen fremdenfeindliche Einstellungen auf Seiten der Mehrheit. Bei den Einwanderern reichen die Reaktionen von Enttäuschung, Wut, Minderwertigkeitsgefühlen, bis hin zum Rückzug in islamistisch dominierte Parallelgesellschaften. Arbeitslosigkeit, Entsolidarisierung der Gesellschaft und die Auflösung sozialer Milieus tun ein Übriges.

Alle die im Folgenden beschriebenen türkisch-sunnitischen-islamistischen Verbände beziehen bis heute ihre Identität unter anderem aus der Bekämpfung der Reformen der "kemalistischen Revolution", die den Laizismus, also die Trennung von Staat und Religion, in der Türkei mit Zwang durchsetzte. Milli Görüş (Kapitel 2), der Verband der Islamischen Kulturzentren / Süleymanlılar (Kapitel 5), die Nurcular (Kapitel 4) und die Kaplanjünger (Kapitel 3) – sie alle haben sich mit dem Laizismus



nicht abgefunden und arbeiten mehr oder weniger stark an einer Reislamisierung der türkischen Gesellschaft.

Unsere Untersuchung möchte über diese Entwicklungen informieren und einen Beitrag zur Aufklärung leisten. Die Bürger der Aufnahmeländer haben das Recht auf mehr und differenziertere Informationen als sie zum Beispiel das Bundesamt für Verfassungsschutz zu den islamistischen Gruppen liefert, zumal diese Gruppen in ihrer Selbstdarstellung und Informationspolitik gegenüber der deutschen Öffentlichkeit häufig sehr zu wünschen übrig lassen.

Eine künftige Integration der Türkei in die Europäische Union sowie eine Integration der türkischen Migranten in die westeuropäischen Gesellschaften kann nur gelingen, wenn diese sich zu den universalistischen Werten bekennen, auf die sich die Bürger hier geeinigt haben. Das meint: Pluralismus auf allen gesellschaftlichen Ebenen; die Trennung von Politik und Religion als Bestandteil der politischen Moderne; die demokratische Zivilgesellschaft als rechtliche und institutionell abgesicherte Trennung zwischen öffentlicher und privater Sphäre; Toleranz im Sinne der Moderne, die nicht die Duldung des Andersgläubigen meint, sondern die umfassenden Freiheiten des Anders-Denkenden und Anders-Gläubigen einschließt.

Ein Islam, der die genannten Grundlagen akzeptiert, ist mit westeuropäischen Wertevorstellungen ohne Schwierigkeiten vereinbar. Ob sowohl die Türkei als auch viele der Migranten aus der Türkei diesen Weg gehen können oder wollen, ist noch offen. Nicht zuletzt die Ministerpräsidentenschaft des türkischen Islamistenführers Necmettin Erbakan in den Jahren 1996 bis 1997 zeigte, dass die Türkei zwischen einer Mitgliedschaft in der Europäischen Union und einer panislamistischen Geopolitik hin- und hergerissen ist.

Eine dauerhafte Integration der Einwanderer aus der Türkei in die europäischen Gesellschaften hängt natürlich auch ganz entscheidend davon ab, welche Angebote ihnen hier gemacht werden. Das beinhaltet: Welchen Platz weisen die europäischen Gesellschaften dem Islam in Zukunft zu? Die Schmutzdecke oder einen Platz in ihrer Mitte.

Die Forderungen der Muslime auf Anerkennung und grundgesetzlich verbrieft Rechte wie den Bau repräsentativer Moscheen, die Eröffnung konfessioneller Schulen und Wohlfahrtsverbände, das Erteilen von islamischem Religionsunterricht und vieles andere mehr sind absolut legitim. Doch liegt hier noch vieles im Argen. Eine Bring-

schuld darf im Gegenzug allerdings nicht dazu führen, jede Diskussion über Gruppen zu unterbinden, die sich in öffentlichen Verlautbarungen zwar zu den Grundsätzen der europäischen Gesellschaften bekennen, gleichzeitig aber Ideologien und eine Politik verfolgen, die nur schwer mit diesen zu vereinbaren sind.

- 1 Peter Heine, *Halbmond über deutschen Dächern*, München 1997, S. 67.
- 2 ebenda, S. 68f.
- 3 Samuel P. Huntington, *Kampf der Kulturen, Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert*, München/Wien 1997.
- 4 vrgl. Dieter Senghaas, *Zivilisierung wider Willen. Der Konflikt der Kulturen mit sich selbst*, Frankfurt/Main, 1998.
- 5 vrgl. Siegfried Kohlhammer, *Die Freunde und die Feinde des Islam*, Göttingen 1996.
- 6 Claus Leggewie, *Alhambra – Der Islam im Westen*, Hamburg 1993, S.8.
- 7 Arnold Hottinger, *Wieviel Anpassung für Europas Muslime? Die erbitterte Diskussion um Kopftücher, Friedhöfe und Moscheen*, in: Neue Zürcher Zeitung vom 22. März 1997.
- 8 Wilhelm Heitmeyer/ Joachim Müller/ Helmut Schröder, *Verlockender Fundamentalismus. Türkische Jugendliche in Deutschland*, Frankfurt/Main 1997.
- 9 mehr zu diesem Themenkomplex in:
  - Klaus Farin/ Eberhard Seidel-Pielen, *Krieg in den Städten. Jugendgangs in Deutschland*, Berlin 1991.
  - Farin/ Seidel-Pielen, *Rechtsruck. Rassismus im neuen Deutschland*, Berlin 1992.
  - Farin/Seidel-Pielen, *Skinheads*, München 1993.
- 10 Gilles Kepel, *Rechte der Gläubigen im gottlosen Europa. Islamistische Aktivisten umwerben junge Muslime*, in: Neue Zürcher Zeitung, Januar 1996.
- 11 Ursula Spuler-Stegemann, *Muslims in Deutschland. Nebeneinander oder Miteinander*, Freiburg im Breisgau, 1998, S. 102.
- 12 ebenda, S.51ff.



## 2. Milli Görüş

Tief verneigte sich der Professor vor seinen einstigen Gegnern. Vor drei Jahren noch hatte Udo Steinbach, Leiter des Deutschen Orientinstituts in Hamburg, vor den Gefahren gewarnt, die von islamistischen Gruppen in Deutschland ausgehen. Nun lautet seine Devise: „Es gibt eine neue Offenheit im deutsch-muslimischen Dialog. Aufgrund des radikalen Austauschs der letzten Jahre gibt es keine verborgene Agenda mehr. In den islamischen Organisationen hat ein Generationswechsel in der Führung stattgefunden. Die Jungen bekennen sich dazu, hier in dieser Gesellschaft zu leben. Sie akzeptieren bestimmte Sensibilitäten und der antisemitische Duktus in vielen Publikationen hat sich entschärft.“

Es war ein versöhnlicher Auftakt der Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung „Mitbürger muslimischen Glaubens: Die vernachlässigte Minderheit“, die im Mai 2000 in Berlin stattfand. Seit Ex-Bundespräsident Roman Herzog vor drei Jahren die Bildungseinrichtungen und Akademien zu einem verstärkten Dialog mit den Muslimen aufgefordert hatte, hat sich vieles geändert. Es wird diskutiert, aufgeklärt und das vermeintliche Feindbild Islam der Deutschen bekämpft. Vieles wurde erreicht: Das Wissen um die religiöse Minderheit ist heute größer als vor einigen Jahren. Udo Steinbach: „Auf deutscher Seite hat man begriffen, nicht ständig mit dem Begriff der Scharia zu operieren. Das weckt Emotionen und blockiert den Integrationsprozess.“

Auch Milli Görüş (Religiöse Nationale Weltsicht), der einflussreichsten Organisation des politischen Islam in Deutschland, der das Kainsmal „Beobachtung durch den Verfassungsschutz“ anhängt, stellt Steinbach inzwischen ein gutes Zeugnis aus und fordert zu einer differenzierten Betrachtung der Organisation auf. Seine These: Die neuen Führer seien junge Menschen, die die deutsche Sprache gut beherrschten, die ihr Anliegen gut vortrügen und bei denen die Verbindung zur Türkei mehr und mehr in den Hintergrund trete. Sie hätten gute Jobs, seien sozial integriert und verfügten über eine realistische Sicht auf die hiesige Gesellschaft.

Tatsächlich wurden Milli Görüş und ihre Unterorganisationen im Lauf des deutsch-muslimischen Dialogs gesellschaftsfähig. Sie erstritten sich einen Stammplatz auf den Diskussionspodien. Doch selten treten sie als Milli Görüş-Funktionäre auf. Angekündigt sind die Referenten zum Beispiel als Vertreter der Islamischen Föderation, des Islamkollegs, des Zentrums für islamische Frauenforschung und -förderung und des Instituts für internationale Pädagogik und Didaktik. Es sind allesamt Organisationen

von Milli Görüş, die zentralistisch aus der Kölner Zentrale dirigiert werden.

Verwunderlich ist die neue Offenheit der deutschen Öffentlichkeit gegenüber Milli Görüş, denn bislang weiß sie wenig über die Organisation, den inneren Aufbau, das Finanzgebaren. Vieles blüht im Verborgenen. Allein das Verprechen der Funktionäre liegt auf dem Tisch: „Wir haben uns geändert, alles was uns vorgeworfen wird, sind Fehler der Vergangenheit und der Unerfahrenheit der ersten Einwanderergeneration geschuldet.

Wer ist Milli Görüş? Im folgenden werden wir in einer Organisationsanalyse diese Frage beantworten. Soviel vorweg: Milli Görüş belügt die Öffentlichkeit seit Jahren systematisch über den wahren Charakter ihrer Organisation, ihre Verbindung zu Hunderten von Tarnorganisationen, ihr Verhältnis zum türkischen Islamistenführer Necmettin Erbakan. Und es stellt sich die Frage: Warum tut sie das? Was hat Milli Görüş zu verbergen?

Die Islamische Gemeinschaft – Milli Görüş e.V. (IGMG) ist die größte und wichtigste Interessensvertretung der in Europa lebenden Türken. Nach Angaben eines internen Organisationspapiers ist sie weltweit in 34 Gebietsvereinigungen unterteilt. In Europa betreut sie rund 35.000 Mitglieder in über 2.000 religiösen, kulturellen und sozialen Einrichtungen, sprich: Moscheevereine, Jugend-, Studenten- und Frauengruppen.<sup>1</sup> 1999 dagegen nannte der Generalsekretär von Milli Görüş in Deutschland, Mehmet Sabri Erbakan, eine Mitgliedszahl von europaweit 200.000. Diese unterschiedlichen Angaben haben damit zu tun, dass nur der Haushaltsvorstand (meistens der Mann) offiziell eingetragenes Mitglied ist, dann aber auch die Familien gezählt werden. In jüngster Zeit steigt der Anteil der eingetragenen Frauen stark an.

Milli Görüş wurde 1972 in Braunschweig unter dem Namen Türkische Union Deutschland e.V. auf Anweisung des türkischen Islamistenführers Necmettin Erbakan gegründet. Der Name Milli Görüş (Religiöse Nationale Weltsicht) geht auf das 1973 von Erbakan in Istanbul veröffentlichte gleichnamige Buch zurück, in dem er seine Perspektive und Strategie zur Errichtung einer islamischen Republik in der Türkei darlegt. Der erste Regionalverband unter dem Namen Milli Görüş entstand 1976 in Berlin. Heute heißt er Mevlana Moschee e.V.



Milli Görüş arbeitet konspirativ und täuscht die europäische Öffentlichkeit seit Jahrzehnten erfolgreich über ihre Organisationsstruktur und ihre politischen Ziele. Die Gründe für diese Verstellung: In der Türkei lehnt die Bewegung von Necmettin Erbakan die Trennung von Staat und Religion ebenso ab wie das Gesellschaftsmodell einer säkularisierten Demokratie. Ziel ist ein Gottesstaat, in dem die Scharia geltendes Recht ist. Diese Forderung steht für Westeuropa nicht auf der Tagesordnung. Dazu Hasan Özdoğan, Milli Görüş-Mitglied und Vorsitzender des Islamrats in Deutschland auf der Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung im Mai 2000: „Als Muslime leben wir in Europa in der Minderheit und können nur einen Teil der Scharia leben. Wir wissen auf welchem Boden wir hier stehen. Wenn Rechtssicherheit und die freie Religionsausübung gewährt sind, können wir in Deutschland leben.“

In Europa verfolgt Milli Görüş das Ziel, den Muslimen eine „islamische Identität“ zu ermöglichen. Vor allem geht es darum, ihnen ein neues Selbstwert- und Überlegenheitsgefühl gegenüber dem als dekadent empfundenen Westen zu vermitteln. Seit Jahrzehnten suggeriert Milli Görüş den Einwanderern aus der Türkei, dass sie in Europa in einem feindlichen Umfeld leben. Ein Zitat aus der Milli Görüş-Zeitung *Milli Gazete* vom 24. Juli 1986: „Der Europäer ist ein Atheist und Götzenanbeter, ein Wucherer, Kapitalist, Sozialist, Zionist und Imperialist, ständig brünstig und besoffen, ehebrecherisch und materialistisch. Er hat sich dem Teufel verschrieben. Sie sind Agenten und Spione. Sie können als Arzt auftreten, als Krankenpfleger, als kluger Lehrer, als Gewerkschafter, aber alle sind sie Feinde des Islam.“

Heute bemüht man sich um eine moderatere Wortwahl. Zum häufig erhobenen Antisemitismus-Vorwurf gegenüber Milli Görüş erklärte Hasan Özdoğan im Mai 2000 in Berlin: Milli Görüş habe Fehler gemacht, tatsächlich seien in *Milli Gazete* antisemitische Artikel veröffentlicht worden. Özdoğan distanzierte sich jedoch nicht von diesen Artikeln, sondern erklärte lediglich, warum man heute darauf verzichtet. Man habe gemerkt, dass antisemitische Äußerungen, die in der Türkei üblich seien, in Deutschland verboten sind. Hinsichtlich polemischer Ausfälle zügelt sich Milli Görüş heute zwar, aber die Botschaft ist die selbe geblieben. So verkündete der Präsident der Islamischen Föderation Berlin, Nail Dural, am 4. Dezember 1999 in dem Milli Görüş-Sender Türkisches Fernsehen in Deutschland (TFD): „Wir leben in einer Gesellschaft, die unsere heiligen Werte verbrennen will.“

Natürlich weiß Milli Görüş einen Ausweg aus dieser gefährlichen Situation. Die Organisation bietet ihren Anhängern islamische Inseln und Hilfe für das Überleben im

ungläubigen Alltag. Die Rechtsabteilung des IGMG-Zentrums steht häufig hinter den Privatpersonen, die zum Beispiel für die Freistellung muslimischer Mädchen vom koedukativen Sportunterricht und vom Sexualkundeunterricht oder für das Recht auf das Tragen des Kopftuches am Arbeitsplatz und im Unterricht klagen. All dies wird als ein „Grundrecht“ verteidigt, das zur Aufrechterhaltung der „islamischen Identität“ unerlässlich sei. Doch was als Toleranz eingeklagt wird, ist häufig nichts anderes als der Versuch der zivilisatorischen und gesellschaftlichen Abgrenzung.

Milli Görüş-Funktionäre sind keine fundamentalistischen Finsterlinge, die zurück ins Mittelalter wollen. Sie legen viel Wert auf eine gute Bildung ihrer Elite, ein besonderes Augenmerk legen sie dabei auf die Ausbildung einer weiblichen Führungselite. Auf Schulungen werden die Argumentationsmuster für die Diskussion mit der europäischen Öffentlichkeit eingeübt. So beherrschen die Sprecherinnen der Milli Görüş-Frauen den westeuropäischen feministischen Diskurs, den sie klug für ihre islamistischen Ziele zu nutzen wissen. Das alles sind unerlässliche Voraussetzungen für einen erfolgreichen Marsch durch die gesellschaftlichen Institutionen.

Die Offenheit und Diskursfähigkeit gilt allerdings nicht für die Mehrheit der Milli Görüş-Mitglieder und Anhänger. Die Masse wird mit einfachen Parolen bedient und von der deutschen Öffentlichkeit abgeschirmt.

## **Milli Görüş – eine Gefahr für die Demokratie?**

Ist Milli Görüş eine Gefahr für die Demokratie? Ja, meint Bundesinnenminister Otto Schily, der einem Dialog mit Milli Görüş im Mai 1999 auf einer Tagung in Loccum eine Absage erteilte. Schily stört, dass Organisationen wie Milli Görüş ihren Anhängern zunehmend auch in der Bundesrepublik ein dem islamischen Rechtssystem gemäßes gesellschaftliches Leben ermöglichen wollen. Der damit verbundene Absolutheitsanspruch kollidiere mit grundlegenden Prinzipien der freiheitlich demokratischen Grundordnung.

Ja, meint auch der Verfassungsschutz. So schreibt die Hamburger Landesbehörde in ihrem Bericht 1998: „Entgegen der häufig vorgetragenen Behauptung, demokratische Prinzipien anzuerkennen, vertritt die Organisation ein politisches Islamverständnis, das mit den Grundsätzen der pluralistischen Demokratie nicht im Einklang steht.“ Und der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Peter Frisch, unterstellt Milli Görüş ein methodisches Vorgehen bei der Umsetzung ihrer isla-



mistischen Positionen: „Zu den wesentlichen Eckpunkten dieser Strategie gehören die zielgruppenorientierte Arbeit unter den türkischen Muslimen zur Bewahrung bzw. Entwicklung einer islamischen Identität; das Werben für eine äußerlich erkennbare Abgrenzung türkischer Jugendlicher gegenüber gleichaltrigen Deutschen; Bemühungen um eine von den deutschen Behörden akzeptierte, gegebenenfalls im Klageweg erreichte Sonderstellung für Menschen, die islamische Riten und Gebräuche praktizieren sowie die Bündelung der Interessen islamistischer Organisationen durch Mitarbeit in muslimischen Dachverbänden.“<sup>2</sup>

Peter Frisch fordert in seiner Studie abschließend, vor allem den türkischen Islamisten perspektivisch besondere Aufmerksamkeit zu widmen, da ihre Ideologie eine konsequente Ablehnung aller „westlichen Konzepte“ beinhaltet.

Die Analyse des Verfassungsschutzes deckt sich weitgehend mit unseren Recherchen. Trotzdem darf bezweifelt werden, ob diese Behörde die richtige Instanz ist, Milli Görüş zu beobachten. Ihr verstärktes Interesse leistet jenen Vorschub, die behaupten, sie baue lediglich ein neues Feindbild auf, da sie mit dem Ende des Kalten Krieges nach einer neuen Legitimation suche. Auch stimmt es nachdenklich, wenn ausgerechnet Linke, die in der Vergangenheit zu Recht die Abschaffung der Verfassungsschutzämter forderten, bei ihrer Kritik an Milli Görüş plötzlich darauf verweisen, dass es sich bei ihr um einen Verein handle, der schließlich vom Verfassungsschutz beobachtet werde.

Nachrichtendienstliche Beobachtung sagt noch nichts über die Gefährlichkeit einer Organisation aus. Auch sind die vom Verfassungsschutz publizierten Erkenntnisse über die organisatorische und finanzielle Struktur von Milli Görüş sehr dürftig. Der Verfassungsschutz kann eine inhaltliche und politische Auseinandersetzung mit dem Islamismus nicht ersetzen. Das Interesse der Verfassungsschützer liefert den Islamisten bestenfalls eine Vorlage, mit der sie sich als Opfer einer vermeintlich islamfeindlichen Gesellschaft präsentieren können. So bezeichnete der Generalsekretär von Milli Görüş, Mehmet Sabri Erbakan, die Erwähnung seiner Organisation im Verfassungsschutzbericht 1996 und die Äußerung Frischs, der Islamismus sei das größte Sicherheitsrisiko in Deutschland, als Versuch, „die auf Vorurteile und Unwissenheit beruhenden Ängste zu schüren und den Islam sowie die Muslime als Ganzes zu diskreditieren.“<sup>3</sup> Gleichzeitig rief Erbakan dazu auf, „sich nicht durch solche Kräfte beeinflussen zu lassen, die mit inhaltsleeren Etikettierungen wie „islamistisch“ oder „fundamentalistisch“ krampfhaft versuchten, ein Bedrohungsszenario zu schüren und ein Feindbild Islam aufzubauen.“ Wer uns kritisiert, wer gegen uns ist, der

ist islamfeindlich. So einfach, so billig – dieses Argumentationsmuster wird uns im Zusammenhang mit Milli Görüş immer wieder begegnen.

Es gibt auch andere Stimmen. Die Sozialwissenschaftlerin Gerdien Jonker widerspricht der Einschätzung der Verfassungsschützer. Die Mitarbeiterin des Zentrum Moderner Orient in Berlin fordert seit Jahren dazu auf, die Diskussion zu versachlichen. Milli Görüş, so Jonker, sei vor allem eine Religionsgemeinschaft, die an einer Vernetzung mit der Mehrheitsgesellschaft interessiert sei und in der Bundesrepublik ankommen möchte. Deshalb, so ihre Forderung, sei ein vorurteilsfreier Dialog mit Milli Görüş und ihren Vertretern notwendig. Weder die Organisation noch deren Mitglieder und Anhänger dürften vorschnell in die Ecke des politischen Islam gedrängt werden. Organisatorisch geht für Jonker Milli Görüş auf den so genannten „sosyal islam“ zurück, den Necmettin Erbakan in den sechziger Jahren begründete. Der „sosyal islam“ wolle sich nur von der türkischen Vergangenheit „befreien“, so Jonker. Ziel des „sosyal islam“ sei es, eine „neue, der eigenen Zeit angemessene Verbindung zwischen Gesetz und Leben, zwischen Offenbarung und moderner Gesellschaft zu schaffen.“<sup>4</sup> In der Programmatik der im Januar 1998 verbotenen Refah Partisi (Wohlfahrtspartei) des Necmettin Erbakan bedeutete dies die Forderung nach Abschaffung der laizistischen Staatsverfassung in der Türkei und die Einführung einer islamischen Staats- und Gesellschaftsordnung.

IGMG-Funktionäre versichern häufig, dass sie sowohl die deutsche Rechtsordnung als auch die Prinzipien der parlamentarischen Grundordnung und das Grundgesetz schätzen. Im Gegensatz zu Otto Schily reicht dieses Lippenbekenntnis für Politiker wie die Berliner Ausländerbeauftragte Barbara John (CDU) offensichtlich aus. Allen, die ihre Zusammenarbeit mit Milli Görüş kritisieren, hält sie vor, sie könnten nicht untermauern, was an Milli Görüş so gefährlich sei, welche Straftaten und Verbrechen sie angeblich begangen hätten. „Wir bewegen uns in einer unheilvollen Diskussion, wenn der Versuch gemacht wird, die Mitglieder von Milli Görüş zu Aussätzigen zu erklären, mit denen niemand sprechen darf, nicht einmal die Ausländerbeauftragte.“<sup>5</sup>

Unterstützung erhält Barbara John von ihrem Parteikollegen, dem außenpolitischen Sprecher der CDU-Bundestagsfraktion, Karl Lamers. Lamers folgte 1999 der Einladung von Milli Görüş, an ihrer Jahresversammlung im Müngersdorfer Stadion in Köln teilzunehmen. Lamers kritisiert das Bild, dass deutsche Behörden von Milli Görüş zeichnen: „Es ist sehr stark geprägt durch das Bild, das die kemalistischen Kräfte in der Türkei – in Ankara – von der Refah-Partei und eben entsprechend auch von Milli



Görüş haben. Ich glaube mit dieser Betrachtungsweise kommt man nicht weiter.“<sup>6</sup>

Vor allem Christdemokraten suchen den Dialog und die Nähe zu Milli Görüş. Verwunderlich ist das nur auf den ersten Blick. Die von Milli Görüş vertretenen Islamisten sind Rechte im europäischem Sinne, die sich in ihrem Weltbild irgendwo zwischen Deutscher Volkunion (DVU), der FPÖ des Österreicher Jörg Haider und dem rechten Flügel der CSU bewegen. Es gibt viele Gemeinsamkeiten zwischen deutschen Konservativen und Milli Görüş: In Fragen des Religionsunterrichts an den Schulen, im Bereich der Familienpolitik, der Abtreibungspolitik und in der Frage gesellschaftlicher Werte. Aber es gibt noch einen weiteren Grund, weshalb Politiker zunehmend weniger Scheu haben, mit Milli Görüş und ihren Unterorganisationen zusammenzuarbeiten: „Milli Görüş hat Einfluss auf das Getto. Und wer diesen Einfluss hat, den umwerben die Politiker“, meint der Kölner Journalist und Milli Görüş-Kenner Ahmet Şenyurt. Viele Politiker wissen um den sozialen Sprengstoff, der in Stadtteilen wie Berlin-Kreuzberg liegt, in denen mehr als 30 Prozent der Immigranten arbeitslos sind. So brüstet sich der Pressesprecher von Milli Görüş-Berlin und Inhaber des Milli Görüş-Fernsehsenders TFD, Hasan Akyol: „Die Polizei wendet sich im Vorfeld der 1. Mai-Demonstrationen an uns, damit wir in den Moscheen mit den Jugendlichen reden und die Lage beruhigen.“ In einer Situation leerer öffentlicher Kassen dient sich Milli Görüş als kommunitaristisches Netzwerk an, das die Selbsthilfekräfte der Nachbarschaften und Communities mobilisieren kann. „Wir bringen die Jugendlichen weg von den Drogen und der Gewalt“, lautet ihr Angebot. „Wenn wir nicht wären, wäre es um vieles unruhiger in Berlin-Kreuzberg oder Köln-Nippes“, gibt Mehmet Sabri Erbakan zu bedenken.

Das muss jedoch nicht so bleiben. So drohte Hasan Özdoğan im Mai in Berlin: Wenn die deutsche Öffentlichkeit Milli Görüş in die Ecke dränge, dann gebe es keine Integration.

In der Debatte um Milli Görüş hat sich inzwischen folgendes Argumentationsmuster durchgesetzt: Manche Aussagen von Milli Görüş-Funktionären mögen zwar bedenklich sein, aber man dürfe sie nicht überbewerten, schließlich organisiere Milli Görüş lediglich ein, zwei, drei Prozent der türkischen Muslime, meint zum Beispiel Faruk Şen, Leiter des Zentrums für Türkeistudien in Essen. Es ist ein ehrenwertes Argument, soll es doch verhindern, die Türken unter einen islamistischen Generalverdacht zu stellen. Aber es vernebelt mehr als dass es erklärt. Zwei Prozent einer Bevölkerungsgruppe in einer Organisation, die die politischen Grundlagen der Gesellschaft grundsätzlich in Frage stellt, sind sehr viel. Zumal es sich bei Milli Görüş nicht nur um eine politische

Organisation, sondern gleichzeitig um eine soziale Bewegung handelt, die eine Vielzahl der Mitglieder mobilisieren kann und über beträchtliche finanzielle Mittel verfügt.

Um die Dimensionen zurechtzurücken: In Deutschland sind von 80 Millionen Einwohnern nach Angaben des Bundesamtes für Verfassungsschutz 1999 51.400 Personen Mitglied in einer antidemokratischen, rechtsextremen Partei wie „Republikaner“, Deutsche Volksunion oder NPD. Das sind 0,06 Prozent der Bevölkerung. Verfügten die Rechtsextremen in Deutschland über einen Milli Görüş vergleichbaren Organisationsgrad, müsste die Zahl der Mitglieder rund das Zwanzigfache, also eine Million betragen. Bei Milli Görüş handelt es sich also um kein zu vernachlässigendes Randphänomen. Sie erfasst breite Schichten der türkischen Einwanderer und sollte deshalb ähnlich ernst genommen werden wie die FPÖ in Österreich, die Front National in Frankreich und die Rechtspopulisten in Deutschland.

## **Dialog und Gewalt**

Knapp 30 Jahre nach ihrer Gründung ist Milli Görüş auf ihrem langen Marsch durch die Institutionen gut vorangekommen. Viele Türen stehen ihnen inzwischen offen. Voraussetzung war ein Imagewechsel. Seit Mitte der neunziger Jahre gehören die offene antiwestliche Hetze und antisemitische Ausfälle der Vergangenheit an. Es waren Kinderkrankheiten der ersten Funktionärgeneration, lautet heute die Erklärung von Milli Görüş. Um den Kurswechsel auch öffentlich zu unterstreichen und dem Vorwurf des Antisemitismus offensiv entgegenzutreten, sprach sich die IGMG 1998 erstmals öffentlich für einen jüdisch-islamischen Dialog aus.

Diese neue Toleranz und Offenheit wird belohnt. Inzwischen sind Milli Görüş-Vertreter bei Tagungen und Podiumsdiskussionen gern gesehene Gäste. Ob die Grünen-nahe Heinrich-Böll-Stiftung, die SPD-nahe Friedrich-Ebert-Stiftung oder die evangelische Akademie in Loccum, alle suchen sie den Dialog mit der IGMG. Ein kritisches Hinterfragen der Ideologie und Organisationsstruktur von Milli Görüş ist dabei unerwünscht. So lud die Heinrich-Böll-Stiftung bei ihren Islamveranstaltungen in den Jahren 1999 und 2000, die der Berliner Journalist Thomas Hartmann organisierte, zahlreiche Vertreter von Milli Görüş und ihren Tarnorganisationen ein, jedoch keine Kritiker. Von uns darauf angesprochen, gab Hartmann, der sich auch durch Veranstaltungsreihen mit islamischen Reformern aus dem Maghreb und dem Iran einen Namen gemacht hat, zu verstehen, er kenne die organisatorischen Hintergründe der von ihm eingeladenen Podiumsteilnehmer nicht, darüber hinaus seien sie für einen Dialog irrelevant.



Eines fällt bei den grundsätzlich begrüßenswerten Dialogbemühungen mit Vertretern des politischen Islam auf: Anders als bei der Auseinandersetzung mit Vertretern der extremen politischen Rechten fehlen bislang Kriterien, auf welcher Grundlage dieser Dialog geführt werden sollte. Bei der extremen Rechten gilt: Dialog mit den Wählern und Isolation der Führer. Bei dem Dialog mit den Islamisten ist übliche Praxis: Dialog mit den Führern und Nichtbeachtung der Anhänger und Mitglieder. Diese haben keine Stimme. Über deren Weltbild ist wenig bekannt.

Die Eliten der Islamisten werden von ihren deutschen Gesprächspartnern mit Samthandschuhen angefasst. Zwei Gründe gibt es dafür: Zum einen ist die Angst bei den nichtmuslimischen Diskutanten groß, in den Verdacht der Islamfeindlichkeit zu geraten. Zum anderen fürchten die Angestellten der Dialogindustrie die Arbeitslosigkeit. Sie wissen: Wenn auf den Tisch kommt, was auf die Tagesordnung gehört, verweigern die Funktionäre von Milli Görüş das weitere Gespräch. Die Folge dieser misslichen Situation: Nicht die Veranstalter, sondern Milli Görüş bestimmt heute die Spielregeln, nach denen sie sich der Öffentlichkeit präsentiert. Die Aufklärung bleibt auf der Strecke. Dabei schreckt die IGMG auch nicht vor Einschüchterungen kritischer Journalisten zurück, die sich dieser Politik des Burgfriedens durch investigative Recherchen widersetzen.

Ein Beispiel: Am 30. September 1999 veranstaltete der von Milli Görüş dominierte Islamrat eine Podiumsdiskussion im Willy-Brandt-Haus, der SPD-Zentrale in Berlin. Eingeladen waren unter anderem Theo Sommer, Mitherausgeber der *Zeit*, Edzard Reuter, Peter Scholl-Latour und Michel Friedman vom Zentralrat der Juden in Deutschland. Den Co-Autoren dieser Broschüre, Claudia Dantschke und Ali Yıldırım, wurde von jugendlichen Bodyguards der Milli Görüş-Berlin der Zutritt zu der öffentlichen Veranstaltung verwehrt. Der Anführer der Saalordner, Mustafa Çelebi (IGMG-Mitgliedsnummer 14.070) ist inzwischen zum Vorsitzenden der Jugendabteilung der Milli Görüş-Berlin aufgestiegen. Auch andernorts in Deutschland wird die Leitung der Jugendabteilungen in die Hände schlagkräftiger junger Männer gelegt.

Der Grund für den Rauswurf: Dantschke und Yıldırım veröffentlichten im Fernsehsender Aypa-TV Material eines Milli Görüş-Aussteigers, das beweist, mit welchen Methoden Milli Görüş und ihre Tarnorganisationen die Öffentlichkeit täuschen. Hasan Özdoğan, ehemaliger stellvertretender Generalsekretär von Milli Görüş und heutiger Vorsitzender des Islamrats, begründete den Ausschluss einer kritischen Presse gegenüber der *tageszeitung*: „Bei Dantschke und Yıldırım handelt es sich um

Unruhestifter, Verleumder, engagierte Gegner des Islam, die einen schmutzigen Journalismus betreiben. Solche Leute können wir nicht gebrauchen.“ Özdoğan beschimpfte Yıldırım darüber hinaus als „früheren Kommunisten, radikalen, ungläubigen Aleviten mit großem Rachebedürfnis an Muslimen.“ Bei solchen Formulierungen handelt es sich um verklausulierte Drohungen. Kommunist, Gegner des Islam, radikaler ungläubiger Alevit – in die Sprache der Islamisten übersetzt bedeuten sie: Gegen diesen Mann ist der Einsatz aller Mittel erlaubt.

1993 wurde in der ostanatolischen Stadt Sivas der islamistische Mob in den Moscheen mit ähnlichen Begriffen aufgestachelt, bis sie zum Pogrom gegen die Teilnehmer des alevitischen Kulturfestivals bereit waren. Dies erklärt auch die Aufregung des Kulturzentrums der anatolischen Aleviten Berlin e.V., die nach dem Eklat im Willy-Brandt-Haus und dem Bericht der *tageszeitung* ein Anzeige wegen Volksverhetzung gegen Hasan Özdoğan stellten.

## Was hat Milli Görüş zu verbergen?

In den letzten zehn Jahren errang Milli Görüş in Deutschland zwei große Siege. Im Herbst 1989 eröffnete sie Deutschlands erste islamische Grundschule in Berlin, die mit Wirkung vom 1. November 1995 von der Senatsverwaltung für Schule, Jugend und Sport als Privatschule anerkannt wurde. Am 4. November 1998 wurde Milli Görüş vom Oberverwaltungsgericht Berlin als Religionsgemeinschaft anerkannt. Aufgrund der Nichtzuständigkeit des Bundesverwaltungsgerichtes, an das sich das Land Berlin in der Berufung gewandt hatte, ist das Urteil seit dem 23. Februar 2000 rechtskräftig. In Zukunft ist Milli Görüş berechtigt, an Berliner Schulen islamischen Religionsunterricht zu erteilen.

Ist das die Wahrheit? Nein, würden Funktionäre von Milli Görüş rufen. Denn Träger der Islamischen Grundschule ist das Islam Kolleg e.V. Und es wurde nicht Milli Görüş als Religionsgemeinschaft anerkannt, sondern die Islamische Föderation Berlin e.V.

Islam Kolleg, die Islamische Föderation und Milli Görüş sind voneinander unabhängige Organisationen, behaupten die Funktionäre seit mehr als zehn Jahren – und sie lügen. Erfolgreich. Denn wäre der Nachweis gelungen, dass das Islam Kolleg Berlin e.V. eine Tarnorganisation von Milli Görüş ist, hätte der Senat 1995 die Grundschule nicht anerkannt. Und hätten den Richtern des Oberverwaltungsgerichtes Berlin Erkenntnisse vorgelegen, dass die Islamische Föderation Milli Görüş angehört, hätten sie die Föderation kaum als Religionsgemeinschaft anerkannt.



Was ist von einer Organisation zu halten, die die deutsche Öffentlichkeit systematisch und über Jahrzehnte hinweg belügt? Was fürchtet sie? Was will sie verheimlichen?

Bleiben wir beim Beispiel der Dachorganisation Islamische Föderation in Berlin und führen wir den Beweis, dass sie eine Unterorganisation von Milli Görüş ist. Nail Dural ist Alleinvertretungsberechtigter der Islamischen Föderation und seit 1980 deren Präsident und religiöses Oberhaupt (Imam). Bereits 1979 war er Vorstandsmitglied von Milli Görüş-Berlin. Im Oktober 1995 war er nach uns vorliegenden vereinsinternen Listen ihr stellvertretender Vorsitzender und trägt die Mitgliedsnummer 4.904. Nail Dural ist für alle Milli Görüş-Abteilungen in Berlin, insbesondere für die Islamische Föderation zuständig.

Nail Dural ist kein Einzelfall. Yakup Taşçı (Mitgliedsnummer 2.940), der bereits 1976 Mitglied des Gründungsvorstands von Milli Görüş-Berlin und Imam der Milli Görüş Mevlana Moschee war, ist zum einen der Ansprechpartner für die Islamische Grundschule, deren Trägerverein, das Islam Kolleg e.V., wiederum Mitglied der Islamischen Föderation ist. Gleichzeitig organisiert Taşçı für Milli Görüş die Pilgerfahrten nach Mekka.

Aykut Haldun Algan (Mitgliedsnummer 6.580), der in den achtziger Jahren die islamische Revolution nach iranischem Vorbild propagierte, ist eine weitere schillernde Figur im Milli Görüş-Geflecht. Er war im Lauf der Jahre Vorsitzender von Milli Görüş-Berlin, stellvertretender Geschäftsführer und Finanzverwalter der Islamischen Föderation und Chefredakteur des von Milli Görüş betriebenen Fernsehsenders Türkisches Fernsehen in Deutschland (TFD). Sein Bruder, Ahmet Algan, wiederum ist Gründungsmitglied der Islamischen Föderation und zuständig für Öffentlichkeitsarbeit. Beide Brüder sind Mitglieder des aktuellen Verwaltungsrates, der der erweiterte Vorstand der Islamischen Föderation ist. Diese und weitere Mitglieder des Algan Clans sind führende Aktivisten im Islamischen Frauenverein Cemiyet-i Nisa, der Islamischen Religionsgemeinschaft e.V., dessen Vorstand von Milli Görüş-Mitgliedern dominiert wird, und in der Islamischen Stiftung. All diese Vereine, einschließlich der Islamischen Grundschule und dem Türkischen Fernsehen in Deutschland, betonen ebenso wie die Islamische Föderation ihre Unabhängigkeit von Milli Görüş. Alle haben sie ihren Sitz in der Boppstraße 4 in Berlin-Kreuzberg, einem Komplex mit drei Gebäuden. Nach außen fungiert die sogenannte İslam Vakfı (Islamische Stiftung) als Träger des Anwesens. Gründungsmitglied der 1983 ins Leben gerufenen İslam Vakfı ist – unter anderem Nail Dural. Von 1984 bis 1995 ist der Vorstand der Islamischen Föderation identisch mit dem Vorstand der İslam Vakfı.

Das Anwesen Boppstraße 4 wurde von Ali Yüksel, dem ehemaligen Vorsitzenden der IGMG-Deutschland, im Januar 1996 im TV-Sender TFD als „Haus der IGMG-Berlin“ bezeichnet. Zu Recht. Tatsächlich heißt es in einem uns vorliegenden und 1986 abgeschlossenen Neun-Punkte-Vertrag zwischen Osman Karakoyun (Gründungsmitglied der İslam Vakfı), dem die Boppstraße 4 „anvertraut“ wurde, und Milli Görüş, dass die Verwaltung des Gebäudes ganz und gar der Berliner Milli Görüş unterliegt.

Der Vertrag ist in mehrfacher Hinsicht brisant. Belegt er doch, was von Milli Görüş immer wieder bestritten wird: ihre direkte Abhängigkeit von Necmettin Erbakan. So heißt es in Punkt sechs des Vertrages: „Die Berliner Milli Görüş ist von der Nationalen Heilspartei, MSP [die Partei Necmettin Erbakans, die nach dem Militärputsch 1980 verboten wurde], berufen und vertritt die AMGT [die Vorläuferorganisation der IGMG] in Berlin. Auch wenn sich der Name der Institution oder die leitenden Personen ändern sollten, so lange sich die Nachfolger an den selben Zielen orientieren, gilt die selbe Hierarchie in Bezug auf Gehorsam. Das hierarchische Prinzip ist das des Emirats.“ In Punkt acht heißt es: „Bei Streitigkeiten mit der Berliner Milli Görüş hat die AMGT [die Zentrale] die Richterfunktion, bei Streitigkeiten mit der AMGT die MSP [also Necmettin Erbakan] die Richterfunktion.“

Dieses sowohl von der Islamischen Föderation als auch von Milli Görüş inszenierte personelle und organisatorische Verwirrspiel könnten wir weiterführen. Es soll an dieser Stelle genug sein für die Beweisführung: Die Islamische Föderation ist keine unabhängige Organisation, sie ist Milli Görüş. In einem internen, uns vorliegenden Papier über die Verbandsstruktur von Milli Görüş heißt es denn auch ganz offen: „Die Islamischen Föderationen, die es in nahezu allen Bundesländern gibt, gehören der Islamischen Gemeinschaft Milli Görüş an.“

Was ist der Sinn all dieser Verschleierungen? Zum einen lassen sich im Verborgenen viele Geschäfte und Unterwanderungsstrategien besser verwirklichen. Zum anderen soll neben der Öffentlichkeit auch der Verfassungsschutz getäuscht werden. Die Islamische Föderation wurde bis 1991 und seit kurzem wieder vom Berliner Verfassungsschutz beobachtet, Milli Görüş wird bis heute von den Landesämtern und dem Bundesamt beobachtet. Verfassungsfeindlichkeit – dieses Kainsmal würde die Anstrengungen um gesellschaftliche Anerkennung der islamistischen Organisationen empfindlich stören.



## **Das Labyrinth – die Organisationsstruktur der IGMG<sup>7</sup>**

Die Islamische Gemeinschaft – Milli Görüş (IGMG) ist die offizielle Nachfolgeorganisation der Avrupa Milli Görüş Teşkilatları (AMGT), der Vereinigung der Neuen Weltsicht in Europa. Die erste Milli Görüş-Organisation wurde 1972 in Braunschweig unter dem Namen Türkische Union Deutschland e.V. gegründet. Am 22. November 1976 wurde die Türkische Union in Europa e.V. mit Sitz in Köln gegründet. Erster Generalpräsident war Yusuf Zeynel Abidin. Am 22. Oktober 1983 wurde sie in Islamische Union Europa e.V. umbenannt. Obgleich die Türkische Union und die Islamische Union sich vereinsintern bereits zu diesem Zeitpunkt als Milli Görüş-Bewegung bzw. AMGT bezeichnete, erfolgte der Namenswechsel offiziell erst am 20. Mai 1985. Vorsitzender war damals Osman Yumakoğulları. In Berlin wurde die heutige IGMG-Berlin bereits am 14. August 1976 unter dem Namen Avrupa Milli Görüş Teşkilatı Berlin Bölge e.V. (AMGT – Sektion Berlin) gegründet.

Es folgt ein personelles und organisatorisches Verwirrspiel, das wir Ihnen an dieser Stelle zumuten müssen, um die Arbeitsweise von Milli Görüş zu demonstrieren: Am 23. März 1980 ändert die AMGT-Berlin ihren Namen in Mevlana Moschee und Koran Schule e.V. Zum gleichen Zeitpunkt wird die Islamische Föderation in Berlin e.V. gegründet. Einer der Mitgliedsvereine der Dachorganisation Islamische Föderation e.V. ist laut Aktenlage auch der Verein Mevlana Moschee und Koran Schule e.V. Am 24. September 1989 wird der Name erneut geändert in Mevlana Moschee e.V. Ein Name, der abermals die Öffentlichkeit täuschen soll. In den internen Unterlagen wird weiterhin der Name Milli Görüş (AMGT-Berlin) verwendet. Im Juni 1995 erfolgt schließlich im Rahmen der bundesweiten Neuorganisation der AMGT die Umbenennung in Islamische Gemeinschaft – Milli Görüş/Sektion Berlin (IGMG-Berlin). Nach außen führt der Verein weiterhin den Namen Mevlana Moschee e. V.

In Europa trägt Milli Görüş viele Namen. Dieses Verwirrspiel hat neben der Täuschung der Öffentlichkeit einen weiteren Grund: Das türkische Parteiengesetz verbietet Auslandsorganisationen. Seit ihrer Gründung gesteht Milli Görüş deshalb zwar eine gewisse Sympathie für die Politik und die diversen Parteien Necmettin Erbakans ein, bestreitet allerdings hartnäckig eine direkte organisatorische Verbindung.

Die AMGT änderte auf ihrer 11. Vollversammlung am 3. Juni 1995 in Frankfurt/Main ihren Namen in Islamische Gemeinschaft – Milli Görüş (IGMG) und gründete für die Verwaltung ihrer Liegenschaften und Immobilien einen eigenen Verein, die EMUG

(Europäische Moscheenbau- und Unterstützungsgemeinschaft). Vorsitzender der IGMG wird der bisherige AMGT-Chef, Osman Yumakoğulları, die EMUG-Leitung übernimmt der AMGT-Generalsekretär Ali Yüksel.

Das Logo der AMGT bzw. der IGMG zeigt in einem grün auf weißen Quadrat Europa einschließlich den Kaukasus, die von einem Halbmond umfasst werden. Ein Beleg, dass Milli Görüş vor allem politisch in Richtung Pantürkismus und -islamismus denkt und Erbakans islamistische Ideologie der Religiösen Nationalen Weltsicht ganz Europa umspannen soll. Auch in Nordamerika, vor allem in Kanada, ist die IGMG stark vertreten. Ihr Logo umspannt dort analog zu Europa ganz Nordamerika.

Obgleich es immer wieder bestritten wird, Milli Görüş ist die Europavertretung von Necmettin Erbakan. Er selbst trägt den Titel Milli Görüş Lideri, Milli Görüş Führer. Erbakan war es, der die Gründung von Milli Görüş anordnete. Von ihm kamen über Jahre hinweg die Direktiven, in welcher Form Milli Görüş in Europa zu agieren hat. Von Milli Görüş wurden 1995 Millionenbeträge in Europa für Erbakans Wahlkampf in der Türkei gesammelt. 60 bis 70 Millionen Mark sollen es gewesen sein. Geld, das ihm schließlich den Wahlsieg garantierte.

Milli Görüş – eine religiöse Organisation? Nicht nur die Aussagen Ali Mohammeds (Name geändert), eines unzufriedenen Mitarbeiters gegenüber der *Berliner Zeitung*, lassen daran zweifeln: „Das ist eine Mafia. Nach meiner Meinung geht es nicht um den Islam, sondern nur darum, Einfluss zu gewinnen und sich zu bereichern.“<sup>48</sup> Und weiter: „Demokratisch ist da gar nichts – es gibt keine Wahl, keine Diskussionen, keine Gegenkandidaten, wer gegen die Führung ist, wird als Feind des Islam denunziert.“

Tatsächlich werden die Vorstände aller IGMG-Zweigstellen vom IGMG-Hauptvorstand ernannt, der auch die Politik der Unterabteilungen vorgibt. Für Ali Mohammed sind die vielfältigen sozialen Angebote von Milli Görüş nur vorgeschoben, tatsächlich gehe es der Führungsriege vor allem um Geld.

Zum inneren Zirkel von Milli Görüş in Europa gehören der zeitweilige Vorsitzende der IGMG, Ali Yüksel (50), der Generalsekretär der IGMG und Neffe Necmettin Erbakans, Mehmet Sabri Erbakan (33), sowie das ehemalige Vorstandsmitglied von Milli Görüş, Hasan Özdoğan (44). Özdoğan, der heute als Vorsitzender des von Milli Görüş dominierten Islamrats für Deutschland fungiert, pflegte über Jahre engen Kontakt mit dem christlichen Sektenkonzern Scientology. Unter anderem ging es dabei um die Schulung von Milli Görüş-Kadern und um Immobiliengeschäfte. Bereits 1996 beschul-



digte Ali Mohammed Milli Görüş, Spendengelder ihrer Anhänger zweckentfremdet auszugeben, „zum Beispiel um eine kommerzielle Firma zu gründen.“ Ob die Hunderte von Millionen Mark, die Milli Görüş jährlich einnimmt, tatsächlich dazu dienen den teuren Lebensstil der hohen Funktionäre zu finanzieren, wie Ali Mohammed unterstellt, sei dahingestellt. Auf jeden Fall sind sie ein geeignetes Schmiermittel, um die politische Ideologie Necmettin Erbakans sowohl in der Türkei als auch in Deutschland unters Volk zu bringen.

Auch wenn Mehmet Sabri Erbakan stets beteuert, dass es keinerlei organisatorische Verbindung zur ehemaligen Wohlfahrts- (Refah)- und jetzigen Tugendpartei (Fazilet Partei) seines Onkels gäbe, die Fakten beweisen anderes. So war Osman Yumakoğulları, der 1984 nach Deutschland kam, von 1985 bis 1995 Vorsitzender der AMGT mit Sitz in Köln. Gleichzeitig war er Inhaber des Europabüros der in Istanbul herausgegebenen *Milli Gazete* (*National-Zeitung*). Zwar ist *Milli Gazete* nicht als Verbandszeitung von Milli Görüş ausgewiesen, zeigt aber nicht nur in der Person von Osman Yumakoğulları eine deutliche Verbindung zur AMGT und wird bis heute von Erbakans diversen islamistischen Parteien getragen. Der derzeitige kommissarische Vorsitzende der IGMG-Deutschland, Yusuf Işık, ist gleichzeitig der Geschäftsführer der Firma, die die Europaausgabe der *Milli Gazete* herausgibt.

Yumakoğulları, studierter Theologe und Jurist, trat 1996 den Milli Görüş-Vorsitz an Ali Yüksel ab, nachdem er am 24. Dezember 1995 als Abgeordneter der Wohlfahrtspartei (Refah-Partei) in die türkische Nationalversammlung eingezogen war. Yumakoğulları's Stellvertreter im Vorsitz der AMGT, Asım Genç alias Abdullah Gencer, zog ebenfalls in das türkische Parlament ein. Die IGMG feierte dies in ihrer Verbandszeitung *Perspektive* mit den Worten: „Jetzt sind wir im Parlament.“ Lediglich der Generalsekretär Ali Yüksel, der sich am 27. Februar 1993 vom Islamrat zum „Scheich-ül-Islam“ der Muslime in Deutschland proklamieren ließ, hatte in Antalya Pech. Trotz des ebenfalls sehr aussichtsreichen Listenplatzes reichten die Stimmen für die Wohlfahrtspartei dort nicht aus. Ali Yüksel, der wegen seiner Kandidatur gemäß dem türkischen Wahlgesetz sowohl das Amt des Generalsekretärs als auch das Amt des Scheich ül-Islam aufgegeben hatte, wurde daraufhin mit dem Milli Görüş-Vorsitzposten in Köln entschädigt, den er bis April 1999 innehatte. Er wurde, so berichtete die türkischsprachige Tageszeitung *Milliyet*, von einer Frauengruppe von Milli Görüş, dem Mädchenkolleg von Bergkamen, zum Rücktritt gezwungen, weil er sich seine dritte Frau genommen hatte.

Es sind aber vor allem die Mitglieder von Necmettin Erbakans Familie, die die Kontrolle

über die IGMG und ihre Unterorganisationen in Europa ausüben. Erbakans Schwägerin, Amina Erbakan, ist die stellvertretende Vorsitzende der Deutschsprachigen Islamischen Frauengemeinschaft (DIF) im Rahmen der IGMG und betreibt in Bergkamen das Mädchenkolleg (Mädchenakademie). Amina Erbakan ist Juristin und nutzt jede Möglichkeit, um für ihre Sache vor Gericht zu streiten. Ob es um gerichtliche Auseinandersetzungen wegen des Kopftuches, um Freistellung vom koedukativen Sportunterricht oder anderes geht, sie kämpft an vorderster Front. Schwiegersohn von Amina Erbakan und Schwager von Mehmet Sabri Erbakan ist Ibrahim El-Zayat. El-Zayat wiederum ist Vorsitzender der Muslim Studentenvereinigung (MSV), Generalsekretär der Islamischen Jugend in Europa und Generalsekretär des Islamischen Konzils in Deutschland. Seine Frau, Sabiha El-Zayat, geborene Erbakan, leitet das Zentrum für Islamische Frauenforschung und Frauenförderung (ZIF). Stellvertretender Vorsitzender der MSV ist Mehmet Sabri Erbakan. Während die IGMG Mitglied des Islamrats ist, ist die MSV Mitglied im Zentralrat der Muslime.

Die Absicherung der Macht von Milli Görüş durch Mitglieder eng verschworener Familienklans hat System. Die Arbeit von Milli Görüş und ihrer Tarn- und Nebenorganisationen ist in Berlin ähnlich strukturiert wie in der Kölner Zentrale. In der Hauptstadt heißt die Familie, die die Strippen zieht, nicht Erbakan, sondern wie bereits gezeigt Algan. Die Frauen von Ahmet und Haldun Algan, Emel und Muna Algan, sind Töchter des 1986 im Alter von 49 Jahren gestorbenen Gründers der Milli Görüş-Deutschland, des Muslimbruders Yusuf Zeynel Abidin.

## **Necmettin Erbakan**

Necmettin Erbakan (73) studierte Maschinenbau in Aachen und arbeitete als Forschungsingenieur in der Motorenfabrik Klöckner-Humboldt in Köln. Er soll dort an der Entwicklung des Leopard-Panzermotors beteiligt gewesen sein. Nach seiner Rückkehr in die Türkei im Jahr 1965 wurde er zunächst Professor an der Technischen Universität Istanbul. Anschließend war er Präsident der Industrie- und Handelskammer in Istanbul. Von diesem Posten vertrieb ihn sein ehemaliger Studienkollege, der damalige Ministerpräsident der Türkei Süleyman Demirel. 1969 kandidierte Erbakan als Unabhängiger aus Konya und zog ins Parlament ein. In der Bildungspolitik machte sich Erbakan in dieser Zeit bereits für die Förderung der Konfessionsschulen, der sogenannten Imam-Hatip-Schulen stark, die bei der Reislamisierung der türkischen Gesellschaft eine herausragende Rolle spielen.



Im Februar 1970 gründete Erbakan die islamisch orientierte Nationale Ordnungspartei (MNP) auf Anregung des Nakshibandiye-Scheichs Kotku (siehe Kapitel 6). Nach dem Militärputsch vom 12. März 1971 wurde die MNP vom Verfassungsgericht wegen Verstoß gegen den in der Verfassung von 1961 niedergelegten Grundsatz des Laizismus auf Dauer verboten. Im Oktober 1972 wurde die Nachfolgepartei, die Nationale Heilspartei (MSP) gegründet, deren Vorsitzender Erbakan ab Oktober 1973 war. Erbakan gelang es in der Folgezeit fast alle orthodox-islamischen Kreise in der MSP zu organisieren. Die MSP war streng antikommunistisch und dem Kampf für die Verwirklichung einer tugendhaften Ordnung verschrieben, die sich stark an den Islam anlehnte. Sie forderte unter anderem einen verstärkten Ausbau der Imam- und Predigerschulen, die Erbakan als „Schrebergärten“ seiner Partei bezeichnete.

Zwischen 1973 und 1979 entwickelte sich die MSP im türkischen Parteiensystem zum „Zünglein an der Waage“ und war an drei Koalitionsregierungen beteiligt. In dieser Zeit stieg die Schülerzahl der Imam-Hatip-Schulen von rund 10.000 (1973) auf über 100.000 (1978), 1997 waren es schließlich über eine Million.<sup>9</sup> Seit den siebziger Jahren erhielt man mit Abgang von einem religiösen Gymnasium die Hochschulreife auch für andere Fächer. Die Imam-Hatip-Schulen waren ursprünglich dazu gedacht, den Bedarf der Moscheen an theologisch ausgebildeten Kräften sicherzustellen. Tatsächlich wurden sie im Verlauf der siebziger und achtziger Jahre zu einer Art alternativer Bildungsinstitution und zu einem der wichtigsten Instrumente zur Islamisierung der türkischen Gesellschaft. Für viele Schüler und Schülerinnen aus finanziell schlechter gestellten Familien waren sie eine kostengünstige Möglichkeit, sich auch nach dem Ende der fünfjährigen Schulpflicht weiterzubilden.

Als die türkische Regierung 1997 die allgemeine Schulpflicht von fünf auf acht Jahre erhöhte, um die Attraktivität der Imam-Hatip-Schulen und damit den Einfluss der Islamisten auf die türkische Jugend zu brechen, kam es im Herbst 1997 in der Türkei zu einem regelrechten Kulturkampf zwischen Islamisten und Laizisten. Auch in Köln gingen am 27. September 1997 3.500 Anhänger von Milli Görüş auf die Straße. Sie protestierten gegen die verlängerte Schulpflicht in der Türkei und unterstellten, die türkische Regierung würde damit „die Religion ausrotten“. Die Demonstration in Köln war die erste öffentliche Großveranstaltung der IGMG seit Jahren und belegt, wie reibungslos die Zusammenarbeit zwischen Necmettin Erbakan und seiner Auslandsorganisation bis heute funktioniert.

Seit Jahren bereitet Milli Görüş in Europa lebende türkische Jugendliche auf den Besuch einer Imam-Hatip-Schule in der Türkei vor. Inzwischen kündigte die IGMG an, sie werde virtuelle Imam-Hatip-Schulen einrichten. Um den türkischen Behörden keinen Zugriff zu ermöglichen, sollen dazu über einen deutschen Internetserver Koran- und Arabischkurse angeboten werden. Durch eine einfache Bedienung sind angeblich auch Kinder mit nur geringem Computerwissen in der Lage, an den Kursen teilzunehmen. Als „Nebeneffekt“, so der IGMG-Generalsekretär Mehmet Sabri Erbakan, würden die Kinder zugleich den Umgang mit Computern lernen und somit zu den fortschrittlichsten Studierenden in der Türkei gehören.

Doch zurück zu Necmettin Erbakans politischem Werdegang. Nach dem Militärputsch vom 12. September 1980 wurde die MSP wie alle anderen politischen Parteien verboten. 1983, mit der Aufhebung des Parteienverbots, wurde die Wohlfahrtspartei (Refah-Partei) als Nachfolgerin der MSP gegründet und Erbakan entwickelte das Parteiprogramm „Adil Düzen“ (Gerechte Ordnung), auf das wir im nächsten Abschnitt näher eingehen werden.

Bei der Dezemberwahl 1995 wird Erbakans Wohlfahrtspartei mit 21 Prozent zur stärksten Partei in der Türkei. Im Juli 1996 wird Erbakan zum ersten islamistischen Ministerpräsidenten in der Geschichte der türkischen Republik gewählt. Doch schon ein Jahr später erzwingt das Militär, das sich als Hüterin des türkischen Laizismus versteht, Erbakans Rücktritt. Im Januar 1998 wird die Refah-Partei vom Verfassungsgericht wegen Verstoß gegen die laizistischen Prinzipien der Republik verboten. Erbakan verliert sein Parlamentsmandat und es wird ihm für die Dauer von fünf Jahren jede politische Führungstätigkeit untersagt. Im März 2000 wird er wegen Separatismus zu einem Jahr Freiheitsentzug verurteilt, da er die Bevölkerung in Muslime und Nichtmuslime spalte. Am 5. Juli 2000 wird das Urteil bestätigt und Erbakan soll für knapp fünf Monate ins Gefängnis. Bereits vor dem Verbot der Refah-Partei organisierte Erbakan die Nachfolgepartei – die Tugendpartei (Fazilet Partisi).

Erbakans Lebenswerk verfolgt ein Ziel: Die von Mustafa Kemal Atatürk 1923 eingeleitete Trennung von Staat und Religion rückgängig zu machen. Denn nach Auffassung der Islamisten ist die Orientierung der Türkei an der modernen westlichen Zivilisation nichts anderes als ein Akt der Selbstverleugnung. Dadurch werde in den Menschen die natürliche Anlage zu anständigem und tugendhaftem Handeln untergraben und die türkische Nation fortlaufend von innen zerstört, hieß es schon im Programm der 1970 von Erbakan gegründeten Nationalen Ordnungspartei, die sehr bald wegen Verstoß



gegen ‚kemalistische Prinzipien‘ verboten wurde.<sup>10</sup> Wie das Osmanische Reich, so die Argumentation der Islamisten, müsse auch die Türkei der Zukunft ihre Stärke und zivilisatorische Kraft aus der Kraft des Islam gewinnen.

Die nach dem Verbot der Nationalen Ordnungspartei gegründete Nationale Heilspartei (MSP) orientierte sich in den siebziger Jahren unter Erbakan am libyschen Fundamentalismus und strebte zunehmend die Kooperation mit den mächtigen islamischen Staaten wie Saudi-Arabien an. Der Bedeutungsverlust des Osmanischen Reiches wurde in der Ideologie Erbakans immer als Folge seiner Verwestlichungsbestrebungen auf Kosten der islamischen Lebensweise betrachtet. Gleichzeitig propagierte Erbakan eine Industrialisierung auf der Grundlage wiedergewonnener islamischer Kultur und Zivilisation. Nur so ließe sich für die Türkei wieder eine bedeutende Stellung in der modernen Welt erlangen. Eine Ideologie, die in den siebziger Jahren vor allem bei den Menschen in entweder unterentwickelten Regionen des Landes ankam oder in solchen, die einer besonders stürmischen Entwicklung unterworfen waren.

Ende der siebziger Jahre machte Erbakan seine Einwilligung in eine Koalitionsregierung mit Demirel unter anderem davon abhängig, dass die Türkei ihre Beziehungen zu islamischen Ländern, vor allem zu Saudi-Arabien intensiviere. 1979 wurde Erbakan für seine Bemühungen im Dienst des Islam mit einem Preis der Islamischen Jugend in der Welt ausgezeichnet. In Anwesenheit hoher Islamvertreter wurde er für folgende Verdienste geehrt: Den Bau von etwa 3.000 Imam-Hatip-Schulen, die Gründung einer islamischen Universität in der Türkei und die Einbeziehung von Islamstudien in das akademische Curriculum in der Türkei.<sup>11</sup> Bis heute zeigt sich Saudi-Arabien gegenüber Necmettin Erbakan und Milli Görüş in Europa durch großzügige finanzielle Unterstützung erkenntlich. So wird die Islamische Schule des Islam Kolleg Berlin e.V. von Saudi-Arabien mitfinanziert.<sup>12</sup>

Erbakan ist allerdings alles andere als ein Bittsteller der reichen Ölscheichs. In den letzten zehn Jahren schuf er sich für seine Bewegung weltweit eine milliardenschwere ökonomische Basis.

## Der Königsweg – Die Gerechte Ordnung

Mitte der achtziger Jahre griff Necmettin Erbakan die von Süleyman Karagülle bereits 1976 entwickelte Ideologie „Adil Düzen“ (Gerechte Ordnung) auf und machte sie zum Parteiprogramm der Refah-Partei (1983-1998).<sup>13</sup> Die Gerechte Ordnung ist eine auf dem Islam basierende Ideologie, die alle Lebensbereiche umfasst, die Wissenschaft, Justiz, Wirtschaft und Bürokratie. „Adil Düzen“ unterscheidet zwischen zwei sich unversöhnlich gegenüberstehenden Polen: Auf der einen Seite steht die Ordnung, in der Macht und Ungerechtigkeit dominieren. Sie ist „batıl“, das heißt falsch, nutzlos, nicht-islamisch. Auf der anderen Seite steht die Ordnung, in der die wahre islamische Gerechtigkeit praktiziert wird, im Türkischen „hak“ genannt. Natürlich wird in diesem ständigen Kampf zwischen „batıl“ und „hak“ die Gerechte Ordnung in der Zukunft die Oberhand gewinnen.

Die Staatsform, in der die Ideologie der Gerechten Ordnung herrschen soll, wird als irrelevant bezeichnet, da man keine bestimmte Staatsstruktur, sondern eine neue, eine islamische Gesellschaft etablieren will. Diese islamische Gesellschaft wird mit der wahren Gerechtigkeit (hak) regiert, die nach Erbakans Auffassung auch Elemente enthalten kann, die nicht-islamischen Ursprungs sind, jedoch Elemente des hak beinhalten. Was nicht explizit gegen die islamischen Vorschriften verstößt, ist deshalb nach Erbakan auch mit dem Islam vereinbar und legitimierbar.

Mit dieser Auslegung rechtfertigt Erbakan die Übernahme von „guten“ Eigenschaften anderer Systeme, wie zum Beispiel des Kapitalismus, des Sozialismus und der Demokratie in die Ideologie der Gerechten Ordnung. Dem konnten vor allem die traditionellen religiösen Orden, aus denen Erbakans Parteien entstanden und von denen sie getragen wurden, nicht uneingeschränkt folgen und warfen ihm Pragmatismus vor. Erbakan selbst wollte sich von seinen traditionellen Wählern zwar nicht lösen, aber für sein politisches Ziel benötigten er und seine Partei neue Wählerschichten. „Eine klare Einordnung der Partei in eine politische Richtung ist nicht möglich“, kritisierte der ehemalige Refah-Abgeordnete Hasan Mezarcı. So würde sich die Partei im Osten der Türkei als pro-kurdisch, in Mittelanatolien als pro-türkisch, in der Ägäis und im Mittelmeerraum als liberal, in ihrer Einstellung als sozialistisch und in Ankara als kemalistisch zeigen.<sup>14</sup>

1991 schließlich schrieb Necmettin Erbakan sein Wirtschaftsprogramm „Adil Ekonomik Düzen“ (Gerechte Wirtschaftsordnung). Die Gerechte Wirtschaftsordnung wird als ein dritter Weg formuliert, der aus den guten Seiten des Kapitalismus und des



Kommunismus hervorgeht. In der Realität beinhaltet sie eine zentralistische Planung. Burhan Şenatalar, Wirtschaftswissenschaftler aus der Türkei, äußert sich wie folgt zu Erbakans Wirtschaftsprogramm der Gerechten Wirtschaftsordnung: Bei einer Umsetzung würde der Boden dem Staat gehören und die Mehrheit der Banken verstaatlicht werden. Das Steuersystem würde nur noch eine Form von Steuern kennen, eine Art Einkommenssteuer, die jedoch nicht unbedingt in Form von Geld zu bezahlen wäre, sondern in einigen Fällen auch in Gütern. Der Prozentsatz werde einheitlich bei 20 Prozent liegen und in der Verfassung würde festgelegt werden, dass das Parlament kein Steuergesetz beschließen darf. Die Preise würden in ihrer Höhe zwar durch Angebot und Nachfrage geregelt werden, aber einheitlich in allen Städten der Türkei sein. Einer der wesentlichen Punkte wäre die Ablehnung von Zinsen, ganz so wie dies der Koran verlangt. Es würden jedoch Alternativen eingeführt, die letztendlich wie Zinsen funktionierten. Das würde bedeuten, dass derjenige, der sein Kapital für eine gewisse Zeit verleiht, dafür etwas bekommt, das nicht den Namen Zinsen sondern einen anderen Namen tragen würde.<sup>15</sup>

Der entscheidende Durchbruch, mit Hilfe der Gerechten Ordnung neue Wählerschichten zu erschließen, gelingt Erbakan 1993 auf dem 4. Parteikongress der Refah-Partei. „Dieser Kongress wird als ein Meilenstein im Veränderungsprozess der RP angesehen“, so der Berliner Politologe Burhan Kesici, „weil die RP bei dieser Veranstaltung viele Leute aus unterschiedlichen Gruppierungen aufnahm und sich somit einem breiten Publikum öffnete. Zu der Partei gesellten sich Frauen ohne Kopftücher bis hin zu Personen, die sich als laizistisch bezeichneten.“<sup>16</sup>

Auch bei den Milli Görüş-Anhängern in Deutschland wird Adil Düzen als Schlagwort eingesetzt, um für die Bewegung zu werben. Inhaltlich handelt es sich dabei um ein vages Konzept, das jedem die Lösung seiner Probleme in Aussicht stellt, sobald eine am islamischen Gesetz, der Scharia, ausgerichtete gesellschaftliche und staatliche Ordnung umgesetzt ist.

Erbakans Regierungszeit in den Jahren 1996/97 offenbarte, wie wenig er selbst von der Umsetzbarkeit eines Wirtschaftsprogramms auf Grundlage der Gerechten Ordnung hielt. Der von ihm als „batıl“ (unislamisch) verteilte Westen, vor allem die USA, wurde von ihm eingeladen, in der Türkei zu investieren.

Als Konzept einer brauchbaren Wirtschaftspolitik für die Türkei ist „Adil Düzen“ gescheitert. Aber als ideologisches Schlagwort hat es für die islamischen Holdings in der Türkei und Europa bis heute einen Gewinn bringenden Nutzen.

## Das Grüne Kapital der Milli Görüş

Grün ist die Farbe des Islam, und so werden die Mischkonzerne (Holdings), die ihre Unternehmensphilosophie mit Koran und Sunna legitimieren, gern das „Grüne Kapital“ genannt. Nachdem Erbakans parteipolitischer Marsch durch die Institutionen im Frühjahr 1997 durch das Militär bzw. den Nationalen Sicherheitsrat gestoppt wurde, lastet nun die Aufgabe der Islamisierung der Gesellschaft vor allem auf den Schultern dieser Holdings. Sie entstanden zunächst in der zentralanatolischen Stadt Konya, der Hochburg des politischen Islam in der Türkei. Hier sind die traditionell-religiösen Orden zu Hause, die Bevölkerung ist tiefreligiös und konservativ. Fernab der großen Industriezentren der Westtürkei blieb die Wirtschaft jahrzehntelang unterentwickelt. Von Ankara vernachlässigt setzten die Orden und Kleinunternehmer auf Necmettin Erbakan, als dieser von Konya aus seine politische Karriere startete.

Der ökonomische Aufschwung dieser Region kam indes mit Turgut Özals neoliberaler Wirtschaftspolitik in den achtziger Jahren. Es entwickelte sich ein mittelständiges islamisches Unternehmertum, das sich selbstbewusst „anatolische Löwen“ nennt. Ihre Entwicklung verdanken sie Özals Konzept der islamisch-türkischen Synthese, das die beiden kemalistischen Dogmen, Laizismus und Etatismus, Stück für Stück aufweichte.

Das Prinzip des Etatismus hatte der Türkei einen starren staatlichen Wirtschaftssektor gebracht und eine Oligarchie, die jahrzehntelang mit großzügigen staatlichen Krediten unterstützt worden war. Dagegen setzte Özal auf Privatisierung und den Mittelstand. Ausländische Investoren und Geldgeber aus islamischen Ländern wurden umworben. Mit Hilfe seines Bruders, Korkut Özal, und dessen guten Verbindungen nach Saudi-Arabien, entwickelte sich ein islamischer Finanzsektor in der Türkei in Form von Joint Ventures mit türkischen Firmen. Dieser private Finanzsektor (ÖFK) wurde von der Özal-Regierung durch steuerliche Vergünstigungen gezielt gefördert. Kennzeichnend war die Einhaltung des Verbotes von Zinsgeschäften, wie es der Koran vorschreibt.

Statt Zinsen zu erhalten wurden die Geldanleger am Geschäftserfolg beteiligt und gleichermaßen am Risiko und damit am Verlust. Den Banken, die versprachen, die islamischen Vorschriften des Zinsverbots zu beachten, gelang es, die strenggläubigen anatolischen Bauern und das Kleinbürgertum zur Geldanlage zu überreden. Bislang hatten sie ihre Ersparnisse in Goldschmuck investiert oder in Hartwährungen unter der Matratze aufbewahrt. Auf bis zu 100 Milliarden Dollar wird der Wert der auf diese Art im ganzen Land versteckten Ersparnisse geschätzt. Zudem sollen Türken im Ausland



über weitere 300 Milliarden Dollar verfügen.<sup>17</sup> Durch Özals Politik floss nun dieses Geld mit Hilfe der islamischen Finanzierungsgesellschaften in die lokale Wirtschaft. So entstanden zahlreiche Unternehmungen in allen Handels- und Industriezweigen, aus denen dann Ende der achtziger Jahre die ersten islamischen Holdings hervorgingen.

In den neunziger Jahren übernahm die Refah-Partei die politische Vertretung dieser Holdings. In seinem Konzept der Gerechten Ordnung stellte Necmettin Erbakan die islamische Wirtschaftsform als Alternative der dekadenten westlichen Ordnung entgegen. Geschickt nutzte er dabei die Schwäche der türkischen Währung (Lira) aus, die er als Symbol der Abhängigkeit der Türkei vom westlichen, nichtislamischen Bank- und Finanzwesen wertete.

Die unangefochtene Interessenvertretung der türkischen Unternehmer war in der Vergangenheit der Unternehmerverband *Tüsiad*. Das änderte sich 1990, als sich der neu entstandene islamische Wirtschaftssektor im Verband unabhängiger Geschäftsleute *Müsiad* zusammenschloss. Das türkische Wort für unabhängig, *müstakil*, bildet die erste Silbe des Verbandsnamens *Mü* und kann auch als *müslüman*, muslimisch, gedeutet werden. Die rund 3.000 Mitglieder erwirtschaften heute einen Umsatz von 35 Milliarden Dollar; das entspricht einem Zehntel des türkischen Sozialprodukts. Ihre Exporte belaufen sich auf rund 7 Milliarden Dollar. Die türkischen Laizisten gehen davon aus, dass der Verband den politischen Islam jährlich mit 250 Millionen Dollar finanziert.<sup>18</sup> Während seiner Amtszeit als Ministerpräsident versuchte Erbakan die *Müsiad*-Unternehmen stärker an sich zu binden, indem er ihnen Regierungsaufträge verschaffte.

Der Vorsitzende von *Müsiad*, Erol Yerar, erklärt das politische Ziel seines Verbandes: „Wir müssen reich werden. Wir müssen noch mehr arbeiten und noch reicher werden, um stärker als die Heiden zu werden. Die Schätze Allahs müssen aus ihren Händen genommen werden. Wir müssen sie besitzen.“<sup>19</sup> Auf Grund derartiger Äußerungen wurde inzwischen Anklage gegen Erol Yerar erhoben und er musste den Vorsitz von *Müsiad* abgeben.

Nicht alle Mitglieder des Verbands sind jedoch Vertreter des politischen Islam. Immer wieder setzen sich *Müsiad*-Mitglieder gegen Ebakans Instrumentalisierungsversuche zur Wehr. Erbakan hat inzwischen darauf reagiert und veranlasste die Gründung des Unternehmerverbandes *Konföderation der anatolischen Löwen (Askon)*.

In Deutschland nennt sich die Interessensvertretung der Unternehmer türkisch-muslimischer Herkunft ebenfalls Müsiad. Seit Jahren versucht Milli Görüş sie zu dominieren. Der Berliner Verein Müsiad wird von Ali Uzun geleitet, einem führenden Mitglied von Milli Görüş-Berlin (IGMG-Mitgliedsnummer 4.544). Er ist seit April 1995 Schatzmeister des vierköpfigen Vorstands der Milli Görüş-Organisation İslam Vakfı, zusammen mit Aykut Haldun Algan, Nail Dural und Abdurrahim Vural.

### **Das „Konya-Modell“ – die Finanzierung über Anteilscheine**

Um 1993 entwickelten die islamischen Holdings eine neue Form der Finanzierung. Sie schickten Emmissäre von Haustür zu Haustür, um so genannte Anteilscheine zu verkaufen. Der gläubige Muslim erwirbt mit seinem Geld einen Anteil an der Firma, die nach streng islamischen Vorschriften wirtschaftet und teilt mit diesem Anteil Gewinn und Verlust der Holding. Diese Form der Finanzbeschaffung wird auch das „Konya-Modell“ genannt. Es hat sich inzwischen weltweit überall dort verbreitet, wo gläubige muslimische Türken zu Hause sind. Über 50 derartig finanzierte islamische Holdings gibt es inzwischen. Sie entwickelten sich zum modernsten und am schnellsten expandierenden Wirtschaftssektor der Türkei und sind durch ihre Finanzierungsform nicht nur unabhängig vom staatlichen und privatkapitalistischen Kapitalmarkt und dessen Kontrollgremium (SPK), sondern auch vom privaten islamischen Kredit- und Finanzwesen (ÖFK).

Die durch den Verkauf von Anteilscheinen entstehende Bindung an die Firma wird durch soziale Angebote vertieft. Die Angestellten können im Arbeitsalltag die islamischen Vorschriften einhalten und die Familien profitieren von Einrichtungen der Kinderbetreuung, der Essensversorgung oder auch der Krankenbetreuung. Auf diese Weise entsteht eine produktive, islamische Solidar- und Wirtschaftsgemeinschaft. Die Einhaltung des islamischen Zinsverbotes, die sozialen Leistungen der Holdings, der gute islamische Ruf der Unternehmensführung sind Bestandteil der angestrebten Gerechten Ordnung. Diese Vision wird bei der Gewinnung neuer Anleger als Hauptargument in die Waagschale geworfen.

Diese Holdings werden auch von den religiösen Bruderschaften unterstützt. So gab ein Nakshibandiye-Führer (siehe Kapitel 6) ein Dekret heraus, das den Kauf von Keksen der (islamischen) Firma Ülker befahl.<sup>20</sup> Bei ihrem Werben für ein islamisches Wirtschaftsmodell wird Erbakans Gerechte Ordnung nur noch als Schlagwort eingesetzt, mit dem er nicht nur die anatolische Landbevölkerung zu beeinflussen versucht,



sondern alle, die vom althergebrachten System enttäuscht waren und nach Alternativen zum Westkapitalismus suchten.<sup>21</sup>

## Von Konya nach Deutschland und zurück

Die Kombassan-Holding war eine der ersten und jahrelang die erfolgreichste Holding des „Konya-Modells“. Sie galt Erbakan als Beweis für den Erfolg proislamischer Geschäftsmänner. Die futuristisch anmutende Zentrale des Konzerns am Rande des Necmettin-Erbakan-Parks in der Neustadt von Konya war das erste gläserne Hochhaus der Stadt überhaupt.<sup>22</sup> Von Konya aus hat sich die Kombassan-Holding, die im Jahr 2000 ihren zehnten Geburtstag feiert, inzwischen über die gesamte Welt ausgebreitet, mit „einem Jahresumsatz von 3 Milliarden DM und 40.000 Beschäftigten“, wie der Journalist Ahmet Şenyurt schreibt.<sup>23</sup> In den USA hat Kombassan über 250 Filialen einer preiswerten Textilien-Kaufhauskette übernommen, in Vorderasien ist die Holding nach eigenen Angaben der größte Reifenhersteller und außerdem in der Bau-, Papier- und Lederbranche tätig.<sup>24</sup> Darüber hinaus hat Kombassan die Fluglinie Alfa-Air übernommen, sowie die Produktion der MZ-Motorräder der ehemaligen DDR. Zurzeit versucht die Holding auch in China Fuß zu fassen, wo 5.000 Dönerbuden eingerichtet werden sollen.

Ihre deutsche Niederlassung eröffnete Kombassan 1999 in der schwäbischen Kleinstadt Lauingen, der ersten Kleinstadt Bayerns, die ihren 800 türkischen Mitbürgern den Bau einer türkischen Moschee genehmigt hat.<sup>25</sup> Das CSU-regierte Städtchen wurde deshalb von Haşım Bayram, der die Kombassan Holding repräsentiert, mit einer Millioneninvestition in der High-Tech-Produktion und Arbeitsplätzen belohnt. Das für diese Investitionen benötigte Kapital lieferten rund 30.000 Inhaber von Anteilscheinen der Kombassan-Holding.<sup>26</sup> Seit Mitte der neunziger Jahre sind die Anhänger von Milli Görüş in Europa die bevorzugte Zielgruppe der islamischen Holdings. Seitenweise schalten sie ihre Werbung in *Milli Gazete* und ihre Fernsehspots im Satellitensender Kanal 7, der in ganz Europa zu empfangen ist und der Refah- beziehungsweise der Fazilet-Partei nahesteht. Auch im lokalen Berliner Milli Görüş-Fernsehen TFD haben diese Werbespots die traditionelle Werbung lokaler Firmen längst an den Rand gedrängt. Zum effektiven Verkauf der Anteilscheine hat jede Holding die Bundesrepublik in einzelne Verkaufsgebiete eingeteilt. Die Koordination dieser Sektoren liegt nicht selten in der Hand von Milli Görüş-Mitgliedern. Das lässt sich zum Beispiel für Berlin anhand der von TFD gesendeten Werbespots leicht nachweisen. So ist İdris Kahraman (IGMG-Mitgliedsnummer 4.381), der bis 1999 Vorsitzen-

der der Jugendabteilung der Milli Görüş Berlin war, der Koordinator der UTM-Holding und Metin Gül (IGMG-Mitgliedsnummer 4.295) organisiert den Verkauf von Anteilscheinen der Kamer Holding.

Inzwischen werden Namen und Adressen dieser Koordinatoren bei den TV-Werbespots kaum noch genannt, sondern nur noch eine Funk-Telefonnummer. Neben Werbung setzen die Holdings vor allem auf große Verkaufsveranstaltungen, die häufig von Milli Görüş in ihren Einrichtungen organisiert werden. Dazu kommen die Vorstandschefs der Holdings oder einer ihrer Stellvertreter nach Deutschland. Die angesprochene Zielgruppe zeichnet sich aus durch großen Respekt vor Autoritäten und gebildeten Leuten, die in der Lage sind ein Weltimperium zu leiten und trotzdem Zeit finden, sich mit ihnen zu befassen.

Der Verkauf der Anteilscheine basiert allein auf Vertrauen. Die Aktionäre selbst verfügen nur in Ausnahmefällen über schriftliche Rechtstitel, die einen einklagbaren Anspruch auf das angelegte Kapital ermöglichen würden. In der Regel stützen sich die Anleger in alter osmanischer Tradition auf das Ehrenwort der Unternehmer.<sup>27</sup> Die dem Anleger versprochenen Gewinne liegen zwischen 20 und 46 Prozent je nach Holding. Das dem Verkauf zu Grunde liegende islamische Prinzip, das den Anleger in gleicher Höhe auch am Risiko und damit am Verlust beteiligt, ist derzeit kaum Thema, denn noch boomt das „Konya-Modell“.

Beispiel Berlin: Der Koordinator der islamischen Endüstri-Holding in Berlin hieß bis 1999 Süleyman Yılmaz (IGMG-Mitgliedsnummer 0558), der in dieser Zeit gleichzeitig Chefredakteur des Senders TFD war. Regelmäßig interviewte er in seinen Sendungen Vorstandsmitglieder islamischer Holdings, die zum „Aktienverkauf“ nach Deutschland gekommen waren. So war am 23. Oktober 1998 der stellvertretende Vorstandsvorsitzende der Endüstri-Holding, Osman Şanlıbey, bei ihm zu Gast und schilderte in schillernden Farben den großen Erfolg seines Unternehmens. Zum Schluss der Sendung lud Süleyman Yılmaz seine Zuschauer ein zu einer (Verkaufs-) Veranstaltung der Endüstri-Holding zu kommen, die eine Stunde nach der Sendung in der Milli Görüş-Jugendetage am Kottbusser Damm 75 in Berlin-Kreuzberg beginnen werde. Auf dieser Veranstaltung, so Yılmaz, werde der Zuschauer von Osman Şanlıbey all das erfahren, was dieser in der Sendung nicht öffentlich sagen konnte.<sup>28</sup> Eine kritische Öffentlichkeit ist von den Veranstaltungen ausgeschlossen. Zu welchen Verkaufserlösen sie führen, offenbaren die Festnahmen auf den türkischen Flughäfen, wo regelmäßig Boten mit Koffern voller Geld und Gold aus Westeuropa eintreffen.

Am 6. Februar 1999 wurde auf dem Flughafen von Ankara Ahmet Tanrısever, Kurier der



Endüstri-Holding, festgenommen. Er kam aus Deutschland und trug 225.000 D-Mark in bar im Koffer bei sich. Dieses Geld habe er von den in Deutschland Verantwortlichen der Endüstri-Holding bekommen, um es nach Konya zu bringen, erklärte er. Es sei unter den Gurbetçi in Deutschland gesammelt worden.<sup>29</sup> Gurbetçi, (der Fremde), ist der Begriff, den Milli Görüş immer noch für die türkischen Migranten verwendet, um das „Fremdsein in der Fremde“ auszudrücken. Der Milli Görüş-Sender TFD nennt sich auch Stimme der Gurbetçi.

Kurz darauf, am 18. Februar 1999, berichtet die Tageszeitung *Hürriyet* von einem Geld-Paket aus Deutschland, das auf dem Istanbuler Flughafen abgefangen worden war. Es enthielt Devisen in französischer, US-amerikanischer und holländischer Währung sowie über eine halbe Million D-Mark und war an einen Empfänger in Konya adressiert. Auch die Kombassan-Holding blieb von solchen Verlusten nicht verschont. Bereits 1997 hatte die Festnahme eines Kombassan-Kuriers aus Deutschland zur zeitweisen Einfrierung der Kombassan-Konten geführt. Der Kurier hatte für die Holding 1,7 Millionen D-Mark, angeblich die Beiträge neuer Aktionäre, bar im Gepäck.<sup>30</sup>

Die nach dem „Konya-Modell“ verkauften Anteilscheine werden nicht an der Börse gehandelt. Die genaue Zahl der Inhaber von Anteilscheinen und die Höhe ihrer Einlagen sind nur der jeweiligen Holding bekannt. Weder in Deutschland noch in der Türkei sind sie einsehbar und registriert. Die „Aktionäre“ vieler islamischer Holdings sind darauf angewiesen, den Vorstandsetagen ihrer Konzerne zu vertrauen. Die tatsächlichen Gewinn- und Verlustrechnungen kann die Öffentlichkeit nicht nachprüfen.<sup>31</sup>

Dieser unabhängige dritte Finanzmarkt der Türkei wird nicht nur vom staatlichen Gremium des Kapitalmarktes (SPK), sondern auch von den privaten islamischen Banken (ÖFK) heftig attackiert. Ihr Hauptargument ist dabei die Rechtlosigkeit der Geldanleger Ansprüche zu erheben, sollten die Holdings Verluste ankündigen.<sup>32</sup> Einer der stärksten Kritiker auf Seiten der ÖFK ist der Leiter der Finanzgruppe Faisal-Finanz, Hikmet Güler. Inzwischen hat sich die Kombassan-Holding bei Faisal-Finanz eingekauft, organisiert sich neu als legale Aktiengesellschaft und rückt mehr und mehr ab von Erbakan und Milli Görüş.

Die hier angesprochene Rechtlosigkeit der Geldanleger trifft vor allem auf die Auslandstürken zu. In gutem Glauben an eine kommende und mit ihrem Geld finanzierte Gerechte Ordnung wird ihnen das Geld aus der Tasche gezogen, eine Belehrung über ihre tatsächlichen Rechte oder die in Deutschland geltende Rechtsordnung erhal-

ten sie nicht. Ein Sozialhilfeempfänger, dessen Name als Anteilshaber mit der entsprechenden eingezahlten Geldsumme auf konfiszierten Holding-Listen auftaucht, kann sich in Deutschland nicht auf die islamische Wirtschaftsordnung berufen. Über 7.000 derartige Fälle werden zurzeit vom Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen geprüft. Alle sind Inhaber von Anteilen der JetPa-Holding.

Die Jet Pa-Holding ist die derzeit größte und schillerndste Vertreterin des „Konya-Modells“. Sie hat inzwischen die von Kombassan geräumte Stellung bei Milli Görüş besetzt, deren 4. Jahreshauptversammlung sie am 20. Juni 1998 in Amsterdam mit rund 1,3 Millionen Mark finanzierte.<sup>33</sup> Obwohl bereits 1989 gegründet, hat JetPa das „Konya-Modell“ der Finanzierung erst 1998 eingeführt. In nur 15 Monaten wurden nach eigener Darstellung 11.700 Menschen Inhaber von JetPa Anteilscheinen. Die Holding verfügte 1999 über ein Kapital in Höhe von 550 Millionen D-Mark und ist im Bausektor, dem Handel mit Lebensmitteln, Medikamenten, Autos, Haushalts- und Elektronikwaren und Textilien sowie im Mediensektor und im Finanzwesen aktiv.<sup>34</sup>

Das Engagement von JetPa im Tourismussektor konzentriert sich auf die Anmietung von Hotelanlagen. Den Urlaubsgästen wird islamisches Flair geboten, zum Beispiel getrenntes Baden von Frauen und Männern. Der Kauf von prominenten Fußballern und ihre Vermietung an Fußballvereine brachte JetPa nicht nur Gewinn, sondern auch entsprechende Publicity. Solche kurzfristigen Handelsaktionen mit maximalen Gewinnen bezeichnet der Inhaber der JetPa-Holding, Fadil Akgündüz, als Möglichkeit langfristige Mega-Projekte ins Leben rufen zu können. Das derzeit „wichtigste und wertvollste Mega-Projekt ist es, das erste Auto der türkischen Welt und der islamischen Welt herzustellen“, kündigte Akgündüz an.<sup>35</sup> Bisher existieren jedoch nur zwei Prototypen, die medienwirksam am 29. Oktober 1999, dem 76. Jahrestag der türkischen Republik, der Öffentlichkeit präsentiert wurden. Der Name des Autos lautet „İmza (Unterschrift), Modell 700“. Das Osmanische Reich stand Pate, denn im Oktober 1999 wurde auch dessen 700. Geburtstag gefeiert. Das Logo des Autos „İmza“ ist dem Sultansiegel grafisch nachempfunden.

Immer stärker treten Holdings des „Konya-Modells“ auch politisch in Erscheinung und unterstützen öffentlich die Vertreter des politischen Islam.<sup>36</sup> Dadurch geraten sie unter Beschuss der Laizisten, allen voran das türkische Militär. Der Inhaber der JetPa-Holding, Fadil Akgündüz, der sein Vermögen längst in Lichtenstein in Sicherheit gebracht hat, führt die Auseinandersetzung auf der Basis des Koran, der all sein Handeln rechtfertigen soll. „Allah ist auch Teilhaber von JetPa, denn wenn zwei Personen



zusammenkommen und eine Firma gründen, ist Allah immer dabei", meinte er im April 2000. Doch das Pflaster in der Türkei wird nicht nur ihm langsam zu heiß. Und so wenden sich die islamischen Holdings nach Europa, wo sie inzwischen eine Reihe Dependancen eröffnet haben. Die Investition der Kombassan-Holding im schwäbischen Lauingen war nur ein Anfang. Das Potenzial der über drei Millionen türkischer Muslime in Europa ist noch längst nicht abgeschöpft, denn nicht wenige von ihnen wollen das System der Gerechten Ordnung nicht mehr nur in der Türkei verwirklicht sehen. Die politische Wegbereitung liegt in den Händen von Milli Görüş, die Finanzierung und Gestaltung übernimmt das Grüne Kapital.

## **Die Verbandsstruktur von Milli Görüş**

Vergessen wir getrost alles, was die Vertreter von Milli Görüş der Öffentlichkeit über Struktur und Aufbau ihrer Organisation erzählen. Wenig entspricht der Wahrheit. Dies ergibt sich aus einem uns vorliegenden internen Papier der Organisation vom April 1996. Nach diesen Informationen ist die IGMG heute weltweit in 34 Gebietsvereinigungen organisiert. In Deutschland zählt sie 15 Gebietsvereinigungen und 271 Gemeinden. Der IGMG-Hauptvorstand, also Mehmet Sabri Erbakan, übt die uneingeschränkte Kontrolle über die IGMG-Zweigstellen, über die in nahezu allen Bundesländern existierenden Islamischen Föderationen und über die europaweit rund 900 Frauen-, Jugend- und Studentenvereine aus. Milli Görüş ist strikt hierarchisch gegliedert. Eine verbandsinterne Demokratie gibt es nicht. Allein der Hauptvorstand bestimmt die Inhalte und koordiniert die Aktivitäten der Ortsvertretungen. Wörtlich heißt es dazu in dem IGMG-Organisationspapier:

„Die Mitgliedsgemeinden und -vereine sind in zwei Gruppen unterteilt:

a) Die Gemeinden als IGMG-Zweigstellen, deren Vorstände vom IGMG-Hauptvorstand ernannt werden und die in ihrer Rechtsfähigkeit nach außen hin in einem gewissen Umfang eingeschränkt sind. Die rechtliche Vertretung über diese Gemeinden wird vom IGMG-Hauptvorstand wahrgenommen.

b) Selbständige Föderationen, Gemeindezentren und Vereine, die eigenverantwortlich als Mitgliedsinstitutionen der IGMG-Religionsgemeinschaft angehören.

Die Gebietsvereinigungen sind föderativ geordnet. Das hat dazu geführt, dass ‚Islamische Föderationen‘ in nahezu allen Bundesländern der Religionsgemeinschaft IGMG angehören. Die Föderationen gestalten ihre Arbeit selbstständig im Rahmen der gemeinsam verabschiedeten Gemeinschaftsprogramme der IGMG. In den weltweit 566

Gemeindezentren werden im religiösen, kulturellen und sozialen Bereich religiöse Veranstaltungen, Aktivitäten und Dienstleistungen von der IGMG angeboten.

Die Vorstände der Gemeindezentren, der Vereine und der Initiativgruppen sind verwaltungsmäßig als örtliche IGMG-Vertretungen den Gebietsvorständen angegliedert. In monatlichen Regionalversammlungen werden die Aktivitäten dieser Ortsvertretungen koordiniert. Die Gebietsvorstände werden durch ihre Vorsitzenden im Senat der IGMG vertreten, der sich aus dem erweiterten IGMG-Vorstand und den Vorsitzenden der Gebietsvorstände zusammensetzt. Dieses Gremium kommt monatlich zu Beratungen zusammen und koordiniert die gesamte Tätigkeit des IGMG-Dachverbandes.

Die IGMG-Vorstände sind von der Gemeinschaftsspitze bis in die örtlichen Gemeindezentren in die folgenden Aufgabenbereiche aufgeteilt: 1. Organisation, 2. Bildung, 3. Verwaltung, 4. Rechtswesen, 5. Jugend, 6. Studenten, 7. Frauen, 8. Öffentlichkeitsarbeit, 9. Rechnungswesen, 10. Pilgerfahrt, 11. Büchervertrieb und so weiter, 12. Publikationswesen, 13. Außenbeziehungen, 14. Sozialwesen.“

Unter „Tätigkeiten des IGMG-Zentrums“ heißt es in dem Papier unter nachfolgenden Stichpunkten:

**„Bildungsbereich:**

Die Bildungsarbeit nimmt eine zentrale Rolle in den Aktivitäten der IGMG ein.

Folgende Bildungsveranstaltungen werden angeboten:

- + Imam-Ausbildung im Bereich des bundesdeutschen Gesellschaftswesens und des interkulturellen, interreligiösen Dialogs, in Zusammenarbeit mit dem Zentralinstitut Islam-Archiv in Soest

- + islamische Mädchenakademien in Bergkamen und in Mons/ Belgien.

**Rechtswesen:**

Die Rechtsabteilung leistet neben ihrer Rechtshilfe für IGMG-Mitglieder und Vereine auch hilfsbedürftigen Privatpersonen Rechtshilfe. Rechtshilfe wird in folgenden Bereichen geleistet:

- + Probleme der muslimischen Schüler in den Schuleinrichtungen wegen der Teilnahme am Religionsunterricht, an Sexualkunde, Schwimm- und Sportunterricht, islamischen Bekleidungsregeln, Belästigungen, Beleidigungen und Diskriminierungen.

**Frauenarbeit:**

Für Aktivitäten der Frauen sind 338 Vereine für Frauenarbeit in die Verbandsstruktur der IGMG integriert. Neben der Teilnahme an den allgemeinen Programmen der IGMG



organisieren die Frauen eine Reihe von Veranstaltungen, die nur für Frauen vorgesehen sind.

### **Jugendarbeit:**

Die Jugendlichen sind in 535 Vereinen als eine sehr aktive Teilorganisation europaweit tätig.

### **Studentenarbeit:**

Als Hochschulorganisation der IGMG sind 55 Hochschulgruppen europaweit für die Probleme der Studenten tätig. Auf dieser Ebene werden ca. 3.000 überwiegend türkische Studenten organisiert. Die Hochschulvertretungen der IGMG haben den wichtigsten Teil der gesellschaftlichen Dialogtätigkeit übernommen.

Neben 26 Sportvereinen sind noch viele andere Vereine wie Elternvereine, Bürgerinitiativen, Musikgruppen mit der IGMG kooperativ verbunden.“

Unter dem Stichwort „Das Verhältnis des Islam zu den Menschenrechten“ vertritt Milli Görüş die Position: „Der Islam definiert den Menschen als ein Lebewesen, dem vom Schöpfer Würde verliehen worden ist. Im Islam gelten alle Menschen als gleichwertig.“

Zur Frage der Gleichberechtigung von Mann und Frau, heißt es an gleicher Stelle: „Mann und Frau sind unterschiedlich strukturiert, aber sie sind gleichwertige Wesen. In einigen Bereichen des islamischen Rechts ist die Verteilung von Rechten und Pflichten allerdings unterschiedlich. Demnach sind Mann und Frau nicht in allen Lebensbereichen gleichgestellt. Verschiedenartige Wesen gleichzustellen hieße, in bestimmten Situationen dem einen oder anderen Partner unrecht zu tun. Die Berufsausübung ist frei für Mann und Frau. Da es im Islam keine religiösen Ämter gibt, erübrigt sich die Diskussion über diese Frage.“

In dem Kapitel „Erwartungshaltungen gegenüber der anderen Religion“ vertritt Milli Görüş unter anderem folgende Positionen:

a) Konfessionelle Kindergärten: „Wir glauben, dass muslimische Kinder in einen muslimischen und christliche Kinder in einen christlichen Kindergarten gehören.“

b) Sportunterricht: „Wir erwarten, dass muslimische Jungen und Mädchen an einem Sportunterricht teilnehmen, der den Regeln der islamischen Religion entspricht. Wenn dies nicht möglich ist, sollten unsere Kinder vom Unterricht befreit werden.“

c) Klassenfahrten mit Landschulaufenthalt: „Es müssen folgende Voraussetzungen erfüllt werden: Muslimische Begleitpersonen; Beachtung islamischer Speise- und Bekleidungsbestimmungen; Geschlechtertrennung; keine Drogen, kein Alkohol;



sinnvolle Reisen; pädagogisch sinnvolle Gestaltung; wenn die Eltern die Mitfahrt nicht wünschen, müsste die Befreiung von der Klassenfahrt erfolgen.“

- 1 Die Zahlen basieren auf den Angaben eines verbandsinternen Papier vom April 1996. Für Deutschland geht der Verfassungsschutz von 26.000 Mitgliedern aus.
- 2 In der Milli Görüş-Verbandszeitung *Perspektive* wird 1995 eine Erklärung geliefert, wie Milli Görüş zu übersetzen ist: Das türkische Wort "milli" ist arabischen Ursprungs und bezeichnet die Zugehörigkeit zur "Nationsgemeinschaft" des Propheten Abraham. Muslime sehen sich in der Linie der Botschaft Abrahams und der ihm folgenden Gesandten. Abraham ist der Urvater der großen Offenbarungsreligionen des Judentums, des Christentums und des Islam. Das Wort "Görüş", ebenfalls türkisch, hat die Bedeutung "Sicht/Anschauung". Somit bedeutet Milli Görüş in seiner Essenz "islamische Anschauung".
- 2 Peter Frisch, *Die Beobachtung islamistischer Bestrebungen als Aufgabe des Verfassungsschutzes*, Köln 1998.
- 3 IGMG-Pressemitteilung vom 24. April 1997.
- 4 Gerdien Jonker/ Andreas Kapphan (Hg.), *Moscheen und islamisches Leben in Berlin*, Berlin 1999, S. 20.
- 5 Interview mit Barbara John im Berliner Hörfunk 100,6, gesendet am 9. Juli 1999.
- 6 Interview von Radio Bremen, zitiert nach : *Milli Görüş & Perspektive*, Ausgabe 55, August 1999.
- 7 Bei diesem Kapitel stützen wir uns neben eigenen Recherchen, Interviews mit Mitgliedern von Milli Görüş so wie Zeitungsartikeln auf folgende Quellen:
  - Christoph Elsas, *Identität. Veränderung kultureller Eigenarten im Zusammenleben von Türken und Deutschen*, Hamburg 1983.
  - Metin Gür, *Türkisch-islamische Vereinigungen in der Bundesrepublik Deutschland*, Frankfurt am Main 1993.
  - Wilhelm Heitmeyer/Rainer Dollase, *Die bedrängte Toleranz*, Frankfurt am Main 1996.
  - Hans-Günter Kleff, *Vom Bauern zum Industriearbeiter. Zur kollektiven Lebensgeschichte der Arbeitsimmigranten aus der Türkei*, Mainz 1985.
  - Ertekin Özcan, *Türkische Immigrantenorganisationen in der Bundesrepublik Deutschland*, Berlin 1989.
  - Faruk Şen/ Andreas Goldberg, *Türken in Deutschland. Leben zwischen zwei Kulturen*, München 1994.
  - Ursula Spuler-Stegemann, *Muslime in Deutschland. Nebeneinander oder Miteinander?*, Freiburg im Breisgau 1998.
- 8 Frank Nordhausen/ Ahmet Şenyurt, *Die Welt der Milli Görüş. Türkische Islamisten gewinnen in Deutschland an Einfluss. Ein Insider erhebt schwere Vorwürfe gegen die mächtigen Vereine*, in: Berliner Zeitung, 16. Dezember 1996, S. 3.



- 9 Bassam Tibi, *Aufbruch am Bosphorus. Die Türkei zwischen Europa und dem Islamismus*, München und Zürich 1998, S.287ff
- 10 Horst Bacia, *Marsch durch die Institutionen*, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29. Oktober 1996.
- 11 Elsaß, a.a.O., S.103ff.
- 12 Eberhard Seidel-Pielen, *Unsere Türken. Annäherung an ein gespaltenes Verhältnis*, Berlin 1995, S.108.
- 13 Wir beziehen uns bei unseren Ausführungen zu „Adil Düzen“ vor allem auf:  
Burhan Kesici, *Islamisten und Moderne am Beispiel der Refah-Partei in der Türkei*, Diplomarbeit an der FU-Berlin am Fachbereich Politische Wissenschaft, August 1998.
- 14 ebenda, Seite 28.
- 15 Interview mit Prof. Dr. Burhan Şenatarlar, gesendet bei Aypa-TV, Berlin 31. Januar 1997.
- 16 Burhan Kesici, a.a.O., S. 38.
- 17 Amalia van Gent, *Islamismus. Die anatolischen Löwen von Konya. Das „grüne Kapital“ – Islamisten als selbstbewusste Unternehmer*, in: Neue Zürcher Zeitung, 30. Mai 1998.
- 18 Amalia van Gent, a.a. O.
- 19 Islam und Kapital, in: [www.nadir.org](http://www.nadir.org)
- 20 ebenda
- 21 Amalia van Gent, a.a.O.
- 22 ebenda
- 23 Ahmet Şenyurt, *Der Schatz der Gastarbeiter*, 1.Teil, in: depeschen, Nr. 56, Januar/Februar 2000, Hrsg. Medienbüro für Menschenrechte e.V.
- 24 Andreas Ross, *Laingens türkische Seite, Mischkonzern Kombassen investiert in Schwaben*, in: Süddeutsche Zeitung, 24./25. April 1999.
- 25 ebenda
- 26 Amalia van Gent, a.a.O.
- 27 ebenda
- 28 Aypa-TV: Mitschnitt der TFD-Sendung vom 23. Oktober 1998.
- 29 Hürriyet, 7. Februar 1999.
- 30 Amalia van Gent, a.a.O.
- 31 Faik Bulut, *Yeşil Sermaye Nereye?*, 4. Auflage, April 1999, Su Yayınevi.
- 32 *Islamisches Kapital als risikoreich bezeichnet*, 1997, Emek
- 33 Cumhuriyet, 25. November 1998.
- 34 Selbstdarstellung, Jet-Pa-Flyer: *Dankeschön für 10 Jahre Jet-Pa-Unterstützung*.
- 35 ebenda
- 36 Faik Bulut, a.a.O.

### 3. Das Kalifat von Köln

Cemaleddin Kaplan war eine der schillerndsten Figuren der radikal-islamistischen Szene in Deutschland. Militanz, exotisches Aussehen, Mord und Totschlag – die Anhänger des 1995 verstorbenen Kaplan bieten alles, was man bislang glaubte von islamischen Fundamentalisten zu wissen. Im Leben Kaplans und seiner Nachfolger verkörpern sich die Tragik und das Scheitern des militanten politischen Islam in der Türkei: die Auflehnung und der Protest gegen den Kemalismus und die Moderne, Verfolgung, Flucht – und schließlich die Isolation. Im Gegensatz zu seinem langjährigen Weggefährten Necmettin Erbakan gelang es Cemaleddin Kaplan nicht, seinen Kampf für eine islamisierte Gesellschaft den veränderten politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen der Türkei und Europas anzupassen. Er verfolgte noch zu einem Zeitpunkt das Konzept der islamischen Weltrevolution, als Erbakan schon längst wusste: Die Macht erringen wir nicht mit Gewalt, sondern indem die Bewegung die kulturelle Hegemonie in der Gesellschaft erstreitet.

Der Verband der islamischen Vereine und Gemeinden (ICCB) wurde von Kaplan 1983 in Köln gegründet. 1992 benannte Kaplan den ICCB in Islamischer Bundesstaat Anatolien (AFID) um, 1994 in Kalifatsstaat (Hilafet Devleti). Ende 1991 forderte Kaplan seine Anhänger zum Glaubenskrieg gegen die Türkei auf und rief 1992 die Exilregierung aus. 1994 ließ er sich zum Kalifen ernennen.<sup>1</sup>

In der Öffentlichkeit werden die Anhänger der Kaplan-Bewegung als Kaplancılar (diejenigen, die Kaplan nachfolgen) bezeichnet. Auf Grund seiner Sympathie gegenüber der iranischen Revolution erhielt Kaplan von der Presse die Beinamen „Kalif von Köln“ und „Khomeini von Köln“ verliehen. Kaplan selbst nannte sich auch „Cemaleddin Hocaoglu“ (der Sohn des Hoca), um darauf hinzuweisen, dass bereits sein Vater ein religiöser Gelehrter (Hoca) gewesen war.

Die Kaplancılar fallen auf Deutschlands Straßen durch ihre exotische Kleidung auf. Die Männer tragen Turban, weite Mäntel und Pluderhosen, die Frauen und Mädchen meist einen schwarzen Ganzkörperschleier. Zur Anhängerschaft der Mutterbewegung und ihrer späteren Abspaltungen gehören relativ viele jüngere Männer, die in Deutschland eine Hochschulbildung absolvierten. In der Bundesrepublik hatte die Bewegung zu Lebzeiten Cemaleddin Kaplans rund 7.000 Anhänger. Heute sind es nicht mehr als 1.500.<sup>2</sup>



Cemaleddin Kaplan kam 1981 in die Bundesrepublik und erhielt mit seiner Familie politisches Asyl. Vorher arbeitete er in der Türkei als Geistlicher im Präsidium des staatlichen Amtes für Religionsangelegenheiten (Diyanet). 15 Jahre lang war er Müftü (Mufti) von Adana. Schon in jener Zeit engagierte er sich politisch – was der Linie des Amtes für Religionsangelegenheiten widersprach, die Religion als Privatsache definiert, streng getrennt von Politik und Staat. Den Zugang zum politischen Islam suchte Cemaleddin Kaplan zunächst über Necmettin Erbakan und Milli Görüş.

Den Militärputsch vom 12. September 1980 unter Führung von General Kenan Evren bezeichnete Kaplan, der das parlamentarische System ablehnte, als „gute Tat Evrens“. Denn „Evren hat wie eine Nadel in die Partei-Ballons gestochen und so die Luft dort heraus gelassen. Vor allem den Moschee-Gemeinden hat das ein bis zwei Jahre dauernde Leben ohne Parteien gut getan.“<sup>3</sup> Am Verhältnis zum parlamentarischen Parteiensystem spaltet sich die islamistische Bewegung der Türkei in verschiedene Lager.

1981, nachdem man Cemaleddin Kaplan auf Grund seiner politischen Aktivitäten nahe gelegt hatte, freiwillig in den Ruhestand zu treten, wurde er von Necmettin Erbakan persönlich nach Deutschland geschickt.<sup>4</sup> Dort wurde Kaplan aktives Milli Görüş-Mitglied und war von 1981 bis 1983 Vorsitzender der Fatwa-Kommission.<sup>5</sup>

Am 13. August 1983 kam es zum Bruch zwischen Kaplan und Milli Görüş. Der Hintergrund: Seit der islamischen Revolution im Iran 1979 wurde auch in Milli Görüş darüber gestritten, auf welchem Weg die Errichtung eines islamischen Staates in der Türkei erreicht werden könnte. Die Reformer propagierten den Marsch durch die Institutionen. Sie wollten sich auf das parlamentarische System einlassen und auf diese Weise Staat und Gesellschaft Stück für Stück islamisieren. Die Hardliner dagegen setzten auf die gewaltsame Lösung, die islamische Revolution. Ein Großteil dieses Flügels folgte Cemaleddin Kaplan nach dem 13. August 1983 in den ICCB.

Einige der Hardliner blieben allerdings in Milli Görüş oder einer ihrer Tarnorganisationen. Zum Beispiel Aykut Haldun Algan, der von 1979 bis 1983 Vorsitzender von Milli Görüş-Berlin war. Gemeinsam mit Bilal Demirbaş soll er am 9. Dezember 1979 auf der Jahresversammlung der Milli Görüş-Organisation Verein zur Förderung der Hagia Sophia Moschee (Ayasofya Camii) angekündigt haben, „dass sie wie Khomeini Revolution machen wollen, dass die christlichen Länder vor ihnen Angst haben müssen und dass in der Moschee Politik gemacht werden müsse.“<sup>6</sup>

1983, nach Aufhebung des Parteienverbots in der Türkei, ließ Necmettin Erbakan die Refah-Partei gründen. Kaplan hingegen hielt am 13. August 1983 in der Barbarossa-

Moschee in Köln eine Grundsatzpredigt, in der er seinen weiteren Weg zur Erlangung der Staatsmacht festlegte. Er vertrat dabei die Auffassung, dass „im Islam die Partei nicht erlaubt“ sei und fragte: „Wie wird man ein islamischer Staat, durch die Methode der Verkündung oder die Methode der Partei?“<sup>7</sup> Die Trennung von Milli Görüş war vollzogen. Die Grundlagen des Kalifatsstaates gelegt.

Kaplan verwendete für „Verkündung“ im türkischen das Wort „tebliğ“, ein Aktivum, das sich auf Kaplan und seine Anhänger bezieht. „Tebliğ“ steht das Wort „tebellüğ“ als Passivum gegenüber, womit das Volk gemeint ist. Kaplan orientierte sich mit dieser Unterscheidung von aktiv und passiv an seinem Vorbild, Ayatollah Khomeini. Khomeini sah während seiner Exiljahre in Paris die permanente „Verkündung“ seiner Reden, Schriften, Aufsätze und Predigten via Medien als das geeignetste Mittel, damit das Volk, das diese Verkündungen empfängt, schließlich die Waffen ergreift und die islamische Revolution vollzieht.

In einem offenen Brief an General Kenan Evren teilte Cemaleddin Kaplan mit: „Unser Ziel ist die Herrschaft des Islam über das alltägliche Leben. Mit anderen Worten soll der Koran zur Verfassung, das islamische Rechtssystem zum Gesetz und der Islam zum Staat werden. Die Methode ist die Verkündung, also eine Verkündungsmethode, das heißt die Methode des Propheten.“ Weiter macht er deutlich, dass Gewalt in der „Verkündungszeit“ nicht zulässig ist, die Verkünder vor Verhaftungen zu schützen sind und Kompromisse mit dem Regime des Unglaubens und der Ketzerei nicht eingegangen werden.<sup>8</sup>

Zur Verbreitung seiner „Verkündungen“ setzte Kaplan vor allem auf Audio- und Videokassetten und auf die verbandseigene Zeitung *Ümmet-i Muhammed (Mohammeds Gemeinschaft der Gläubigen)*, die damals noch *Tebliğ (Verkündung)* hieß. Über Satellit strahlte er das Fernsehprogramm Hakk TV bis in die Türkei aus. Der Begriff „Hakk“ ist eine der Bezeichnungen Allahs und drückt die „absolute, die göttliche Wahrheit“ aus.

In jüngster Zeit ist der Verband auch in mehreren Sprachen im Internet unter [www.hilafet.org](http://www.hilafet.org) bzw. [www.hilafet.de](http://www.hilafet.de) vertreten. Die web-Seite [www.hilafet.net](http://www.hilafet.net) wurde von Kemalisten mit einem Atatürk-Bild blockiert. Im Gegenzug haben die Kaplançılar die web-Seite der Kemalisten [www.mustafakemal.de](http://www.mustafakemal.de) auf ihre [hilafet.de](http://hilafet.de) web-Seite umgeleitet und mit Schmähungen über Atatürk versehen. Sie installierten dort auch einen Artikel aus der in den USA erscheinenden deutsch-jüdischen Wochenzeitung *Aufbau* vom 26. November 1999 mit der Überschrift „War Vater der Türken ein Sohn der Juden?“ In dem Artikel wird über eine mögliche „jüdische Abstammung“ Atatürks



(Vater der Türken) spekuliert und die Frage gestellt: „Ob der Jude Atatürk gerade als solcher zum Feind des türkischen Islam geworden ist?“<sup>9</sup>

Für die Kaplancılar ist dieser Artikel ein weiterer Mosaikstein in ihrem antisemitischen und antizionistischen Weltbild, das sich wie ein roter Faden durch all ihre Aktivitäten und Veröffentlichungen zieht. Neben der kemalistischen Türkei sind vor allem das westliche System der Demokratie im Allgemeinen und die Nato, die USA und Israel im Besonderen der Hauptfeind.

Macht- und Geldstreitigkeiten der strikt hierarchisch aufgebauten Organisation haben im Lauf der Jahre zu mehreren Abspaltungen geführt. Eine wesentliche Rolle spielte die Auseinandersetzung über die Beziehung zum schiitischen Iran. Schiiten sind in den Augen vieler Sunniten keine richtigen Muslime, und die Kaplan-Bewegung ist in ihrem Islamverständnis strikt sunnitisch. Der Iran galt Kaplan nur hinsichtlich des revolutionären Weges zur Macht als Vorbild. Trotzdem musste sich Cemaladdin Kaplan den Vorwurf gefallen lassen, er würde das Sunnitentum an den Iran verraten, der ihn angeblich auch finanzierte. Nach Angaben des Ethnologen Werner Schiffauer nahm die Auseinandersetzung um das richtige Verhältnis zum Iran in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre an Schärfe zu, als die Faszination für die dortige Islamische Revolution nachließ.

Die Gemeinde, die einen Treueeid auf Khomeini abgelegt hat und die der Meinung war, dass eine panislamistische Bewegung nur unter der Führerschaft des einzigen revolutionären islamischen Staates zustande kommen würde, wird von Kaplan nun angegriffen, der sich vom iranischen Einfluss lösen will.<sup>10</sup> 1989 spaltet sich die Islami Haraket (Islamische Bewegung) vom ICCB ab. Die Islami Haraket (IH) mit derzeit bundesweit etwa 300 Mitgliedern soll mehrere örtliche ICCB-Vereine übernommen haben. Die IH verfolgt weiterhin das Ziel, in der Türkei einen islamischen Staat nach iranischem Vorbild zu errichten. In Flugblättern agitiert sie gegen die „kapitalistischen und zionistischen Teufel“, propagiert Gewalt als Mittel zur Durchsetzung ihrer Ziele und glorifiziert das Märtyrertum. Nach Auffassung der IH ist der Kampf gegen Israel auch gewaltsam, notfalls unter Einsatz des Lebens zu führen.<sup>11</sup>

Die Islami Haraket soll nach Recherchen des Journalisten Metin Dalman der deutsche Ableger der türkischen Hizbullah sein.<sup>12</sup> In seinem Bericht stützt sich Dalman auf Aussagen des im Herbst 1993 nach Deutschland geflohenen Aktivisten der radikal-islamistischen türkischen Hizbullah, Şevik Polat. Dieser wird unter anderem des Mordes an dem türkischen Journalisten Uğur Mumcu im Jahr 1993 verdächtigt.<sup>13</sup>

Die seit Februar 2000 in der gesamten Türkei laufenden Ermittlungen gegen die Ende der achtziger Jahre entstandene Hizbullah, haben zu zahlreichen Leichenfunden geführt. Man geht von bis zu 500 Verschwundenen aus, die von der Hizbullah entführt und ermordet worden sein sollen. Ein weiteres Ergebnis der Ermittlungen ist, so schreibt der Journalist Jürgen Gottschlich: „Die türkische Hizbullah existiert auch deshalb, weil sie in der Vergangenheit von staatlichen Stellen unterstützt wurde.“<sup>14</sup>

Bereits 1998 machte Amnesty International (AI) darauf aufmerksam. AI zitierte den Bericht einer parlamentarischen Kommission, die 1993 zur Untersuchung ungeklärter politischer Morde eingesetzt worden war. In ihrem 1995 vorgelegten Bericht werden geheime Absprachen zwischen der Gendarmerie und der illegalen bewaffneten Organisation Hizbullah festgestellt, die für viele politische Morde verantwortlich gemacht wird.<sup>15</sup> Von staatlicher Seite wurde der Bericht relativiert. Inzwischen wird immer deutlicher, dass die Hizbullah von den Sicherheitskräften als Spezialeinheit im Kampf gegen die kurdische PKK eingesetzt wurde. Sie sollte vor allem die sunnitischen Kurden dem Einfluss der PKK entziehen. Nach einer Spaltung im Jahr 1993 ging die Hizbullah auch gegen ehemalige Mitstreiter vor.<sup>16</sup> Zu ihren Opfern zählten islamistische Geschäftsleute, Kurden und Mitglieder der gemäßigten Nurcu-Sekte (siehe Kapitel 4). Auch die islamistische Feministin Konca Kuris, die in den letzten Jahren öffentlich für Reformen im Islam aufgerufen hatte, wurde von der Hizbullah ermordet.<sup>17</sup>

Inzwischen hat sich die politische Lage geändert. Seit dem Sturz des ersten islamistischen Ministerpräsidenten Necmettin Erbakan und dem militärischen Sieg über die PKK erfolgt nun die Zerschlagung der türkischen Hizbullah.

## **Cemaleddin Kaplans Tod und die zwei Kalifen**

Am 15. Mai 1995 starb Cemaleddin Hoca. Auf dem Sterbebett soll er das Amt des Kalifen an seinen Sohn Metin Müftüoğlu (Sohn des Müftü) Kaplan weitergegeben haben. 1996 spaltete sich die Bewegung im Streit um die Nachfolge zum zweiten Mal seit 1989. Doch ging es jetzt weniger um Inhalte, sondern um Macht und Geld. Der unter Cemaleddin Hoca zum Richter im Kalifatsstaat ernannte Berliner Arzt Halil İbrahim Sofu hatte sich mit seinem 1996 erschienen Buch „Demokratie – ein System des Betrugers (Deccalın Sistemi: Demokrasi)“ einen Namen gemacht. In diesem Buch wird der Islam als eine eigene, der Demokratie gegenüberstehende Weltanschauung dargestellt, ebenso wie das Christentum und das Judentum. Letztere seien jedoch im



Verlauf der Geschichte zu sehr degeneriert. Der Islam sei deshalb die beste Religion, die beste Weltanschauung, während die Demokratie ein bereits kaputtes System sei. Als Muslim gehört man dem islamischen System an und muss nach diesem leben, nicht nach dem System Demokratie.

Auf Grund dieses Buches und des damit verbundenen Ansehens für Sofu, der von seinen Anhängern Yusuf Hoca genannt wurde, kam es zum Streit. Metin Kaplan sprach in den Ausgaben 146, 149 und 151 der Zeitung *Ümmet-i Muhammed* eine Todes-Fatwa gegen Yusuf Hoca aus. Seit dem 8. Februar 2000 läuft vor dem Düsseldorfer Staatsschutzsenat ein Prozess gegen Metin Kaplan und zwei Mitangeklagte. Dabei hat das Gericht zu klären, ob es sich bei der Fatwa um einen konkreten Befehl zum Mord handelt.

Sofu reagierte mit einer Gegen-Fatwa auf Metin Kaplan. Er sprach ihm das Recht ab, etwas mit dem Kalifat zu tun zu haben. Die Berliner Gemeinde der Mehmet Akif Moschee, ein Förderverein der Islamischen Föderation in Berlin, spaltete sich vom Flügel Metin Kaplans ab und wählte 1996 Sofu zum „Emir der Gläubigen und Kalif der Muslime“. Diesen Titel beansprucht auch Metin Kaplan für sich. Am 8. Mai 1997 stürmte ein dreiköpfiges vermummtes Killerkommando die Weddingener Wohnung des Yusuf Hoca und tötete den 29-jährigen vor den Augen seiner Familie.

Die vom Verein 1997 erworbene Mehmet Akif Moschee, eine umgebaute Fabriketage in der Kreuzberger Köpenicker Straße, wurde mit der Beerdigungszere-monie für den „Märtyrer“ Yusuf Hoca am 9. Mai 1997 eingeweiht und in Yusuf Hoca Moschee umbenannt. Seinem Nachfolger, Salih Hoca, ist es jedoch nicht gelungen, die Moschee finanziell zu halten, trotz massiven Drucks auf die in diesem Fabrikgebäude ansässigen Kleinfirmen. Diese sollten ihre gewinnbringenden Unternehmen der Ge-meinde verkaufen. Als sie ablehnten, wurden sie über Monate schikaniert. Im Frühjahr 1999 musste die Gemeinde das Gebäude aufgeben. Der seit 1979 bestehende Trägerverein Mehmet Akif Moschee wurde am 9. April 1999 durch Beschluss des Weisenrats als Verein aufgelöst.<sup>18</sup> Sporadisch meldet sich Salih Hoca über den Offenen Kanal Berlin in der Sendung Hakk-TV noch zu Wort.

Metin Kaplan selbst sitzt seit dem 25. März 1999 in Untersuchungshaft. Der Prozess wird voraussichtlich noch bis Ende des Jahrs 2000 dauern. Kaplan bezeichnet den Prozess als „einen Prozess gegen den Islam“, die vorangegangenen Durchsuchungen seiner Gemeinden durch die Polizei setzen er und seine Anhänger gleich mit der Juden-verfolgung und den Bücherverbrennungen im „Dritten Reich“.<sup>19</sup> Seit seiner Festnahme

haben gleichgesinnte Funktionäre die Leitung der Organisation übernommen. Auch sein Sohn Fatih Kaplan appelliert bereits im Sinne seines Vaters an die Anhänger, sich dem Dschihad, dem Heiligen Krieg, anzuschließen.

Eine Auslieferung an die Türkei, wo im Oktober 1998 zum 75. Jahrestag der Gründung der Republik Türkei etwa 30 Kaplan-Anhänger im Auftrag ihres Anführers einen Terroranschlag geplant haben sollen, braucht der anerkannte Asylbewerber Metin Kaplan nicht fürchten, da ihm dort die Todesstrafe droht. Den Status „anerkannter Asylbewerber“ hat Metin Kaplan gemeinsam mit seinem Vater, Cemaleddin Hoca, in den achtziger Jahren erhalten. In seinem Buch „Rabita“ beschreibt Uğur Mumcu, dass ein gewisser Murat Bayrak Cemaleddin Kaplan bei seinem Asylantrag unterstützte.

Murat Bayrak stellte den faschistischen Grauen Wölfen in den siebziger Jahren seine Fabrikareale in der Türkei für Waffenübungen zur Verfügung. Nach dem Militärputsch im Jahr 1980 war er das einzige Mitglied des Parteivorstandes der rechts-extremen nationalistischen MHP von Alparslan Türkeş, gegen den keine Anklage erhoben wurde. Er konnte sich nach Deutschland absetzen. Cemaleddin Kaplan lernte ihn bei Milli Görüş kennen. Murat Bayrak lebt heute noch in Deutschland und betreibt Unternehmungen wie die private Helikopterflotte Sancak Air und die Textilfirmen Sancak Tül.

- 1 Werner Schiffauer, *Die Gottesmänner*, Frankfurt/Main 2000, S. 204.
- 2 Bundesamt für Verfassungsschutz.
- 3 Uğur Mumcu, *Rabita*, Istanbul, 2. Auflage, Juli 1987, S.12.
- 4 ebenda, S. 70 f.
- 5 ebenda, S. 205.
- 6 Schreiben von Aziz Kaya an das Amtsgericht Charlottenburg, 31.Dezember 1979. S. 48 der Akte des Vereins zur Förderung der Hagia Sophia Moschee e.V.
- 7 <http://www.hilafet.de/almanca/index.htm> – Wer ist Cemaleddin Hocaoglu (Kaplan)?
- 8 ebenda
- 9 <http://aufbau2000.com/issue24/> bzw. <http://www.hilafet.de/gazete/sayiz10/ymk-Dateien/image002.png>



- 10 Werner Schiffauer, a.a.O., S.159 ff.
- 11 Bericht des Hamburger Verfassungsschutzes 1997.
- 12 ZDF, Kennzeichen D, 26. November 1997.
- 13 Kurdistan-Rundbrief, 28. Februar 1996.
- 14 Jürgen Gottschlich, *Türkische Hisbollah reichte bis an die Spitze der Institutionen*, in: Der Standard, 19./20. Februar 2000, S. 5.
- 15 amnesty international ,TÜRKEI 1998, unter [www.amnesty.de](http://www.amnesty.de)
- 16 Jörg Hilbert, *Ankara entledigt sich seiner islamischen Hilfstruppen*, in: Junge Welt, 25. Januar 2000.
- 17 *Die Türkei im Bann einer grausamen Mordserie. Staatliche Zerschlagung der Hizbullah. Aufgezeichnete Morde*, in: Neue Zürcher Zeitung, 26. Januar 2000.
- 18 Amtsgericht Berlin-Charlottenburg, Vereinsregister.
- 19 Verfassungsschutzbericht 1999 Baden-Württemberg.

## 4. Nurculuk – Das Imperium des göttlichen Lichts

Wertkonservativ, dabei demokratisch, gemäßigt und dialogorientiert. So wünscht man sich nicht nur in der Türkei die strenggläubigen Muslime. Der 1938 in Erzurum geborene M. Fethullah Gülen erfüllte diese Erwartungen. Er zeigte sich loyal gegenüber dem laizistischen Staat und propagierte, dass moderne Wissenschaften und der Islam im Einklang stünden. Vielen galt er deshalb als Reformator des Islam und die Zahl seiner Anhänger wuchs in den neunziger Jahren gewaltig. Allein in der Türkei verfügt die Fethullah Gülen-Bewegung derzeit über 200 Privatschulen und 500 Studentenwohnheime.

Im April 1998, nur zwei Monate nach dem Verbot der Refah-Partei Necmettin Erbakans, wurden gegenüber Gülen plötzlich ganz andere Töne angeschlagen. „Die Fethullah-Bewegung ist eine Gefahr für den säkularen Staat. Ihr moderates Auftreten ist nur Täuschung und Mittel zum Zweck, um schließlich doch einen Gottesstaat zu errichten“, klagte der von der Armee dominierte Nationale Sicherheitsrat der Türkei den religiösen Führer an.<sup>1</sup> Im Januar 1999 erschienen Zeitungsartikel in der linken Tageszeitung *Aydınlık*, die diese Behauptung untermauerten. Fortan geriet die religiöse Reformbewegung, die auch in Europa immer mehr Anhänger gefunden hatte, in den Verdacht, Armee und Polizei unterwandern zu wollen.

Fethullah Gülen reist am 21. März 1999 vorsorglich in die USA, „einer gesundheitlichen Untersuchung wegen“. Nun steigen fast alle türkischen Zeitungen in die Berichterstattung ein. Am 18. Juni 1999 schließlich wird in der Hauptnachrichtensendung des privaten türkischen Fernsehsenders a-tv ein Video-Band mit einer Rede Fethullah Gülens an seine Anhänger ausgestrahlt. Originalton Gülen: „Man muß die Stellen im Justiz- und Innenministerium, die man in seine Hand bekommen hat, erweitern. Diese Einheiten sind unsere Garantie für die Zukunft. Die Gemeindemitglieder sollen sich jedoch nicht mit Ämtern wie zum Beispiel Richter oder Landrat begnügen, sondern sollen versuchen die oberen Organe [Oberste Gerichtsbarkeit des Staates] zu erreichen. Ohne euch bemerkbar zu machen, müsst ihr immer weiter voran gehen und die entscheidenden Stellen des Systems entdecken. Ihr dürft in einem gewissen Grad mit den politischen Machthabern und mit den Menschen, die einhundertprozentig gegen uns sind, nicht in einen offenen Dialog eintreten, aber ihr dürft sie auch nicht bekämpfen. Wenn sich unsere Freunde zu früh zu erkennen geben, wird die Welt ihre Köpfe zerquetschen und die Muslime werden dann Ähnliches erleben wie in Algerien.“



Die Welt hat große Angst vor der islamischen Entwicklung. Wir müssen uns sehr vorsichtig verhalten. Diejenigen von uns, die sich in diesem Dienst befinden, müssen sich so wie ein Diplomat verhalten, als ob sie die ganze Welt regieren würden und zwar solange, bis ihr diese Macht erreicht habt, die ihr dann auch in der Lage seid mit eigenen Kräften auszufüllen, bis ihr im Rahmen des türkischen Staatsaufbaus die Macht in sämtlichen verfassungsmäßigen Organen zu eurer Front gezogen habt. Jeder andere Schritt wäre verfrüht.“<sup>2</sup>

Fethullah Gülen kehrt nicht mehr in die Türkei zurück. Seine Reaktion aus dem „Exil“ in den USA: „Ein Komplott von Marxisten und Atheisten.“<sup>3</sup> Für die Verfechter des türkischen Laizismus hingegen ist die Rede der Beweis, dass es einen Reform-Islam nicht geben kann.

Fethullah Gülen gilt als einer der modernen Vertreter der Nurculuk-Bewegung, die in den zwanziger Jahren von Said Nursi begründet wurde.

## **Said Nursi – die Suche nach einer islamischen Identität**

Said Nursi wurde 1876 in Ostanatolien geboren.<sup>4</sup> Nach intensivem Studium des Korans plante er kurz vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges mit Genehmigung des osmanischen Sultans und des jungtürkischen Parlaments in Van in Ostanatolien die erste Unterrichtsreform der Türkei und die Gründung einer modernen islamischen Universität. Die Realisierung wurde jedoch durch den Krieg verhindert.

Das Ziel seiner Bewegung skizzierte Said Nursi, der 1960 starb, bereits 1911 in seiner Predigt in der Omayyaden-Moschee in Damaskus: „Die muslimische Gemeinschaft ist krank, sie ist gekennzeichnet von einem totalen Zusammenbruch ihres sozialen und politischen Systems, durch wachsende Feindschaft unter den Muslimen, durch die Vernachlässigung von Solidarität in den Beziehungen der islamischen Völker untereinander sowie durch die Anbetung des Totalitarismus und durch wachsenden Egoismus.“ Einen Ausweg sah Nursi in der Rückbesinnung auf die Glaubensquellen und in der Praktizierung einer am Koran orientierten Lebensweise.<sup>5</sup>

1918, nach seiner Flucht aus russischer Kriegsgefangenschaft wird er in Istanbul zum Mitglied der Obersten Religionsbehörde des Osmanischen Reiches (Dar al-Hikmet al-Islamiyya – Haus der islamischen Weisheit) berufen. Mit der strikten Trennung von Staat und Religion unter Mustafa Kemal Atatürk, die 1928 in der Abschaffung des Islam als Staatsreligion gipfelt, bricht Said Nursi mit dem neuen System. Auf der Homepage der Nurculuk-Bewegung in Deutschland ist Folgendes nachzulesen: „Während die

junge Republik im Auftrag ihres Staatspräsidenten die islamische Organisationsstruktur zerschlug und das Eigentum der Gemeinden konfiszierte, die Orden aufhob, Moscheen schließen ließ und die Geistlichkeit zum Teil blutig verfolgte, das heißt den Islam völlig aus dem öffentlichen Leben der Türkei verbannte, verfolgte Said Nursi ebenso öffentlich die Auffassung, dass der Niedergang der Türkei nur durch eine Rückbesinnung auf die eigenen kulturellen und sozialen Werte, auf die eigene vom Islam geprägte Identität aufgehalten werden könne."<sup>6</sup>

Nursi, der 1925 wegen seiner Gegnerschaft gegenüber dem kemalistischen System für acht Jahre in den zentralanatolischen Ort Barla verbannt wird, sucht nach einem Weg, die Abkehr der Türkei von ihren islamischen Grundlagen zu verhindern. Dabei setzte er vor allem auf die Bildung und verfasst in der Verbannung ein Lehrwerk, das jedem Schüler die entsprechenden Anweisungen und Erklärungen bietet: „Risale-i Nur“, Abhandlungen über das göttliche Licht. Mit diesem Werk entstand eine neue Bruderschaft – die Nurculuk-Bewegung, die „Schüler des göttlichen Lichts“. Sie gilt zwar als mystischer Orden, allerdings richtet sich die Mystik auf die Verehrung des Werkes und seines Verfassers. Said Nursi wird von seinen Anhängern „Bediüzzaman“ genannt, „der zu seiner Zeit Einzigartige“. In Said Nursi wird ein „Mudschaddid“ gesehen, ein Mensch, der vom Propheten Mohammed gesandt wurde, um den Koran und die Glaubenswahrheiten dem Verständnis seiner Zeit entsprechend neu zu formulieren.<sup>7</sup>

Die missionarische Bedeutung von „Risale-i Nur“ wird auf der privaten Homepage von Serkan Avcilar, offensichtlich ein glühender Anhänger dieser Bruderschaft, folgendermaßen beschrieben: „Solange ihr Nur-Werke lest, werdet ihr herausfinden, dass die Tage, die ihr ohne Gebet verbracht habt, mit Leid und Unruhe erfüllt waren und eure fröhlichste und glücklichste Zeit im Dienst und Gehorsam Allah gegenüber ist. Risale-i Nur ist ein Werk, das als eine Gabe Gottes mit Inspiration geschrieben ist, um die Muslime im zwanzigsten Jahrhundert und alle Menschen von dichten Finsternissen der Denkweise und von fürchterlichen Irrwegen zu retten. Wenn ihr ein solches Werk aufmerksam und ständig studiert, könnt ihr auch wie viele Nur-Schüler, die Tage und Nacht damit beschäftigt sind, zu einer großen Gelassenheit und Glückseligkeit gelangen.“<sup>8</sup> Das Gesamtwerk „Risale-i Nur“ wird von den Anhängern Nursis in eine Reihe gestellt mit dem Koran und der Sunna, den beiden Quellen des Islam.



Verbannung und Prozesse begleiten Said Nursis Lebensweg bis 1958. Das erhöht jedoch nur seine Popularität und die Zahl der Nurcular steigt noch zu seinen Lebzeiten sprunghaft an. Begünstigt wurde dies durch den Wahlsieg der konservativen bürgerlichen DP (Demokratische Partei) im Jahr 1950. Unter der Ministerpräsidentschaft Adnan Menderes, der nach dem Militärputsch von 1960 hingerichtet wird, weicht die strikte Trennung von Staat und Religion langsam auf. In einer Anweisung der DP an die Oberste Religionsbehörde heißt es 1950, Nursis Schriften stünden im Einklang mit den Prinzipien des Islam und der Sunna des Propheten, sie hätten zum Ziel, die Menschen vor den drohenden ideologischen Gefahren von heute zu bewahren. Die Islamisten als zuverlässiges Bollwerk gegen den Kommunismus – bis heute profitieren die Islamisten in der Türkei von der Angst des Bürgertums vor linken Bewegungen. Die Verfechter eines strengen atatürkschen Laizismus warnen 1950 hingegen, dass die weite Verbreitung der Bücher Said Nursis in Anatolien Gefahren in sich berge.

Nursi bietet den Kemalisten allerdings keine Angriffsfläche. Wie er das Kunststück bewerkstellte, ist auf der Homepage der Nurculuk-Bewegung nachzulesen: Er lobt die parlamentarische Demokratie als das gerechteste und dem Koran entsprechende Gesellschaftssystem, da die Entscheidungen in einem islamischen Idealstaat nach dem Nur-Modell von ordnungsgemäß durch das Volk gewählten und für ihr Amt qualifizierten Abgeordneten gefällt werden müssen, und die Institution „hilafe“ (Kalifat) in einem am Islam ausgerichteten Staatsmodell nur noch die Funktion eines Präsidenten der Republik beschreibt.<sup>9</sup> Und weiter verkündet Nursi, der Weg zum Ziel einer gerechten Welt, ohne Unterdrückung und Ausbeutung erfolge nicht über gewaltsame oder aggressive Ideen, sondern durch stufenweise und evolutionäre Veränderungen der Menschen und der Gesellschaft.<sup>10</sup>

Wegen Gedanken wie diesen werden die Nurcular häufig als islamische Reformbewegung missgedeutet. Tatsächlich erfüllt sie jedoch eher Kriterien einer religiösen Sekte. So heißt es in einer Belehrung der Anhänger: „Die Brüder sind verpflichtet, einen Teil ihres Lebens, ihrer Freizeit und Ihres Einkommens der Bewegung zur Verfügung zu stellen. Sie sind aufgefordert, sich mit dem Werk Said Nursis, insbesondere mit der Risale-i Nur zu beschäftigen und die daraus gewonnenen Erkenntnisse anzuwenden und weiterzuverbreiten. Sie gehen bei ihrem Eintritt in die Gemeinschaft keinerlei äußerliche Verpflichtung ein. Alle Regeln ergeben sich aus dem Koran, der Sunna und aus dem Werk Said Nursis. Die Verpflichtung gegenüber der Gemeinschaft umfasst unter anderem Tugenden wie Schweigsamkeit über die Angelegenheiten

eines Bruders oder der Gemeinschaft, Treue, Aufrichtigkeit und Solidarität gegenüber den Mitbrüdern.“<sup>11</sup>

Dieser Bruderschaft (Sekte), deren Gesamtleitung in der Verantwortung einer Arbeitsgemeinschaft gleichberechtigter Brüder in Istanbul liegt, sollen nach eigener Darstellung in 100 Ländern weltweit 10 Millionen Brüder und Schwestern angehören. In einem Bericht des Polizeipräsidiums von Ankara vom 21. April 1999 wird der organisatorische Aufbau der Nurculuk-Bewegung folgendermaßen skizziert: An der Spitze steht die Arbeitsgemeinschaft, der sieben Personen angehören. Aus ihrer Mitte wird ein Welt-Imam gewählt, der wiederum geographische Welt-Imame (Europa, Asien etc.) ernennt, dann Länder-Imame, Gebiets-Imame und Haus-Imame, die für die konkrete Gemeindearbeit vor Ort zuständig sind.<sup>12</sup>

Aufgabe der Bruderschaft ist die weltweite Verbreitung der Botschaft von Said Nursi. Dazu unterhält sie in Berkeley/Kalifornien ein theologisches Institut (Risale-i Nur Institute of America), einige Stiftungen in Istanbul, Lehrhäuser (Medresen) und weltliche Schulen und Universitäten mit einem Schwerpunkt auf der Ausbildung in Naturwissenschaften. In Berlin-Kreuzberg betreibt sie eine Korandruckerei (ittihad Druck und Verlags GmbH). Dazu kommen mehrere Buchverlage, wie die Asya Verlags GmbH in Köln. Die Bruderschaft gibt die Tageszeitungen *Yeni Asya (Neues Asien)* und *Zaman (Die Zeit)* heraus, die in der Türkei und weiteren 16 Ländern einschließlich der USA erscheint. Daneben verlegt sie die Zeitschriften *Ekoloji (Ökologie)*, *Sızıntı (das Rinnsal)*, *Yeni Umit (Neue Hoffnung)*, *Aksiyon (Aktion)* und *The Fountain*.<sup>13</sup> Als Monatszeitschriften erscheinen *Köprü (Die Brücke)*, *Zafer (Der Sieg)*, und *Nur-- The Light und Nur - Das Licht* (Köln).

## Das göttliche Licht über Köln

In Deutschland ist die Nurculuk-Bewegung in dem Dachverband Jama'at-un Nur (Islamische Gemeinschaft des göttlichen Lichtes e.V.) mit Sitz in Köln organisiert. Durch den Zusatz „Deutsche Provinz“ wird seine Zugehörigkeit zur weltweiten Nurculuk-Bewegung unterstrichen. Die Bewegung existiert in Deutschland seit 1967, der Dachverband Jama'at-un Nur wurde 1979 gegründet.<sup>14</sup> Jama'at-un Nur organisiert ihre Mitglieder und Anhänger kaum über eingetragene Moschee-Vereine, sondern in Lehrhäusern (Medresen). Während der Journalist Metin Gür 1993 noch von 30 solchen religiösen Schulen (Medresen) und 5.000 Anhängern in Deutschland spricht,<sup>15</sup> unter-



hält der Verband nach eigenen Angaben inzwischen rund 120 Medresen, ein Islamisches Jugendzentrum in Ahlen/Westfalen und eine Bediüzzaman-Said-Nursi-Stiftung in Aschaffenburg. Diese Vervierfachung in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre ist auch ein Erfolg Fethullah Gülens, der im Dezember 1994 seine Öffentlichkeitskampagne startete.

Wenn es den eigenen Interessen dient, arbeitet die Nurculuk-Bewegung mit fast allen anderen (türkischen) religiösen oder auch nationalistischen Bewegungen zusammen. Die Jama'at-un Nur ist Mitglied im von Milli Görüş dominierten Islamrat. Der Vorstandsvorsitzende der Bruderschaft, Rüştem Ülker, ist gleichzeitig Mitglied des Vorstandes des Islamrates.<sup>16</sup> Nachfolger von Ali Yüksel (Milli Görüş) im Amt des Scheich-ül-Islam des Islamrates ist bis heute der Nurcu-Anhänger Şükrü Bulut. In Berlin ist die Medreset-i Nuriye e.V. einer der fördernden Vereine der Islamischen Föderation.<sup>17</sup> Im Dezember 1999 fand im Bonner Haus der Geschichte das 5. internationale Symposium über Said Nursi statt. Zum ersten Mal nicht in Istanbul, sondern organisiert und durchgeführt von der Jama'at-un Nur, Deutsche Provinz. Die Bewegung möchte nun auch in Europa stärker Flagge zeigen.

Im Interesse auch dieser Bewegung stehen dabei die Jugendlichen, von denen ein großer Teil Gefahr laufe, dem Atheismus zu verfallen, ohne vorher die Chance gehabt zu haben, die Religion ihrer Eltern kennenzulernen und zu erproben, heißt es auf der Homepage der Organisation.

## **Fethullah Gülen – Reformier oder Scharfmacher?**

Fethullah Gülen ist die führende Person der modernen Nurculuk-Bewegung. Bereits als Zwanzigjähriger erhielt er 1958 die staatliche Predigererlaubnis. Ab 1966 begann er neben seiner offiziellen Tätigkeit als Prediger des Amtes für Religiöse Angelegenheiten (Diyamet) in Izmir auch als Wanderprediger von Ort zu Ort zu ziehen und in sozial schwachen Kreisen, aber auch unter Intellektuellen Anhänger zu rekrutieren. 1980 schied er aus dem offiziellen Dienst der Diyanet aus. Seitdem hält er Vorträge und veranstaltet Konferenzen in ganz Europa und Amerika. Von seinen Anhängern wird er Fethullah Hoca oder Hocaeffendi genannt.

Zur Verkündung seiner Lehren veröffentlichte Gülen bislang 20 Bücher sowie Hunderte von Artikeln. Mit der Tageszeitung *Zaman*, Radiostationen, aber vor allem mit dem privaten Fernsehsender Samanyolu, der per Satellit im ganzen Nahen Osten

bis nach Indien ausgestrahlt wird, will Gülen vor allem die bildungsarmen sozialen Unterschichten im Sinne der Bewegung erziehen. Zu diesem Zweck werden auch Video- und Audiokassetten mit Aufzeichnungen von Vorträgen verteilt. Diese Kassetten sind in der Regel nicht frei erhältlich, denn sie geben die Botschaft der Bewegung häufig ungeschminkter wieder als die öffentlichen Verlautbarungen. An eine solche Kassette zu gelangen gilt als journalistischer Glücksfall. Es war eine dieser Videokassetten, die im Juni 1999 zum „Sturz“ von Fethullah Gülen in der Türkei führte.

Um die universale Erziehung in allen Bereichen zu finanzieren, hat sich Gülen an die Elite der Gesellschaft und ihre Führer, Industrielle ebenso wie kleine Geschäftsleute gewandt, mit deren Spenden Hunderte von Schulen errichtet wurden – nicht nur in der Türkei, sondern auch im Ausland.<sup>18</sup>

Für Fethullah Hoca, der einen kargen Lebensstil propagiert, war die Ursache des Untergangs Pompejis ebenso wie des Osmanischen Reiches „die Gier nach Luxus, Extravaganz und spiritueller Dekadenz“.<sup>19</sup> Genügsamkeit zahlt sich offensichtlich aus. Fethullah Gülen herrscht inzwischen über ein beeindruckendes Imperium: 200 Stiftungen in 54 Ländern, darunter die türkische Stiftung der Journalisten und Schriftsteller in der Türkei. Über 460 Repetitorien (Dershane), rund 200 Privatschulen und 500 Studentenheime, die Fatih-Universität in Istanbul, fünf Universitäten in Mittelasien, wie die Fatih-Universität in Kasachstan, die Kaukasus-Universität in Aserbaidschan, 17 Vereine von Kaufleuten in der Türkei, die die Bewegung unterstützen, 500 Firmen weltweit, darunter 56 Großfirmen, unter anderem Ex- und Importfirmen und Versicherungsanstalten. Von Singapur über die Turk-Republiken in Mittelasien, von Nigeria bis Kanada gehören weitere 250 Privatschulen und 21 Studentenheime zum Imperium der Fethullah-Bewegung.<sup>20</sup> „Seine Bemühungen, überall in der Welt Schulen zu errichten, zielen auf eine vollständige Erziehung der Führer von morgen, um das erforderliche, mit Moral und ethischen Werten vergütete Wissen zu erlangen und die Geschicke der Welt zum Wohle der gesamten Menschheit zu lenken.“<sup>21</sup>

Diese Missionstätigkeiten der Fethullah-Bewegung werden begleitet von einem intensiven interreligiösen Dialog, vor allem mit der römisch-katholischen Kirche, die ihn achtet. Im März 1998 traf sich Gülen schließlich mit Papst Johannes Paul II. Darüber hinaus sucht Gülen auch das Gespräch mit der armenischen Gemeinschaft und dem Oberrabbiner der türkischen jüdischen Gemeinde.<sup>22</sup>



Die Bewegung Fethullah Gülen ist nicht nur islamistisch, sondern auch ausgeprägt nationalistisch. Den regionalen Schwerpunkt bilden deshalb neben der Türkei die zentralasiatischen Turk-Republiken. Diese türkisch-islamische Synthese der Fethullah-Bewegung wird 1997 von Franz Kangler als eine Kombination von „Neo-Nationalismus, Neo-Osmanismus sowie Nurcu-Überzeugungen“ bezeichnet.<sup>23</sup>

Grundlage des beeindruckenden ideologischen und wirtschaftlichen Erfolgs der Fethullah-Bewegung in nur wenigen Jahren war die Schützenhilfe, die sie vom türkischen Militär erhielt. In ihrem Kampf gegen linke türkische und kurdisch-nationalistische Bewegungen erschien es den Militärs nach ihrem Putsch von 1980 angebracht, die Politik Necmettin Erbakans zu unterstützen. Sie machten den Religionsunterricht an den Schulen zum Pflichtfach, gründeten zahlreiche Imam-Hatip-Schulen und bereiteten den Islamisten das Feld. Die Armee ging noch weiter: Sie entwickelte eine „türkisch-islamische“ Ideologie in der Hoffnung, so die religiösen Anti-Kemalisten zu besänftigen und dem Erstarken des kurdischen Nationalismus vorzubeugen. Vor die Wahl gestellt entschieden sich viele Menschen jedoch lieber für die islamistischen Originale, zu denen Fethullah Gülen in den neunziger Jahren stieß und Necmettin Erbakan seine bislang unangefochtene Stellung als wichtigster Vertreter des politischen Islam streitig machte.

Begünstigt wurde diese Entwicklung durch die Entsolidarisierung der türkischen Gesellschaft und Turgut Özals neoliberaler Politik ab 1983. Massenentlassungen in den Betrieben, eine galoppierende Inflation, Absenkung der Löhne und des Lebensstandards – wenn in einer solchen Situation der gewaltigen Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von unten nach oben linke Parteien und Arbeitnehmervertretungen wie in der Türkei praktisch kalt gestellt sind, dann bleibt für viele Menschen als Ausweg aus der Krise die Religion. Wo sich der neoliberale Staat aus seiner Verantwortung gegenüber den Bürgern zurückzog, besetzten islamistische Gruppen in den achtziger und neunziger Jahren die Lücken. Auf diese Weise entstanden religiöse, soziale und kulturelle Parallelgesellschaften. Vor allem die verarmten Zuwanderer aus Anatolien, die zu Millionen in die großen Städte strömten, griffen dankbar auf diese islamistischen Netzwerke der gemeindenahen Sozialarbeit zurück. Necmettin Erbakan und Fethullah Gülen waren die Profiteure dieser Entwicklung und gewannen an politischer Macht.

Wenn der Nationale Sicherheitsrat 1998 Fethullah Gülen plötzlich der Unterwanderung des Staates bezichtigt, entbehrt dies nicht einer gehörigen Portion Scheinheiligkeit.

Natürlich ist dem Sicherheitsrat und dem türkischen Geheimdienst in der Vergangenheit der Charakter der Bewegung nicht entgangen. Es ist davon auszugehen, dass die Ausstrahlung des Videos im Juni 1999, das Gülen unter Druck setzte, inszeniert war.

Mit dem militärischen Sieg über die PKK hatten die Islamisten ihre ideologische Mission für das Bürgertum der Türkei erfüllt. Gleichzeitig war mit der Ministerpräsidentenschaft Necmettin Erbakans klar: Die Islamisten stellen die Machtfrage. Ihre Funktionalisierung zur Befriedung sozialer Konflikte und zur Neutralisierung kurdisch-nationalistischer und kurdisch-stalinistischer Bewegungen war von nun an kontraproduktiv.

Politisch stand die Nurculuk-Bewegung des Fethullah Hoca bislang der konservativen DYP (Partei des Rechten Weges) des ehemaligen Staatspräsidenten Süleyman Demirel nahe. Gefördert wurde sie in der Vergangenheit vor allem von der ehemaligen Ministerpräsidentin der Türkei, Tansu Çiller, aber auch von dem Sozialdemokraten Bülent Ecevit. Nun werden die Karten neu gemischt.

- 1 Astrid Frefel, *Im Visier der Generäle*, in: Tagesanzeiger, 18. April 1998.
- 2 In <http://www.ntv.com.tr/turkiye/arsiv/fethullahgulen.htm> vom 25. Juni.1999. Es handelt sich dabei um die Homepage des türkischen Nachrichtensenders ntv.
- 3 aus der türkischen Wochenzeitung *Aksiyon*, 26. Juni 1999.
- 4 Der Internet-Service der Jama'at-un-Nur/ Deutsche Provinz bietet eine Menge an Informationen über die Bewegung. Kontakt: [www.nurculuk.de](http://www.nurculuk.de).
- 5 ebenda
- 6 ebenda
- 7 es handelt sich bei der Quelle um die private Homepage von Serkan Avcılar.
- 8 ebenda
- 9 siehe Fußnote 4.
- 10 ebenda
- 11 siehe Fußnote 4.
- 12 siehe Fußnote 2.



- 13 ebenda
- 14 Metin Gür, *Türkisch-Islamische Vereinigungen in der Bundesrepublik Deutschland*, Frankfurt/Main 1993, S. 80 f.
- 15 ebenda
- 16 Pressemitteilung des Islamrats vom 10. September 1997.
- 17 Abgeordnetenhaus von Berlin, 13. Wahlperiode, Anlage zur Antwort auf die Kleine Anfrage Nr. 13/449 vom 29. Januar 1999.
- 18 siehe Fußnote 4.
- 19 M. Fethullah Gülen, *Sucht nach den Leben*, in: <http://www.turk.ch/turkislam/dinibigi/sucht...>
- 20 siehe Fußnote 2 und Astrid Frevel, a.a.O.
- 21 Internetseite der Anhänger des Fethullah Gülen in der Türkei [www.nil.com.tr/~fgulen/index.de](http://www.nil.com.tr/~fgulen/index.de).
- 22 ebenda
- 23 Franz Kangler, *Nurcu-Bewegung in der Tuerkei sucht Dialog*, St. Georgs-Blatt, Istanbul, Mai/Juni 1997, S. 9, in: [www.nurculuk.de](http://www.nurculuk.de).

## 5. Das Zentrum des interreligiösen Dialogs

Am 9. Juni 1998 nimmt die Islamische Akademie Villa Hahnenburg (Islah) in Köln-Buchheim ihren Seminarbetrieb auf. Die Berliner Sozialwissenschaftlerin Gerdien Jonker vom Berliner Zentrum Moderner Orient hält den Eröffnungsvortrag. Ihr Thema: "Das Islamische Leben in Berlin". Ihre These: "Die Gesellschaft und ein großer Teil der Eliten verfügen nicht mehr über die kulturelle Kompetenz, um religiöse Phänomene beschreiben zu können." Dieses Defizit will die Islamische Akademie beheben.

Die Abkürzung Islah ist ein arabisches Wort und bedeutet auf Deutsch so viel wie Verbesserung oder Reform. Träger der Akademie ist der in Köln ansässige Bundesverband der Islamischen Kulturzentren (VIKZ). Das Islamische Bildungswerk der Islah bildet Imame, islamische Theologen und ehrenamtliche Mitarbeiter der Moscheegemeinden aus. Seit 1999 werden auch Veranstaltungen zu Politik und Gesellschaft, Persönlichkeitsbildung, Familie und Erziehung sowie Deutsch-, Türkisch- und Arabischunterricht angeboten. Die Villa Hahnenburg möchte mehr sein als nur eine Bildungsstätte von Muslimen für Muslime. Sie soll ein Ort sein, an dem "die zwischen Christen und Muslimen bestehenden Missverständnisse und Vorurteile ausgeräumt und eine Brücke zwischen den Religionen gebaut werden", heißt es in einer Selbstdarstellung.

Die Villa Hahnenburg stößt auf reges Interesse und hat sich zu einem Zentrum des interreligiösen Dialoges in Deutschland entwickelt. Im Beirat sitzen neben İbrahim Çavdar, Generalsekretär des VIKZ, und Nadeem Elyas, Vorsitzender des Zentralrats der Muslime, auch Vertreter von CDU, SPD, FDP und den Grünen, Vertreter der evangelischen Kirche und der christlich-jüdischen Gesellschaft sowie Faruk Şen, Leiter des Essener Zentrums für Türkei studien. Die Aufgabe des Beirats besteht im Aufbau des "nötigen Freundeskreises aus dem öffentlichen Leben und der Darstellung der Islah in der Öffentlichkeit."

Die Erwartungen an die Arbeit der Villa Hahnenburg sind hoch. So wagte Klaus Lefringhausen, Beiratsmitglied und Vertreter der Staatskanzlei Nordrhein-Westfalen, bei der Eröffnung der Akademie vor zwei Jahren einen Blick in das Jahr 2008: "Ich werde anlässlich des zehnjährigen Bestehens der Akademie froh erwähnen, dass Christen und Muslime eine Vereinbarung unterzeichnet haben, in der sie einander versichern, in den eigenen Reihen eine verzerrte Darstellung der jeweils anderen Gruppierung zu unterbinden."



Noch ist es nicht so weit. Am 3. Februar 2000 titelt die *Kölner Woche*: "Skandal: Kölner REPs bei türkischen Islamisten. Beirat der islamischen Akademie Islah soll Stellung beziehen." Was war geschehen? Am 17. Dezember 1999 hatte die Islamische Akademie zu einem gemeinsamen Fastenbrechen während des Fastenmonats Ramadan eingeladen. Unter den Gästen befand sich auch Jürgen Heydrich, Mandatsträger der rechtsextremen "Republikaner" im Kölner Rat. Heydrich hielt eine Rede, in der er das Konzept der Neuen Rechten, den "Ethnopluralismus" darlegte. Kerngedanke: Wir akzeptieren die verschiedenen Völker beziehungsweise Ethnien. Allerdings sollten sich diese nicht vermischen, sondern getrennt unter ihresgleichen bleiben. Wenn dieser Ethnopluralismus der "Republikaner" auch darauf verzichtet von höher- oder minderwertigeren Rassen zu sprechen, ist er doch nichts anderes als eine modernisierte Version von Rassismus und Apartheid.

Die ebenfalls eingeladenen Kölner Wissenschaftler Reinhard Hocker und Mohammed Heidari protestierten und forderten die Islamische Akademie zu einer Stellungnahme auf. İbrahim Çavdar, Generalsekretär des VIKZ, bezeichnete die Einladung und Rede Heydrichs als Teil des "Demokratieverständnisses" seines Vereines, der Träger der Islamischen Akademie ist.

Befremdlich war vor allem die Haltung der Beiratsmitglieder. Sie störte weder die Einladung Heydrichs noch protestierten sie gegen die Einladung von Scientology-Vertretern und von Helga Zepp-LaRouche, Mitglied der rechtsradikalen Politsekte Patrioten für Deutschland, zu Veranstaltungen des VIKZ in den vergangenen Jahren.

## **Der Verband der Islamischen Kulturzentren (VIKZ)**

Der Verband der Islamischen Kulturzentren e.V. (VIKZ) gehört zu den großen türkisch-sunnitischen Vereinigungen in Deutschland und ist ein Zusammenschluss regionaler Zentren. Die ersten Islamischen Kulturzentren wurden 1972 in Münster und 1973 in Köln gegründet. 1975 entstand daraus der Kölner Dachverband VIKZ unter Vorsitz von Yusuf Zeynel Abidin.<sup>1</sup> Der heutige Generalsekretär des VIKZ, İbrahim Çavdar, datiert die Gründung des Dachverbands auf den 19. Juni 1980. Nach Angaben Çavdars hat der Verband in Deutschland zurzeit rund 21.000 Vereinsmitglieder, die einen monatlichen Mitgliedsbeitrag bezahlen und bei den Mitgliedsversammlungen stimmberechtigt sind, und 80.000 Gemeindemitglieder, die die sozialen und religiösen Angebote des VIKZ nutzen und die Arbeit durch Spenden finanzieren. Europaweit gibt es laut Çavdar 460 VIKZ-Gemeinden, davon 315 in Deutschland.

Eine Analyse des VIKZ ist schwierig, da der Verband im Unterschied zu anderen islamistischen Organisationen keine öffentlich zugängliche Periodika herausgibt und keine Fernseh- oder Rundfunksender betreibt. Auch die Selbstdarstellung im Internet lässt viele Fragen offen. Der VIKZ pflegte in der Vergangenheit ein distanzierendes Verhältnis zur bundesrepublikanischen Gesellschaft, was ihm den Ruf einer konspirativen Gemeinschaft einbrachte. Daran ändert auch die Öffnung gegenüber der deutschen Gesellschaft seit Mitte der neunziger Jahre wenig, die das Essener Zentrum für Türkeistudien dem straff zentralistisch geführten Verband bescheinigt: "Gegenüber 1993, als der Verband von Beobachtern noch als sehr zurückhaltend, nicht gesprächs- und dialogbereit bezeichnet wurde, ist eine deutliche Entwicklung zu einer Öffnungspolitik festzustellen. Dies mag zusammenhängen mit Änderungen in der Führungsspitze, in der nun gut ausgebildete Vertreter der zweiten Migrantengeneration wichtige Positionen einnehmen. Ein zweiter Faktor, der diese Entwicklung bedingt, ist die hervorgehobene Rolle des Verbandes der Islamischen Kulturzentren im Zentralrat der Muslime in Deutschland, der hinsichtlich einer halboffiziellen Anerkennung als Vertretungsgremium der Muslime in Deutschland in den letzten Jahren einige Erfolge aufweisen kann."<sup>2</sup>

Anders als zu Beginn der achtziger Jahre vermeidet der VIKZ heute politische Stellungnahmen zu Entwicklungen in der Türkei, um so das Image einer lediglich religiösen Organisation zu stärken. Dennoch erscheint uns das vom Zentrum für Türkeistudien gezeichnete Bild allzu optimistisch. Denn die Öffnung und Dialogbereitschaft des VIKZ reduziert sich auf wenige Personen, die den Verband nach außen repräsentieren. Zum Beispiel auf den im November 1997 für drei Jahre gewählten siebenköpfigen Bundesvorstand, von dem zwar fünf Vertreter nach 1965 geboren sind, deren Führung jedoch nach wie vor in den Händen altbekannter Personen liegt, z.B. dem Vizepräsidenten Necdet Demirgülle, einem der Gründerväter der Organisation in Deutschland. Der Ethnologe Werner Schiffauer stellt fest, dass Aussagen zur politischen Zielsetzung des Verbandes "zensiert werden".<sup>3</sup>

Ein weiterer Vorwurf gegenüber dem VIKZ lautet, er sei eine hierarchische Organisation, in der die Entscheidungen und Befehle in gerader Linie von der Spitze an die Basis gegeben werden. Der VIKZ selbst schreibt zu seiner Binnenstruktur: "Am 19. Juni 1980 schlossen sich die einzelnen, bis dahin voneinander unabhängigen Islamischen Kulturzentren zum Verband der Islamischen Kulturzentren e.V. zusammen und bildeten somit eine rechtlich erfassbare und handlungsfähige zentrale Repräsentanz



in Köln. Ein Teil der Aufgaben wird von der Hauptverwaltung übernommen. Unter den zentral ausgeführten Aufgaben zählen z.B. der Grundstückserwerb, die Versicherungsangelegenheiten sowie die Architektur- und Ingenieurarbeiten. Der Hauptverwaltung unterliegt die Aufgabe der Beaufsichtigung und Beratung der Gemeinden.“<sup>4</sup> Dies bedeutet nichts anderes, als dass die Autonomie der Gemeinden stark eingeschränkt ist, und die wichtigen Entscheidungen vom Vorstand des Bundesverbandes getroffen werden.

Auch auf Landesebene ist die Macht auf wenige Personen konzentriert. Beispiel Berlin: Eine rechtlich erfassbare und handlungsfähige zentrale Repräsentanz gibt es hier erst seit dem 25. April 1999, als die Satzung des VIKZ Berlin errichtet und somit der Landesverband als Dach von acht Islamischen Kulturzentren gegründet wurde. In dieser Satzung wollte der sechsköpfige Vorstand des Landesverbandes das höchste Organ des Vereins, die alle drei Jahre tagende Mitgliederversammlung, entmachten und die Kompetenzen lediglich auf die 28 Gründungspersonen übertragen. Der Versuch wurde vom Amtsgericht Charlottenburg vereitelt, da er gegen das bundesrepublikanische Vereinsrecht verstößt.

Wie Milli Görüş konzentriert auch der VIKZ seine wirtschaftlichen, sozialen und politischen Aktivitäten immer stärker auf Deutschland, um so ein Netz sozialer und religiös geprägter Räume zu schaffen. In der 1997 überarbeiteten Selbstdarstellung des VIKZ heißt es dazu: “Viele der hier lebenden Muslime bauen vermehrt ihre Existenz in Deutschland auf und wollen auch in absehbarer Zeit nicht mehr in ihre Herkunftsländer zurückkehren. Diese Entwicklung führt dazu, dass die Gemeinden des Verbandes nach Möglichkeit ihre Moscheen nicht anmieten, sondern versuchen, die Gebetsräume direkt käuflich zu erwerben. So richten sich die Gemeinden auf eine dauerhafte Präsenz in Deutschland ein. Heute zählt der Verband der Islamischen Kulturzentren über 300 Gemeinden, wovon 160 Einrichtungen im Eigentum des Verbandes stehen.“<sup>5</sup>

Nicht überall in Deutschland wird der VIKZ mit so offenen Armen aufgenommen wie in Nordrhein-Westfalen. Als der VIKZ in Stuttgart-Heslach für 4,6 Millionen D-Mark ein 2.600 Quadratmeter großes Fabrikgelände kauft und im Frühjahr 2000 bekannt wird, dass der Verband nicht nur zwei Gebetsräume mit einer Kapazität für 220 Besucher errichten will, sondern zusätzlich den Bau einer islamischen Akademie mit 60 Schlafplätzen für Schüler und Studenten plant, protestieren die Anwohner und grün-

den eine Bürgerinitiative.<sup>6</sup> Um zwischen den Anwohnern und dem VIKZ zu vermitteln, wird ein runder Tisch einberufen. Auch intensive Diskussionen können das Misstrauen bei den deutschen Gesprächspartnern nicht ausräumen. Beklagt wird in der örtlichen Presse die mangelnde Transparenz und die fehlende Bereitschaft des VIKZ, das Konzept der islamischen Akademie zufriedenstellend darzulegen.

In Stuttgart-Heslach kam es zu keiner Einigung. Durch die Aufstellung eines neuen Bebauungsplans wurde das Gebiet, in dem die Fabriketage liegt, als allgemeines Wohngebiet ausgewiesen. Damit sind die Pläne des VIKZ zur Errichtung einer islamischen Akademie samt Wohnheim vorerst gestoppt.<sup>7</sup>

Ein Schwerpunkt der Arbeit des VIKZ liegt in der religiösen Bildung der muslimischen Kinder und Jugendlichen. Der VIKZ behauptet von sich, die einzige islamische Gemeinschaft in Deutschland zu sein, die ihr religiöses Personal selbst ausbildet. Der Verband legt großen Wert darauf, dass seine religiösen Gelehrten die gesellschaftliche Realität in Deutschland kennen: "Mittlerweile sind in den Gemeinden des VIKZ größtenteils hauptamtliche islamische Gelehrte angestellt, die überwiegend aus der zweiten Generation stammen und in Deutschland eine religiöse Ausbildung absolviert haben. Diese sind in Deutschland aufgewachsen, haben deutsche Schulen besucht, sie beherrschen die deutsche Sprache und können sich besser auf die Bedürfnisse und die neuen Herausforderungen einer Gemeinde einstellen."<sup>8</sup>

Dass sich eine Organisation von Immigranten auf die Verhältnisse in der neuen Heimat einstellt, ist zu begrüßen. Dennoch misstrauen vor allem laizistische Deutsch-Türken dem VIKZ. So schreibt Ahmet Arpad in den *Stuttgarter Nachrichten*: "Die Fundamentalisten haben ihre Chance erkannt. Dieses vernachlässigte gesellschaftliche Feld in den Gettos bearbeiten sie gezielt. Hier werden 60.000, vor allem türkische Knaben und Mädchen, nach der Lehre des Süleyman Efendi erzogen. Jahr für Jahr werden junge Menschen als Elite-Muslime in die deutsche Gesellschaft entlassen – mit deutschem Pass und Süleymançı-Identität."<sup>9</sup>

Vor was möchte Arpad seine deutschen Leser warnen? Die Hintergründe seines Mißtrauens sind nur mit Hilfe eines kleinen historischen Exkurses in die türkische Geschichte zu verstehen.



## Die Süleymancılar – der mystische Hintergrund des VIKZ

Unter Türken werden die Anhänger des VIKZ Süleymancılar genannt. Das bedeutet auf Deutsch "diejenigen, die der Lehre des Süleyman Hilmi Tunahan folgen", d.h. der Mystik des Süleymanismus (Süleymaniye) anhängen. Die Süleymancılar sind aus der Nakshibandiye hervorgegangen, einem der größten religiösen Orden in der Türkei (siehe Kapitel 6).

Süleyman Efendi wurde 1888 im heutigen Bulgarien geboren und starb am 16. September 1959 in Istanbul. Er gilt in der islamischen Mystik (tasavvuf, Sufismus) als wichtigster Nachfolger (halife) und Vertreter des Ibn-i Mevlana Siracüddin aus Buchara, der das 32. Glied (der 32. Nachfolger des Propheten Muhammad) in der Nakshibandiye-Tradition (silile – Kette/Reihenfolge) darstellte. Süleyman Efendi ist damit das 33. und letzte Glied dieser mystischen Kette. Er wurde 1916 als religiöser Gelehrter mit Lehr- und Ausbildungsbefugnis in Istanbul zugelassen. 1918 erhielt er den akademischen Titel "Elite Istanbuler Professoren".

Nach der Gründung der Republik Türkei im Jahr 1923 und der Einführung eines diktatorischen Laizismus, wurden 1924 die Medresen (Lehrhäuser) und andere religiöse Institutionen geschlossen. Der Religionsunterricht nach dem klassischen Modell der theologischen Hochschulen war damit verboten. Süleyman Efendi suchte nach Möglichkeiten, die Medresen wieder zu öffnen. Er argumentierte vor Gleichgesinnten: "Freunde! Das Gesetz zur Vereinheitlichung des Erziehungswesens verbietet den Unterricht in der Gemeinschaft. Aber ein bis zwei Personen bilden hier eine Ausnahme. Man kann nicht bei ein bis zwei Personen von der Gemeinschaft reden. Und ich sage Ihnen, lasst uns ein paar Leute unterrichten." Gegenüber Vertretern des laizistischen Staates erklärte er sich bereit, die religiöse Bildung ehrenamtlich zu übernehmen. Der Staat verbot dies mit dem Hinweis, dass "Zuwiderhandlungen strengstens strafrechtlich verfolgt werden." Süleyman Efendi ließ sich nicht einschüchtern und unterrichtete ab 1930 in seinem Haus Schüler, die dann wiederum als Lehrer wirkten. Darüber hinaus gründete er Korankurse, Schüler- und Studentenwohnheime.<sup>10</sup>

Süleyman Efendi entwickelte eine Methode, um den Koran in kürzester Zeit im Original, also der arabischen Sprache lesen zu können. Mit dieser Methode bildete er Tausende Gelehrte aus, die dann in der ganzen Türkei wirkten. Natürlich blieb dem türkischen Staat das subversive und konspirative Wirken Süleyman Efendis nicht verborgen. Mehrmals wurde er verhaftet und angeklagt – jedoch jedes Mal freigesprochen.

Als 1945 die kemalistische Ein-Parteien-Herrschaft in der Türkei endete und ein Mehrparteiensystem eingeführt wurde, lockerte sich auch der von oben erzwungene autoritäre Laizismus. Ab 1949 waren Koranschulen gesetzlich wieder erlaubt. Süleyman Efendi eröffnet den ersten offiziellen Korankurs unter der Leitung des Amtes für Religionswesen in Üsküdar.

Diese Entwicklung in der Türkei spielt für die Entstehung des VIKZ in Deutschland eine zentrale Rolle. Da in der Türkei eine Abweichung von der kemalistischen Laizismus-Doktrin bis in die Gegenwart als Verrat am Staat und dem Erbe Atatürks gilt, versucht der VIKZ Süleyman Efendis Kampf gegen den türkischen Laizismus zu relativieren. In seiner Selbstdarstellung schreibt der VIKZ 1997: "Süleyman Efendi hat bei vielen Gelegenheiten darauf hingewiesen, dass der Eingriff des Staates in die private Religionsausübung dem Wesen des Laizismus widersprach. Dennoch bewegte sich sein Einsatz im Rahmen der geltenden Verfassung und der Gesetze des türkischen Staates."<sup>11</sup> Vor allem in den neunziger Jahren, als die Auseinandersetzung des türkischen Staates mit den Islamisten an Schärfe zunahm, wurden die Schüler des Süleyman Efendi vom Staat wieder schärfer beobachtet. Denn die Laizisten, deren Machtbasis in der Gesellschaft schwächer wurde, bekamen es mit der Angst zu tun. İbrahim Çavdar beschreibt in seiner Erwiderung auf die Studie des Hamburger Orientinstituts die Strategie der Süleymancılar: "Bis zu seinem Tod hat Süleyman Efendi Tausende von Schülern ausgebildet. Diese Schüler folgten dem Weg ihrer Lehrer, eröffneten Korankurse und vereinigten diese Korankurse in der Türkei unter dem Dach der Föderation der Korankurse. In den siebziger Jahren änderte sich der Föderationsname durch eine Satzungsänderung zu Föderation der Vereine zur Förderung der Schüler und Studenten. Diese Änderung war notwendig, um sich einerseits dem Wechsel der Zeiten anzupassen und andererseits auch Universitätsstudenten Dienste anbieten zu können. In den Wohnheimen dieser Vereine sind Hunderttausende von Schülern untergebracht, die die staatlichen Schulen, Gymnasien und Universitäten besuchen. Durch die Zurverfügungstellung von Verpflegung und Unterkunft und die Deckung sonstiger Bedürfnisse dieser Studenten leisten diese Vereine einen nicht unerheblichen Beitrag für das Allgemeinwohl in der Türkischen Republik. Viele Studenten, die aus diesen Wohnheimen ihre Studien absolviert haben, arbeiten nun als Beamte des türkischen Staates, auch in höheren Positionen."<sup>12</sup>

Die kemalistische Elite der Türkei fürchtet nichts mehr als eine Unterwanderung des Staates durch Vertreter des politischen Islam. Wohl wissend, dass sie mit Gründung der türkischen Republik im Jahr 1923 zwar die politische Macht, nicht aber



die gesellschaftliche auf Dauer errungen haben. Auch ein Zitat aus der türkischen Zeitschrift *Genç Akademi (Junge Akademie)*, das İbrahim Çavdar 1998 als Beleg dafür anführt, dass die "Schüler des Süleyman Efendi" nicht die Absicht hätten, verschiedene Parteien zu infiltrieren, beweist für die Kritiker eher das Gegenteil: "Seine Schüler verfolgten die politischen Ereignisse aus der Nähe. Bei den Wahlen wählen sie die angemessenste Partei. Es kommt auch vor, dass sie sich bei den Wahlen als Kandidaten für das Parlament oder für ein Bürgermeisteramt beteiligen. Das heißt aber nicht, dass sie sich die jeweiligen Ideologien der Parteien zu eigen gemacht haben."

### **Kemal Kaçar und die Entstehung des VIKZ in Deutschland**

Kemal Kaçar, Schwiegersohn von Süleyman Efendi, hatte nach dessen Tod die Leitung der Süleymancılar übernommen. Bereits nach dem Militärputsch von 1971 wurden die Schüler des Süleyman Efendi verfolgt. Viele Anhänger der Bewegung und Geistliche suchten als "Gastarbeiter" Schutz in Deutschland. Hier fanden sie die religiöse und organisatorische Freiheit, die ihnen in der Türkei verwehrt wurde. Trotz Verfolgung der Süleymancılar gelang es Kemal Kaçar, bei den Parlamentswahlen 1977 als Abgeordneter der konservativen AP (Gerechtigkeitspartei) von Süleyman Demirel ins türkische Parlament gewählt zu werden.

Kemal Kaçar, der am 17. Juni 2000 gestorben ist, organisierte von der Türkei aus die Süleymaniye-Bewegung in Deutschland. In seinem Auftrag gründeten die Islamischen Kulturzentren 1975 den Kölner Verband der Islamischen Kulturzentren e.V., Vorsitzender (Hauptimam) war Yusuf Zeynel Abidin. Abidin war zu diesem Zeitpunkt Europavertreter der in Kuwait niedergelassenen Organisation der Muslimbrüder der Welt. Bereits nach 18 Monaten entlässt Kemal Kaçar Abidin als Vorsitzenden, der sich später maßgeblich an der Gründung von Milli Görüş beteiligt. Kaçar ernennt Harun Reşit Tüylüoğlu zum Nachfolger.<sup>13</sup>

Das Misstrauen gegenüber der Süleymaniye-Bewegung wuchs Ende der siebziger Jahre auch in Deutschland. Imame der Islamischen Kulturzentren, darunter auch der Vorsitzende des VIKZ Tüylüoğlu, veröffentlichten in der in Deutschland erscheinenden Zeitung *Anadolu* nationalistische, antichristliche und antisemitische Hetzartikel.<sup>14</sup> Nachdem der Deutsche Gewerkschaftsbund die Entwicklung umfangreich dokumentierte, "demokratisierte" Kemal Kaçar das Erscheinungsbild seiner Organisation in Deutschland. 1982 wurde Tüylüoğlu entlassen. 1984 wird der heute noch als Vizepräsident amtierende Necdet Demirgülle von Kemal Kaçar als Vorsitzender (Hauptimam)

des VIKZ eingesetzt. Der wichtigste und mächtigste Mann war allerdings Generalsekretär Abdulkadir Polat, der seit 1977 diese Funktion innehatte.<sup>15</sup> An seine Stelle ist inzwischen İbrahim Çavdar getreten.

Die Schüler des Süleyman Efendi suchen die Zusammenarbeit mit anderen islamistischen oder türkisch-nationalistischen Organisationen. Auch die Verbindung zu den arabischen Muslimbrüdern hat für den VIKZ offensichtlich bis heute einen wichtigen Stellenwert. So schreibt die *Stuttgarter Zeitung* am 4. März 2000 unter der Überschrift "Moslemverbände in Deutschland", dass die Muslimbruderschaft im Zentralrat der Muslime in Deutschland (ZMD), in dem der VIKZ die dominierende Organisation ist, den Sprecher stellt. Die *Moslemische Revue* 4/94 behauptet, dass der ZMD zukünftig von Saudi-Arabien aus über die Islamische Weltliga finanziert werden soll. Eine Verbindung, die der 1993 ermordete türkische Journalist, Uğur Mumcu, in seinem Buch "Rabıta"<sup>16</sup> nicht nur in Bezug auf die Süleymaniye-Bewegung, sondern auch hinsichtlich der Milli Görüş umfangreich belegte.

Bereits zu Lebzeiten Süleyman Efendis gab es Kontakte zur Bewegung des Said Nursi (siehe Kapitel 4), die sich bis heute fortsetzen. So schreibt Ahmet Arpad in den *Stuttgarter Nachrichten* vom 5. April 2000: "Die Süleymancı aus Köln arbeiten in Heselach mit den Nurcu aus Stuttgart zusammen. Ihr hiesiger Partner ist die Religionsgemeinschaft des Islam von der Gemeinschaft Jama'at un Nur." Auch eine an der Hochschule für Sozialwesen in Esslingen erstellte Studie stellt fest, dass der VIKZ seit Anfang der achtziger Jahre stark mit der Nurculuk-Bewegung zusammenarbeitet.<sup>17</sup> Die Jama'at un-Nur ist neben Milli Görüş der größte Mitgliedsverband des Islamrates von Deutschland.

Türkisch-nationalistische Inhalte führen darüber hinaus auch zu Verbindungen des VIKZ mit den Grauen Wölfen und deren nationalistisch-islamistischen Abspaltung „Union der türkisch-islamischen Kulturvereine in Europa e.V.“ (ATIB).

## Fazit

Getreu dem Vorbild des Süleyman Efendi konzentriert sich der VIKZ in seiner Arbeit auf Kinder und Jugendliche, die durch umfangreiche soziale Dienstleistungen, auch für ihre Eltern, an die Zentren gebunden werden. Hier bekommen sie eine entsprechende religiöse Ausbildung. Der VIKZ investiert Millionen, um die in Deutschland bereits bestehenden Zentren samt Grundstücken zu erwerben. Dabei werden die Projekte wie in Stuttgart-Heselach immer umfangreicher und zunehmend mit Internaten zur ganztä-



gigen Betreuung der Jugendlichen gekoppelt. Für diese Entwicklung braucht der VIKZ den Dialog. Vor allem mit den Kirchen, die man als Bündnispartner in Fragen der religiösen Erziehung der Kinder und der Stellung der Religion in einem säkularen Staat betrachtet. Dieser Dialog wird von wenigen, gut geschulten, zumeist in Deutschland geborenen und aufgewachsenen Funktionären des VIKZ geführt.

Der VIKZ bereitet sich intensiv auf den Tag vor, an dem er Träger eines Islamischen Religionsunterrichts an deutschen Schulen werden sollte. Was er dann von muslimischen Religionslehrern erwartet, erläuterte Mustafa İmal vom Kölner Zentrum des VIKZ auf einer Diskussion der Friedrich-Ebert-Stiftung am 29. März 2000 in Berlin: "Wir bestehen darauf, dass diese Lehrer auf jeden Fall von den Religionsgemeinschaften ernannt werden, und die Lehrer müssen die Inhalte dieser Religionsgemeinschaften oder dieser Religionen vermitteln. Wenn das nicht der Fall ist, hat diese Religionsgemeinschaft die Möglichkeit, diese Lehrer aus dem Dienst zu suspendieren oder zu entlassen, wie das auch in allen Religionen der Fall ist." Was jedoch der Inhalt seiner Religionsgemeinschaft ist, verriet İmal trotz Aufforderung nicht.

Seit 1979 bemüht sich der VIKZ um die Anerkennung als Körperschaft des Öffentlichen Rechts. Ein entsprechender Antrag scheiterte damals an Recherchen des DGB, der die Öffentlichkeit über den Charakter des VIKZ und dessen antisemitische Tendenz aufklärte. 1995 stellte der VIKZ erneut einen Antrag. Ayyub A. Köhler<sup>18</sup> aus Köln, der den VIKZ durch seine jahrelange Zusammenarbeit im Zentralrat der Muslime sehr gut kennt, warnt jedoch vor der Verleihung dieser Körperschaftsrechte: "Schlimmstenfalls wird der Staat es mit einer nicht durch Konsens beziehungsweise demokratische Willensbildung, aber durch die Körperschaftsrechte verfestigten Funktionärskaste beziehungsweise autokratisch regierenden Funktionärsoligarchie zu tun haben, deren Aussagen oder Meinungen für einen Muslim überhaupt nicht verbindlich sein müssen. Einer orientalischen politischen Kultur wird so in Europa der Weg geebnet. In dieser Hörigkeit wird dann die sich herausbildende europäische Umma [Gemeinschaft der gläubigen Muslime] auch in die geistige Lethargie orientalischer Herrschaftsformen versinken, denn selbst konstruktive Kritik an den Maßnahmen, den Finanzen und den Umgangsformen der Funktionäre gilt als Verrat am Islam – so jedenfalls predigen es die Funktionäre schon seit Generationen und haben sich damit unangreifbar gemacht, und wegen ihrer oft mit dem Verband verquickten Vermögensverhältnisse sind sie auch nicht mehr absetzbar. Auf eine Belebung des Islam und der Umma und einen originären Beitrag des Islam in Europa kann unter diesen Umständen keine Hoffnung

mehr gesetzt werden. Außerdem: Körperschaftsrechte nützen dann auch den Funktionären, die trotz ihres zweifelhaften Rufes zur Macht gekommen sind. Der Islam wird ihnen so zum Mittel, unangreifbar und ohne moralische Befähigung Macht auszuüben. In den meisten Gruppierungen ist dieses Thema der Kontrolle eines Vereins durch die Gemeinschaft von den Funktionären tabuisiert. Und bis jetzt haben sie sich ja auch auf den blinden Gehorsam verlassen können."<sup>19</sup>

- 1 *Milliyet*, 21. Januar 1980.
- 2 Stellungnahme des VIKZ zum Artikel: *Sekten, Mystik aus dem Morgenland* in: *Spiegel* 12/1998.
- 3 Werner Schiffauer, *Die Gottesmänner*, Frankfurt/Main 2000, S. 87.
- 4 İbrahim Çavdar in der Stellungnahme des VIKZ zur Studie: *Islamische Organisationen in der Bundesrepublik Deutschland, eine aktuelle Bestandsaufnahme und Analyse*, von Prof. Dr. Udo Steinbach, Köln 1998.
- 5 überarbeitete Fassung der 1991 erschienenen Broschüre zur Vorstellung des Verbands der Islamischen Kulturzentren, September 1997, unter: <http://www.chrislages.de>
- 6 Konstantin Schwarz, *Gebetsräume und islamische Akademie in Heselach*, in: *Stuttgarter Nachrichten*, 14. März 2000.
- 7 Daniela Mack, *Großes islamisches Zentrum gestoppt*, in: *Stuttgarter Zeitung* vom 5. April 2000.
- 8 Broschüre zur Vorstellung des Verbands der Islamischen Kulturzentren.
- 9 *Stuttgarter Nachrichten*, 5. April 2000.
- 10 Internet: <http://www.tunahan.org>, offizielle web-Seite des Süleyman Hilmi Tunahan.
- 11 siehe Fußnote 5.
- 12 siehe Fußnote 4.
- 13 Ertekin Özcan, *Türkische Immigrantorganisationen in der Bundesrepublik Deutschland*, Berlin 1989, S. 194.
- 14 Anadolu wurde in den achtziger Jahren auf Grund finanzieller Schwierigkeiten eingestellt.
- 15 Abdulkadir Polat, der langjährige Generalsekretär des VIKZ, war nach Angaben des Journalisten Metin Gür Marineoffizier und kam 1966 als Arbeiter nach Deutschland. Gür bezeichnet ihn als das Rückgrat der Süleymaniye in Deutschland. So soll er der Vorsitzende der 1968 in Köln gegründeten



Vorläuferorganisation des VIKZ, des Türkenbunds beziehungsweise der Türkischen Union, gewesen sein. Dieser Türkenbund vereinigte Süleymançılar und Anhänger des türkischen Nationalisten Alparslan Türkeş. Deren zu einseitige Betonung des Nationalismus und die Verfolgung der Süleymançılar nach dem Putsch in der Türkei führten 1973 zur Umbenennung in Bund Islamischer Kulturzentren in Köln und somit zur Organisation der Süleymaniye-Bewegung in Deutschland. Abdulkadir Polat wird 1977 Generalsekretär des VIKZ. In seinem Buch "Rabita" zitiert Uğur Mumcu 1987 den Generalsekretär des VIKZ aus einem Artikel der Zeitung *Anadolu* vom 21. August 1981, in dem Polat schreibt, dass das 1973 in Köln gegründete Islamische Kulturzentrum 270 Mitgliedsvereine hat, von denen 220 direkt der Kölner Zentrale unterstehen. Quelle: Metin Gür, *Türkisch-Islamische Vereinigungen in der BR Deutschland*, Frankfurt/Main 1993.

- 16 "Rabita" ist der Name der von Saudi Arabien gelenkten Islamischen Weltliga.
- 17 Sema Mühlig-Versen/ Martin Ottmann/ die Hochschule für Sozialwesen, Esslingen: *Dokumentation über türkisch-Islamische Vereine in Esslingen – Projektarbeit*, Juni 1998.
- 18 Ayyub (Axel) Köhler ist Vorsitzender des Beirats des Zentralrats der Muslime (ZMD), der vom VIKZ dominiert wird, und Mitglied des Beirats der Islamischen Akademie Villa Hahnenburg, deren Träger der VIKZ ist. Köhler setzt sich seit Jahren für ein gleichberechtigtes Miteinander von Muslimen und Nichtmuslimen ein und hält zahlreiche Vorträge über islamische Riten und das Selbstverständnis des Islam in Europa. Er ist mit seiner Frau aktiv eingebunden in den interreligiösen Dialog. Durch seine Aktivitäten in Köln kennt er die dort ansässigen türkisch-islamischen Dachorganisationen wie VIKZ und Milli Görüş sehr gut.
- 19 Ayyub A. Köhler, Köln, 8. Februar 1997, unter: <http://www.chrislages.de>



## 6. Nakshibandiye – Die Mystik der türkischen Sunniten

Bilder wie aus 1001 Nacht. In einer Talkshow sitzt ein Deutscher. Er trägt Bart, einen Turban und Pluderhosen. Neben ihm seine Frau, tief in orientalische Schleier gehüllt. Intelligent und freimütig antworten sie auf die neugierigen Fragen des Moderators: "Unser Scheich Nazım auf Zypern hat uns füreinander bestimmt und deshalb ist unsere Ehe auch gesegnet", erklären sie einem staunenden Publikum. Im Februar 1999 eroberte die Welt das mystischen Nakshibandiye-Ordens von Scheich Muhammed Nazım al Haqqani al-Kubrusi für ein paar Wochen die Schlagzeilen. Eine junges deutsches Paar entführte ihr krebserkranktes Baby aus der ärztlichen Obhut und brachte es zum Scheich nach Zypern. Es litt an einem Augentumor und hätte dringend operiert werden müssen. Doch die Eltern waren überzeugt, dass Scheich Nazım dem Kind besser helfen könnte als die klassische Schulmedizin. Der Nakshibandiye-Orden, dem diese Familie angehört, propagiert die Naturmedizin, die im Gegensatz zur Schulmedizin auf Heilmethoden zurückgreift, die in der Sufi-Tradition seit über 1.000 Jahren Anwendung finden und drei Grundvoraussetzungen haben: die Annahme eines Schöpfers, Verzicht auf Alkohol und Verzicht auf Tabak.<sup>1</sup>

Drei Fragen beschäftigten die Öffentlichkeit. Zum einen: Wo endet die Religionsfreiheit und die elterliche Verfügungsgewalt über die Kinder? Zum anderen: Was verbirgt sich hinter der Mystik dieses Sufi-Ordens? Und schließlich: Welche Bedeutung haben die Nakshibandiye-Orden unter den Muslimen in Deutschland?

Die heute als Nakshibandiye bezeichneten Orden lassen sich in drei bis vier Hauptgruppen und Hunderten von Kleingruppen einteilen. Allen gemeinsam ist ihre weltweite Verbreitung, wobei sie jeweils einem geistigen Führer, einem Groß- beziehungsweise Hauptscheich folgen, dem die Anhänger in mystischer Verehrung eine fast heilige Wundertätigkeit zuschreiben. Islamische Mystik (tasavvuf, Sufismus) bezeichnet in ihrer reinen Form eine asketische Lebensweise, die sich der realen Welt entsagt und ihr Heil in der absoluten Liebe zu Allah und seinem Propheten Mohammed sucht. Das Spirituelle bestimmt das gesamte Denken und Handeln.

Bleiben wir zunächst bei Scheich Nazım al Haqqani al-Kubrusi, dem geistigen Oberhaupt des nach ihm benannten Ordens (Tarikat) Nakshibandiye-Haqqani. Sein Namensanhang, al-Kubrusi, bezieht sich auf seinen Aufenthaltsort im türkischen Teil Zyperns, dem Zentrum seiner Bruderschaft (Tarikat). Scheich Nazım behauptet von



sich, der 40. Nachfolger des Propheten Mohammed zu sein. Diese mystische Reihenfolge, die so genannte "Goldene Kette", gestaltet sich bei jedem Nakshibandiye-Orden anders, ist aber immer die mystisch-religiöse Legitimation der Führungsrolle des jeweiligen geistigen Oberhauptes. Der Namensgeber aller Nakshibandiye-Orden, der aus Buchara im heutigen Usbekistan stammende Muhammad Bahauddin Shah Naqshband (1318-1389), bildet zum Beispiel in der "Goldenen Kette" von Scheich Nazım das 17. Glied, also den 17. Nachfolger des Propheten Mohammed.<sup>2</sup>

Es ist für die Anhänger traditionell-mystischer Orden notwendig, sich einem Führer anzuvertrauen, da dies der erste Schritt auf dem Weg zu den Himmeln ist und der Führer ein Spezialist auf diesem Weg, der die Zeichen Allahs des Allmächtigen erkennt und somit die Gemeinschaft zum Antlitz des Allmächtigen Schöpfers führen kann, so ist es auf der deutschen Homepage des Nakshibandiye-Orden nachzulesen. Scheich Nazım nimmt für sich in Anspruch, ein solcher "Spezialist" zu sein, der "das Geheimnis des Nakshibandiye Sufi-Weges vom Herzen des Heiligen Propheten Mohammed bis in unsere Zeit getragen hat."<sup>3</sup> Den vielen anderen mystischen Orden spricht der Nakshibandiye-Scheich Nazım jedoch das Recht ab, eigenständige Wege in der Nachfolge Mohammeds zu repräsentieren: "Sie sind nur ein Mittel, um den Nakshibandiye-Orden zu erreichen. Deshalb ist in unserer Zeit der Nakshibandiye-Orden die stärkste Tarikat, und die stärksten und mächtigsten und genauesten Nachfolger der Sunna gehören dem Nakshibandiye-Orden an. Wer behauptet, von einer anderen Tarikat zu sein, steht auf der Stelle, ohne Fortschritt. Jeder muss seinen Bund durch den Nakshibandiye-Orden erneuern. Der Grund dafür ist, dass Allah selber diesen Orden am Tag der Hidschra gründete [der Tag der Flucht von Mohammed von Mekka nach Medina. Es ist der Beginn der islamischen Zeitrechnung]. Keine andere Tarikat wurde direkt von Allah gegründet, sondern nur indirekt."<sup>4</sup>

Das 20. Jahrhundert ist nach Darstellung der Mystiker wie keine andere Zeit zuvor geprägt von der Gier nach materiellen Werten und der Abkehr vom Glauben. Diese materielle Gier, so Scheich Nazım und seine Anhänger, verleitet vor allem die Jugendlichen dazu, ihre Energien unwiederbringlich zu verschleudern. Nur göttliche Leitung sei imstande, der Jugend Grenzen zu setzen und damit diesen Schatz der Jugend ein Leben lang zu erhalten, würden sie doch sonst schon in frühem Alter wie wandelnde Leichname sein.<sup>5</sup>

Im Unterschied zu moderneren Abspaltungen bestehen traditionelle Sufi-Orden auf der unbedingten Unterwerfung des Menschen unter den Glauben, denn "wenn der

Islam beginnt, sich den Leuten anzupassen, verliert er seine Ehre", wird auf der Homepage des Ordens erklärt.<sup>6</sup> Und weiter wird erläutert: Nur diese Unterwerfung garantiert ihnen die endgültige Erlösung durch die prophezeite Ankunft eines Mahdi, eines Abkömmling des Propheten Mohammed, der die Feinde des Glaubens bekämpfen wird. Bevor der Mahdi aber erscheinen könne, sei es notwendig sieben große Völker zu bekehren. Das erste, so Scheich Nazım, seien die Deutschen, da die Beschaffenheit der Deutschen, ihr innerer Zustand, sehr geeignet für den Islam sei.<sup>7</sup>

Die Zeit bis zur Ankunft des Mahdi muss genutzt werden, so viele Menschen wie möglich zu bekehren. Doch das braucht Geld und so schuf Scheich Nazım al-Haqqani ein weltweites Imperium, die Haqqani-Stiftung. Von seinem Sitz im türkischen Teil der zypriotischen Hauptstadt Nikosia aus leitet er mit Unterstützung seines von ihm ernannten Vertreters (Kalifa), Scheich Hisham Kabbani,<sup>8</sup> die auf allen Kontinenten eingerichteten Nakshbandi Sufi Centers. Hochburg sind dabei die USA, während sich Scheich Nazım in der Türkei auf Istanbul und Konya konzentriert, die dortigen Zentren des politischen und mystischen Islam.

In der Türkei hat Scheich Nazım bislang nicht richtig Fuß fassen können. Seine Anhänger kommen dort hauptsächlich aus der bürgerlichen Oberschicht und nicht wenige Vertreter der kulturellen Eliten scheinen sich ebenfalls von ihm angezogen zu fühlen.<sup>9</sup>

Größere Erfolge feiert der Scheich in Europa. Vor allem in Deutschland, Österreich, Holland und Großbritannien setzt sich seine Anhängerschaft zusammen aus jungen Einheimischen und Migranten, die sich die Yeni Osmanlılar, die neuen Osmanen nennen.<sup>10</sup> Eines der deutschen Zentren des Haqqani-Ordens befindet sich in Kall in der Eifel, wo ein ehemaliges Hotel zur "Osmanischen Herberge" umgewandelt wurde. Träger ist der Haqqani Trust, Verein für neue deutsche Muslime e.V., zu dessen dreiköpfigem Vorstand auch der Deutschlandsprecher der Nakshbandiye-Haqqani, Hasan Peter Dyck, gehört.<sup>11</sup> Zu den zahlreichen Angeboten der "Osmanischen Herberge" zählt auch ein Schießstand für osmanisches Bogenschießen.<sup>12</sup> Darüber hinaus betreibt dieser Sufi-Orden in Deutschland den Gorski&Spohr-Verlag und gibt seit 1996 in unregelmäßigen Abständen die Zeitschrift *Morgenstern* heraus sowie seit November 1999 die Internet-Zeitung *Lichtblick*.<sup>13</sup>

Scheich Nazım spielt in der Türkei auch deshalb eine marginale Rolle, weil dort das Feld der Nakshbandiye-Mystik bereits durch andere Scheichs besetzt ist. Obwohl die religiösen Orden in der Türkei im Zuge der Laizismusreformen der zwanziger Jahre ver-



boten wurden, haben sie in ihrer traditionellen Ausprägung wie auch in Form moderner Abspaltungen bis heute überlebt. Schwerpunkt ihrer inzwischen weltweiten Aktivitäten ist nach der Türkei vor allem das Gebiet des ehemaligen Osmanischen Reiches.

## Die mystischen Quellen der Milli Görüş

Der politisch einflussreichste der drei Hauptorden der heutigen Nakshibandiye in der Türkei ist der Kotku-Es'ad-Orden. Necmettin Erbakan verdankt diesem Orden seine politische Karriere wie er auch die mystische Quelle seiner Milli Görüş-Bewegung ist. Sitz des Ordens ist die Iskenderpascha Moschee im Istanbuler Stadtteil Fatih, wo der Ordensgründers, Großscheich Mehmed Zahid Kotku, ab 1958 als Imam und Prediger tätig war. Nach seinem Tod am 13. November 1980 übernahm Mahmud Es'ad Coşan, Professor für Religion und Literatur an der Universität von Ankara, die Führung des Ordens. Der 1938 im türkischen Çanakkale geborene Coşan beendete 1987 seine akademische Laufbahn, um sich mehr den Aktivitäten der Gemeinschaft zu widmen. Er errichtete religiöse Stiftungen, Wohnungen, Schulen, Institute, Weiterbildungskurse und Zeltlager. Darüber hinaus gründete er ordenseigene Massenmedien und erschloss dem Sufi-Orden die Gebiete Wissenschaft, Kunst, Kultur und Öffentlichkeitsarbeit.<sup>14</sup> Die Gemeinde gibt die Zeitschriften *İslam, Kadın ve Aile (Islam, Frau und Familie)*, *Panzehir (Gegengift)* und *İlim ve Sanat (Wissenschaft und Kunst)* heraus sowie die Zeitung *Sağduyu (Gesunder Menschenverstand)*, außerdem betreibt sie den Radiosender Akra FM und den Fernsehsender Ak-TV.<sup>15</sup> Der Orden verfügt über große Unternehmen und organisiert Veranstaltungen und Konferenzen, um auch auf das politische Leben einzuwirken. In Australien, Deutschland, Großbritannien, Schweden, Dänemark, den USA – überall dort, wo Auswanderer aus der Türkei leben, findet er seine größte Ausbreitung.<sup>16</sup>

Wie Scheich Nazım legitimiert auch Coşan seine Führungsrolle durch eine mystische Kette von Nachfolgern, deren 40. Glied er selbst ist, als Nachfolger von Nummer 39, dem Gründer dieser Nakshibandiye-Tarikat, Scheich Kotku.<sup>17</sup> Der 1897 im westanatolischen Bursa geborene Kotku stamme über seinen Vater direkt vom Propheten Mohammed ab, so die Darstellung durch Kotkus Nachfolger, Coşan. Ausgebildet bei verschiedenen Gelehrten der Nakshibandiye in Istanbul, sei er nach Schließung der "Klöster" (tekke) der islamischen Orden nach Bursa zurückgekehrt, wo er bis 1952 offiziell als Imam und Prediger tätig gewesen sei. Erneut in Istanbul, wurde die

Iskenderpascha Moschee zum Zentrum seiner Tätigkeit. Soweit die recht nüchternen Eigenangaben von Coşan.<sup>18</sup>

Ein Artikel der Zeitung *Zaman* wird in der Darstellung des Wirkens Scheich Kotkus deutlicher. Der religiöse Gelehrte Kotku, so *Zaman*, habe das im letzten Jahrhundert des Osmanischen Reiches zu verkümmern beginnende mystische religiöse Leben wieder neu belebt und so eine sich wellenmäßig über die Türkei ausbreitende Anhängerschaft um sich geschart. Dafür sei er in der gesamten islamischen Welt bekannt. Seine Ansichten verbreitete er in Form von Hadith-Kursen in einer einfachen und für alle verständlichen Form.<sup>19</sup>

Großscheich Kotku konnte sich seines Einflusses auf zahlreiche Politiker rühmen, darunter vor allem Necmettin Erbakan und der ehemalige türkische Staatspräsident Turgut Özal. In den siebziger und achtziger Jahren waren dieser Nakshibandiye-Orden und die politische Bewegung der Islamisten in der Türkei identisch. Erst später kommt es zur Trennung des Sufi-Ordens von den politischen Parteien, jedoch haben sie nach wie vor einen großen Einfluss auf die türkische Politik.<sup>20</sup>

Burhan Kesici, der heutige Verwaltungsratsvorsitzende der Islamischen Föderation in Berlin, geht in seiner 1998 vorgelegten Diplomarbeit über Necmettin Erbakans Refah-Partei auf diese politische Einflussnahme ausführlich ein: "1969 hatte Erbakan als Unabhängiger aus Konya den Einzug ins türkische Parlament geschafft. Seine weiteren Bemühungen und die aktive Unterstützung des Nakshibandiye-Scheichs Mehmed Zahid Kotku führten schließlich zur Gründung der Milli Nizam Partisi (MNP) am 26. Januar 1970. Scheich Kotku wollte damit den Übergang seiner religiösen Gemeinschaft zu einer politischen Partei realisieren. Erbakan war ein Anhänger von Scheich Kotku, so dass die Vermutung aufgestellt wird, dass der Scheich Erbakan mit der Gründung einer Partei beauftragt hat. Die Zusammensetzung der Gründungsmitglieder deutet darauf hin, dass die MNP und die Nachfolgepartei MSP (1972-80) die Zustimmung einer breiten Öffentlichkeit der religiösen Orden und Personen hatte. Für die ideologische Ausrichtung der MNP spielte die Tatsache, dass bei ihrer Gründung religiöse Orden beteiligt waren, eine entscheidende Rolle. Ein weiterer wichtiger Faktor für die Gründung einer Partei war die politische Ausgrenzung von traditionell religiös eingestellten Personen, die sich in der Politik und Wirtschaft engagierten."<sup>21</sup>

Für Kesici ist die politische und wirtschaftliche Programmatik Erbakans eine Widerspiegelung der Beeinflussung durch Scheich Kotku und die religiösen Orden. So lehnt Erbakan "Kapitalismus und Sozialismus als westliche Ideologien ab, übt Kritik an nicht-islamischen Institutionen und Handhabungen wie zum Beispiel den Banken



(Zinssystem) und propagiert eine moralische und technische Modernisierung, die sich an den traditionellen (islamischen) Werten orientieren sollte."<sup>22</sup> Westliche Organisationen wie die Nato und die Uno sowie der europäische Markt würden von Erbakan und seinen Parteien abgelehnt, weil sie christlichen Ursprungs seien, so Kesici. Als Gegenpositionen stellt Erbakan ihnen deshalb entsprechende islamische Institutionen entgegen und erhebt mit seiner Refah-Partei, ganz nach Nakshibandiye-Tradition, den Anspruch, die Vertreterin des religiösen Rechts beziehungsweise der religiösen Wahrheit zu sein.<sup>23</sup>

Erbakans Parteiideologie der neunziger Jahre, "Adil Düzen", die Gerechte Ordnung, ist die politische Formulierung des auf dem traditionellen Islamverständnis des Nakshibandiye-Kotku-Ordens basierenden Weges zur Befriedigung der wirtschaftlichen, politischen, moralischen und wissenschaftlichen Bedürfnisse. Dabei konzentriert Erbakan sich stärker als zuvor auf soziale, kulturelle und wirtschaftliche Aspekte, was Kesici jedoch nicht als Abkehr von der religiösen Ausgangsbasis bezeichnet, sondern als reinen Pragmatismus: "Mit der Zeit hat die Refah-Partei Wege gefunden, wie sie innerhalb des bestehenden Systems ihre Standpunkte vertreten kann, die zum Teil religiös gefärbt sind, ohne dass sie damit in einen Konflikt mit dem System gerät. Vieles von dem, was die RP propagiert, ist zwar religiösen Ursprungs, ohne dass die Partei dabei einen expliziten Bezug zur Religion zieht."<sup>24</sup>

Darüber hinaus ist die Nakshibandiye der am weitesten verbreitete Sufi-Orden bei den sunnitischen Kurden der Türkei. Ein nicht unerheblicher Aspekt für Erbakans Milli Görüş-Bewegung, die sich auch deshalb weltweit nicht nur auf türkische, sondern auch auf kurdische Sunniten stützen kann. Die ersten kurdisch-nationalen Aufstände wurden von Nakshibandiye-Scheichs angeführt: zum Beispiel Ende des 19. Jahrhunderts der Aufstand des Nakshibandiye-Scheichs Ubaidallah von Nehri oder der Aufstand der Kurden unter Scheich Said von Palu im Februar 1925. Auf diese Nakshibandiye-Tradition griff das türkische Militär nach seinem Putsch 1980 gern zurück, um den Einfluss der erstarkenden kurdischen Nationalbewegung zu begrenzen. Das Militär hielt es nun für angebracht, Necmettin Erbakans Partei zu unterstützen, in dessen Parteiprogrammatik der Einfluss des Ordens am deutlichsten zum Tragen kam.

Allerdings gelangte nach der Wahl 1983 nicht Erbakans Refah-Partei, sondern die Vaterlandspartei (ANAP) unter Führung des 1993 verstorbenen Staatspräsidenten Turgut Özal an die Spitze der Regierung. Özals kurdische Herkunft und seine allgemein bekannten Verbindungen zur Nakshibandiye dürften dabei behilflich gewesen sein. So

teilte denn auch der Nakshibandiye-Kotku-Orden als einzige Bruderschaft, die offen politisch agiert, in den achtziger Jahren ihre Unterstützung zwischen der Refah-Partei und der ANAP auf. Turgut Özals Bruder, Korkut Özal, eine wichtige Figur in der Nakshibandiye-Bewegung mit guten Verbindungen in Saudi-Arabien, nutzte diese Annäherung vor allem in wirtschaftlicher Hinsicht.

Ministerpräsident Turgut Özal verschaffte den religiös-konservativen Kräften nicht nur Zugang zu seiner ANAP-Partei, sondern auch Einflussmöglichkeiten im Innen- und Bildungsministerium. Den Islam erklärte er öffentlich zu einem wichtigen Bestandteil der nationalen Identität und wurde dabei auch vom Militär unterstützt. Das Militär machte den Religionsunterricht an den Schulen gleichzeitig zum Pflichtfach, gründete besondere Koranschulen und schrieb sich eine türkisch-islamische Ideologie auf die Fahnen in der Hoffnung, damit die revolutionären Aspekte des Kemalismus neutralisieren zu können. Auf diese Weise wollte man die konservativen Kräfte der Gesellschaft – unter Türken wie Kurden – gewinnen und dem Erstarken des kurdischen Nationalismus vorbeugen.

Erst mit dem Tod von Turgut Özal im Jahr 1993 und der Führung der ANAP durch Mesut Yılmaz, der dem nichtreligiösen Flügel der ANAP zuzurechnen ist, erfolgt der eigentliche Aufschwung der islamistischen Wohlfahrtspartei (Refah-Partei), die vorwiegend in Zentral- und Ostanatolien, in den großen Städten und schließlich auch im kurdischen Südosten des Landes ihre meisten Stimmen erhält und die Rolle der ANAP als wichtigste (wenn auch nicht einzige) politische Kraft übernommen hat, die den Anatoliern ermöglicht sich Gehör zu verschaffen und ihre religiöse Identität zum Ausdruck zu bringen.<sup>25</sup>

## **Die mystischen Wurzeln der Süleymaniye und Nurculuk**

Basiert die Milli Görüş-Bewegung direkt auf der traditionellen Nakshibandiye, so sind die Süleymaniye- und die Nurculuk-Bewegung zwei Abspaltungen, die in den zwanziger Jahren als Reaktion auf die Einführung des Laizismus in der Türkei entstanden. Beide werden zwar heute nicht mehr als mystische Bewegungen gesehen, jedoch liegt ihr Ursprung in der Nakshibandiye, da ihre jeweiligen Begründer und Namensgeber, Süleyman Hilmi Tunahan und Said Nursi, der Nakshibandiye entstammen und ihre Werke und Lehren auf diesem Orden basieren. Die Nurculuk gilt dabei im Vergleich zur Refah-Partei und den zeitgenössischen Nakshibandiye-Orden als mildere Form des Islam.



Dagegen gilt der Süleymaniye-Orden als konservativ und anti-intellektuell mit einer starken Anhängerschaft vor allem unter den türkischen Migranten in Deutschland. Diese Anhänger folgen einer auf der Nakshibandiye basierenden Tradition, jedoch keinem lebenden geistigen Führer (Scheich).<sup>26</sup>

## **Die Muslimbrüder**

Die mystische Auslegung des Islam haben Milli Görüş und auch die Süleymaniye (VIKZ) bis heute immer wieder Bündnisse mit der Bewegung der Muslimbrüder suchen lassen. Die 1929 vom Ägypter Hassan al-Banna gegründete Muslimbruderschaft, die sich heute in mehrere Zweige teilt, habe mit Sayyid Qutb auch einen Nachfolger hervorgebracht, auf den sich viele radikale Islamisten beziehen, schreibt die Publizisten Wendy Kristianasen.<sup>27</sup> Die Milli Görüş-Abspaltung des Kalifen von Köln, Cemaleddin Kaplan, sei hier beispielhaft genannt.

## **Der Kalif von Köln**

Die Cemaleddin Kaplan-Bewegung als radikale Abspaltung der Milli Görüş im Streit über den richtigen Weg zum islamischen Gottesstaat hat ein ambivalentes Verhältnis zur islamischen Mystik. Ursprünglich, so der Ethnologe Werner Schiffauer, wollte Kaplan die Spaltung der Gesamtbewegung in viele mystische Orden überwinden, sah er doch in der Mystik einen entscheidenden Baustein für eine revolutionär islamische Politik. Letztendlich übernimmt er jedoch nur das Organisationsmodell der mystischen Bruderschaften und nimmt selbst zunehmend die Stellung ein, die ein Scheich in der Bruderschaft bekleidet.<sup>28</sup> Die Religionswissenschaftlerin Ursula Spuler-Stegemann charakterisiert zwar die Kaplananhänger (Kaplancılar) als einen eigenen Sufi-Orden, allerdings habe er sich immer mehr isoliert und gilt in seinem islamischen Umfeld als peinliche Entgleisung.<sup>29</sup>

## **Nakshibandiye und Wirtschaft**

Die Ihlas-Holding wird als eine eigene Gruppe eingeordnet, die aus der Nakshibandiye hervorgegangen ist. Ihlas bedeutet auf Deutsch Treue, Aufrichtigkeit. Die Gruppe ist eine der weltweit operierenden islamischen Holdings. Sie geht zurück auf den Scheich Abdulhakim Arvasi, der als orthodoxer Sunnit gegen die Trennung von Staat und Religion und jegliche Art von reformerischen Anstrengungen zu Felde zog.<sup>30</sup> Dieser aus

Van stammende kurdische Scheich, so der Publizist Faik Bulut, der als einer der besten Kenner der Orden in der Türkei gilt, soll in den dreißiger Jahren dieses Jahrhunderts in antilaizistische Aktionen religiöser Orden verwickelt gewesen sein, wurde jedoch freigesprochen und war dann in Istanbul als Imam tätig. Einer seiner Schüler war der Diplomchemiker Hüseyin Hilmi Işık, der als Lehrbeauftragter an der Militäarakademie tätig war. Seine Anhänger werden die "Işıkçılar – die Anhänger des Işık Efendi" genannt. Sein Schwiegersohn, der Doktor der Biologie Enver Ören, begann in den siebziger Jahren unternehmerisch tätig zu werden und schuf so die Basis der İhlas-Holding, die ihren eigentlichen Aufschwung unter seiner Leitung ab den achtziger Jahren erfuhr. Zur İhlas-Holding gehörten 1997 weltweit insgesamt 44 Firmen mit 22.000 Mitarbeitern von der Autobranche über das Versicherungswesen bis hin zu Privatschulen und Medien, darunter auch die Nachrichtenagentur İHA, die İhlas Druckerei und der İhlas Verlag in Deutschland, die auch in Deutschland erscheinende Zeitung *Türkiye* und der über Satellit in Europa und Asien verbreitete private Fernsehsender TGRT.<sup>31</sup> Die İhlas-Gruppe, die nach Faik Bulut ihre Wirtschaftsaktivitäten auch durch Kontakte zu den Muslimbrüdern in den USA intensiviert, unterstützt die Parteien, die eine Synthese aus islamistischen und türkisch-nationalistischen Elementen verfolgen. Ganz besonders steht sie jedoch der Refah-Partei nahe. So wurde der Chefkolumnist der İhlas-Holding-Zeitung *Türkiye*, Nevzat Yağcıntaş, als Abgeordneter der Fazilet-Partei (der Nachfolgerin von Erbakans Refah-Partei) von dieser als Kandidat für das Amt des türkischen Staatspräsidenten aufgestellt und erhielt im dritten Wahlgang am 5. Mai 2000 mit 113 Stimmen das zweitbeste Ergebnis.

Für alle hier genannten Gruppen gilt: Sie kommunizieren und agieren weltweit und sind untereinander vernetzt, die Trennungslinien zwischen ihnen sind fließend.

1 www.naqschibandi.de.

2 ebenda

3 ebenda

4 40 Deutsche Lessons Unseres Geliebten Sheichs Maulana Muhammad Nazim al-Haqqani al-Qubrusi DER NAQSHIBANDI-ORDEN unter: <http://www.ummah.org.uk/haqqani/Lang/german/lesson.html>

5 www.naqschibandi.de.

6 ebenda

7 Ursula Spuler-Stegemann, *Muslimen in Deutschland. Nebeneinander oder Miteinander?*, Freiburg im Breisgau 1998, S.138.



- 8 [www.ummah.org.uk](http://www.ummah.org.uk).
- 9 *Concerning the Naqshbandiyya in Turkey*, in: <http://homepages.haqq.com.au/salam/cosan/naqshis.html>
- 10 Spuler-Stegemann, a.a.O., S.138.
- 11 *Naqschibandi-News*, No. 2/3 1992, S. 29.
- 12 *Der Morgenstern* 1/1996, S.37 in: [www.osmanische-herberge.de](http://www.osmanische-herberge.de).
- 13 <http://www.uni-jena.de>, Literatur Islam.
- 14 <http://homepages.haqq.com.au/salam/cosan/cosbio.html>
- 15 *Cumhuriyet*, 11. September 1999.
- 16 siehe Fußnote 9.
- 17 <http://homepages.haqq.com.au/salam/cosan/cosbio.html>
- 18 [www.enfal.de/kotku.htm](http://www.enfal.de/kotku.htm).
- 19 *Zaman Gazetesi*, 13. November 1997.
- 20 siehe Fußnote 9.
- 21 Burhan Kesici, *Islamisten und Moderne am Beispiel der Refah Partei in der Türkei*, Diplomarbeit an der FU Berlin am Fachbereich Politische Wissenschaft, August 1998.
- 22 ebenda
- 23 ebenda
- 24 ebenda
- 25 Wendy Kristianasen, *Anatolische Tiger, Reiche Bauern, Religiöse Linke und wurzellose Emigranten*, in: *Le Monde diplomatique* Nr. 5275, 11. Juni 1997, S. 6-7.
- 26 Siehe Fußnote 9.
- 27 Wendy Kristianasen, a.a.O.
- 28 Werner Schiffauer, *Die Gottesmänner*, Frankfurt/Main 2000, S.159 ff.
- 29 Spuler-Stegemann, a.a.O., S.146.
- 30 siehe Fußnote 9.
- 31 Faik Bulut, *Yeşil Sermaye Nereye*, Istanbul 1999.

## 7. Der staatlich kontrollierte Islam

Die staatliche Kontrolle und Gestaltung des religiösen Lebens der Türkei liegt seit dem 3. März 1924 in den Händen des Amtes für religiöse Angelegenheiten (Diyanet), eine dem Ministerpräsidenten unterstellte Institution. Alle bis dahin existierenden religiösen Einrichtungen wurden verboten oder diesem Amt unterstellt. Auch die aktuelle türkische Verfassung von 1982 hält an dieser Institution fest. Die Begründung lautet: Die Religion stelle einen wesentlichen Faktor der nationalen Identität dar und das Amt sei notwendig, um das religiöse Leben nicht völlig aus der staatlichen Kontrolle auszublenzen.<sup>1</sup>

Doch schauen wir nach Europa: Hier hatten vor allem Milli Görüş und die Süleymaniye Anfang der siebziger Jahre begonnen, Anhänger um sich zu scharen. Sie hatten leichtes Spiel, da die religiösen Bedürfnisse der Einwanderer weder die Aufnahmeländer noch den türkischen Staat interessierten. So gelang es den Süleymanlılar in Deutschland in kurzer Zeit ein dichtes Netz von Koranschulen aufzubauen.

Dieser Erfolg war ein Dorn im Auge des türkischen Staates, da er ihn nicht kontrollieren konnte und er reagierte. 1982 gründete das Amt für religiöse Angelegenheiten (Diyanet) ihre Auslandsorganisation Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion (DITIB e.V.) zunächst als regionalen Dachverband mit 15 registrierten Moscheen in West-Berlin und dann 1985 in Köln, das seit der deutschen Einheit der Hauptsitz des Verbandes ist.

DITIB betrachtet sich selbst als eigenständige islamische Dachorganisation, die auf Grund ihrer Abhängigkeit vom türkischen Staat weder im Islamrat noch im Zentralrat der Muslime vertreten sein kann.<sup>2</sup> Über die organisatorische „Eigenständigkeit“ wacht der Präsident der Diyanet, der als Vorsitzender des Vereinsbeirats der DITIB<sup>3</sup> den faktischen Vorsitz dieser Organisation innehat. Der türkische Botschaftsrat für religiöse Angelegenheiten in Deutschland vertritt ihn dabei vor Ort und wird seinerseits wiederum auf lokaler Ebene von den Religionsattachés der Konsulate vertreten. Alle anderen Vorstandsmitglieder der nach deutschem Vereinsrecht gegründeten DITIB werden in regelmäßigen Wahlen bestimmt.

Damit DITIB seine Hauptaufgaben, religiöse Dienstleistungen und islamische Erziehung, erfüllen kann, stellt und bezahlt die Diyanet die Hocas (Religionsgelehrte) und Imame (Vorbeter). Diese kommen meist für fünf Jahre aus der Türkei nach Deutschland, ohne das Land und die Sprache zu kennen. Die finanzielle Unterstützung



durch die Diyanet ermöglicht es DITIB in fast allen deutschen Großstädten Grundstücke und Gebäude zu kaufen, um islamische Zentren zu gründen.<sup>4</sup> Auf Grund dieser Schützenhilfe wurde DITIB schnell zu einer der größten sunnitischen Dachverbände. 1999 hatte sie zirka 90.000 Mitglieder, während der von Milli-Görüş dominierte Islamrat 97.000 Mitglieder zählte und der von der Süleymaniye-Bewegung dominierte Zentralrat der Muslime seine Mitgliederzahl mit 30.500 Muslimen angibt.<sup>5</sup> In Berlin unterhält DITIB den einzigen islamischen Friedhof in Deutschland („Şehitlik“), der durch einen Vertrag aus dem Jahr 1866 türkisches Hoheitsgebiet ist.

Auch DITIB hat in seinem Selbstverständnis nur Platz für Sunniten. Die anderen „Konfessionen“ der Türkei, wie die Aleviten oder Religionen wie das Judentum und das orthodoxe Christentum, bleiben ausgeschlossen. İzzettin Doğan, Vorsitzender der CEM Vakfı (Stiftung für republikanische Bildung), hatte den türkischen Ministerpräsidenten Bülent Ecevit Ende 1999 zu einer Reform der DITIB-Mutter, der Diyanet, gedrängt. Gleichberechtigt mit den Vertretern des sunnitischen Islam sollten die der Aleviten und der anderen Religionen im Amt für religiöse Angelegenheiten vertreten sein. Ecevit scheiterte am Widerstand der Diyanet. Diese Behörde ist längst zum Staat im Staate geworden, zwar dem Ministerpräsidenten unterstellt, doch nicht mehr von ihm lenkbar. Sie beschäftigt inzwischen über 123.000 Angestellte. Jede fünfte Stunde, so Doğan, werde in der Türkei eine Moschee gebaut, rund 90.000 gibt es bereits. Die Diyanet sei zwar in ihrer Struktur undemokratisch, als Institution will aber auch er sie nicht in Frage stellen. Die Diyanet und auch die DITIB werden weiterhin im Kampf gegen den politischen Islam gebraucht.<sup>6</sup>

Die von DITIB gelehrten religiösen Inhalte sind von der Diyanet vorgegeben und damit vom jeweiligen türkischen Ministerpräsidenten und dessen Verständnis von Laizismus und Islam. So kam es während der Amtszeit von Necmettin Erbakan 1996/97 auch in Deutschland zu Annäherungen zwischen DITIB und Milli Görüş. Im Dezember 1996 startete die türkische Armeeführung eine Initiative zur Vereinigung aller türkischen Vereine in Deutschland, die Erbakan dankbar aufgriff. Er schlug Milli Görüş als das gemeinsame Dach dieser Vereine vor.<sup>7</sup> Der Kölner DITIB-Chef, Religionsattaché Mehmet Aksoy, wurde daraufhin von den Vorsitzenden der IGMG und dem Islamrat besucht, was er freudig begrüßte. Der IGMG-Vorsitzende bezeichnete die DITIB wiederum als Bruderorganisation und betonte, dass dieser Besuch die Freundschaft festigen werde.<sup>8</sup> Diese Freundschaft währte allerdings nicht lange, denn Erbakan musste 1997 auf Druck der Armeeführung als Ministerpräsident zurücktreten.

Trotz Machtwechsel in der Türkei wurde in Deutschland die Zusammenarbeit von DITIB und Milli Görüş fortgeführt. Beispiel Berlin: Nach der gerichtlichen Anerkennung der Islamischen Föderation Berlin als Religionsgemeinschaft und damit Träger eines islamischen Religionsunterrichtes am 4. November 1998 kam es am 9. November 1998 zu einem Treffen in den Räumen der Islamischen Föderation. Neben Vertretern der Islamischen Föderation waren auch einige DITIB-Vertreter sowie Sabri Adak, DITIB-Funktionär und Präsident der konservativen Türkischen Gemeinde zu Berlin e.V. (TGB), anwesend. Ziel des Treffens, so Sabri Adak, sei die Schaffung eines „Obersten Rates“, bestehend aus Islamischer Föderation, DITIB und TGB, da es gefährlich und fehlerhaft sei, wenn ein Verein allein Religionsunterricht erteile. In religiöser Hinsicht sei eine Zusammenarbeit zwischen der Islamischen Föderation, DITIB und dem Verband islamischer Kulturzentren (Süleymaniye) wünschenswert, um zwischen diesen drei Organisationen den Kuchen gemeinsam zu teilen.

Zur gleichen Zeit unterschrieb DITIB eine Presseerklärung türkischer Vereine, in der die Islamische Föderation als politische Organisation und deshalb als Träger eines Islamunterrichts abgelehnt wird. Seit Februar 2000 ist die Anerkennung der Islamischen Föderation als Religionsgemeinschaft rechtskräftig. Seitdem versucht das Türkische Generalkonsulat von Berlin, eine Front gegen die Islamische Föderation aufzubauen. Es setzt dabei auf die TGB, DITIB und die Nationalisten der Türk-Föderation.

Vom „Obersten Rat“ ist heute keine Rede mehr und Sabri Adak leugnet standhaft, diese Aussagen jemals gemacht zu haben. Die Linie lautet nun: Wir wollen einen gemeinsamen, von den drei Organisationen getragenen Islamunterricht, der vorrangig für Türken und in türkischer Sprache erteilt wird und neben Religion auch Kultur, Sitten und Gebräuche der Heimat vermittelt. Aus Angst vor Assimilation lehnen sie einen deutschsprachigen Unterricht für alle Muslime ab, denn dabei entstünde ein vom Türkentum losgelöster deutscher und somit verfälschter Islam, so lautet ihre Position.

Seit der Anerkennung der Islamischen Föderation Berlin als Religionsgemeinschaft und dem stetig wachsenden Einfluss der Islamischen Gemeinschaft – Milli Görüş (IGMG) und ihrer Unterorganisationen auf Behörden, Parteien und Dialogpartner, fürchtet DITIB ihre Privilegien zu verlieren. Über fünfzehn Jahre lang war sie die bevorzugte Ansprechpartnerin deutscher Behörden, wenn es um Fragen der religiösen Erziehung türkischer Kinder an den öffentlichen Schulen ging. Diese Zeiten gehen unwiderruflich zu Ende. Bei deutschen Politikern setzt sich die Erkenntnis durch, dass die türkischen Kinder von heute die deutschen Staatsbürger von morgen sind. Eine



religiöse und ideologische Erziehung durch eine von Ankara gelenkte Behörde ist nicht mehr opportun. Die Folge: Kaum noch ein Kultusministerium setzt auf die türkisch-nationalistische Variante des Islam.

Damit erfüllt sich eine alte Forderung der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW). Seit 1986 drängt sie, dass die religiöse Unterweisung der Kinder nicht mehr im Rahmen des muttersprachlichen Ergänzungsunterrichts erfolgt, der in Berlin, Bremen, Schleswig-Holstein und dem Saarland von den türkischen Konsulaten erteilt wird. Die Begründung lautet: Der DITIB-Unterricht vermittelt undemokratische, national-chauvinistische Inhalte, der ein autoritäres Staatsverständnis fördert, den Krieg verherrlicht und dem friedlichen Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher ethnischer, kultureller und religiöser Herkunft zuwiderläuft.<sup>9</sup>

Ein von Milli Görüş-Organisationen oder dem VIKZ erteilter Islamunterricht an öffentlichen Schulen wird allerdings in Zukunft ebenso wenig zur Integration muslimischer Kinder in die christliche und areligiöse Mehrheitsgesellschaft beitragen wie in der Vergangenheit das ideologische Wirken von DITIB.

- 1 Rudolf Wedekind (Hrsg.), *Die Verfassung der Türkischen Republik vom 7.November 1982 in deutscher Sprache mit Kommentar*, Hannover 1984.
- 2 Thomas Lemmen, *Zwischen Assimilation und Ghettoisierung - zum Integrationsstand der muslimischen Ausländer in Deutschland*, 1996, in: [www.chrislages.de](http://www.chrislages.de)
- 3 Ertekin Özcan, *Türkische Immigrantensorganisationen in der Bundesrepublik Deutschland*, Berlin-West, 1989, S.208.
- 4 Zafer Şenocak/C. Galembert, *Götterdämmerung in Deutschland - Über das Verhältnis von Staat, Kirchen und Islam*, in: *die tageszeitung*, 16. März 1992.
- 5 Evangelische Zentralstelle für Weltanschauungsfragen, Materialdienst 09/99, *Islam in Deutschland in Zahlen*, in [www.ekd.de/ezw/ftexte/info0999-02.html](http://www.ekd.de/ezw/ftexte/info0999-02.html).
- 6 İzzettin Doğan, Vorsitzender der CEM Vakfi (Stiftung für republikanische Bildung), türkischsprachiger Vortrag am 23. April 2000 im Kulturzentrum der Anatolischen Aleviten in Berlin-Kreuzberg, aufgezeichnet von Aypa-TV, Berlin.
- 7 *Streit um türkische Vereine in Deutschland*, in: *Berliner Morgenpost*, 30. Dezember 1996.
- 8 *Milli Görüş & Perspektive* Nr. 24, Dezember 1996, Seite 10.
- 9 Eberhard Seidel, *Da wird gemauert*, in: *die tageszeitung*, 17. Februar 1990

## 8. Aktualisierungen zur 2. Auflage (Stand 30. September 2001)

- Nach eigenen Angaben sind in der IGMG derzeit europaweit 17.841 Funktionäre und 66.027 aktive Mitglieder, zusammen also 83.868 Personen organisiert.

- Im Sommer 2001 wurde die Europazentrale der IGMG von Köln-Nippes nach Kerpen verlegt.

- In Moscheen der IGMG und über Links auf der IGMG-Homepage werden die Werke von Harun Yahya verbreitet und angepriesen. Unter dem Pseudonym Harun Yahya publiziert Adnan Oktar antisemitische Werke. In seinem Buch „Soykırım Yalanı“ (Holocaustlüge) stellt er die Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland in Frage.

- Seit Anfang 2001 fordert die IGMG ihre Mitglieder und Sympathisanten dazu auf, die deutsche Staatsbürgerschaft zu erwerben. Ziel dieser Kampagne sei die Gründung einer islamischen Partei in den nächsten fünf Jahren, so der bayerische Innenminister Günther Beckstein Anfang September 2001. Der Vorstand der IGMG hat diese Behauptung als haltlos zurückgewiesen.

- Seit dem 3. September 2001 darf die Islamische Föderation Berlin an zwei Berliner Schulen Religionsunterricht erteilen. Das entschied die 27. Kammer des Verwaltungsgerichts Berlin am 29. August 2001. (VG 27 A 253.01). Eine Grenze für die Erteilung von Religionsunterricht sei erst dort zu ziehen, wo zu befürchten sei, dass der Unterricht in vollem Umfang oder doch hinsichtlich tragender Prinzipien der Verfassung von den grundlegenden staatlichen Bildungszielen abweiche und eine Art „Gegenunterricht“ veranstalte, erklärte das Verwaltungsgericht Berlin.

- Die IGMG hat ihren Einfluss auf die Dachorganisation „Islamrat“ ausgeweitet. Am 2. Juni 2001 wurde ein neuer Vorstand gewählt. Als stellvertretende Vorsitzende rückten der Pressesprecher der IGMG, Ali Kizilkaya, und der Vorsitzende des Vereins „Weimar Institut“ und Herausgeber der „Islamischen Zeitung“, der Potsdamer Rechtsanwalt Abu Bakr Rieger in den Vorstand des Islamrats. Der bisherige moderate Generalsekretär, der Deutsche afghanischer Herkunft, Ghulam Totakhyl, gehört nicht mehr dem Vorstand an.

- Necmettin Erbakan bleibt Führer der IGMG. Am 15./16. April 2001 wurde in Hagen die 7. Vollversammlung der IGMG abgehalten. (Nicht zu verwechseln mit den jährlich stattfindenden öffentlichen Massenveranstaltungen, den so genannten Friedens- und Kulturfesten. Der Vorstand wird nur alle fünf Jahre in einem wesentlich kleineren Kreis



gewählt. Die letzte Vorstandswahl war 1996, nach dem der IGMG Vorsitzende Osman Yumakoğulları ins türkische Parlament eingezogen war.) In Hagen wurde der bisherige Generalsekretär Mehmet Sabri Erbakan, Neffe von Necmettin Erbakan, zum neuen Vorsitzenden der IGMG „gewählt“. Der seit 1999 kommissarisch amtierende Vorsitzende Yusuf Işık gehört dem Vorstand nicht mehr an, alle anderen Vorstandsmitglieder wurden in ihrem Amt bestätigt. Der Posten des Generalsekretärs wurde nicht besetzt. Die Wahl Mehmet Erbakans kann als Zeichen dafür gewertet werden, dass sein Onkel Necmettin Erbakan seine Position als „eigentlicher Führer der IGMG“ absichern und eine Spaltung der Bewegung wie in der Türkei verhindern will. Die inzwischen verbotene Fazilet-Partei (Tugend-Partei) hatte auf ihrem letzten Wahlkongress Mitte Mai 2000 nur knapp den von Necmettin Erbakan unterstützten „Traditionalisten“ Recai Kutun im Amt des Parteivorsitzenden bestätigt. Bereits im Vorfeld dieses Parteikongresses war deutlich geworden, dass ein so genannter „modernistischer“ Flügel unter Abdullah Gül und dem ehemaligen Istanbuler Oberbürgermeister Recep Tayyip Erdoğan fast die Hälfte der Mitglieder und Parlamentsabgeordneten der Partei hinter sich und damit gegen Erbakan versammeln kann. Auf einer IGMG-Veranstaltung soll der Justizminister der ehemaligen Erbakan-Regierung, Şevket Kazan, erklärt haben, dass er mit Necmettin Erbakan in der Türkei die Frage der Neubesetzung des 1. Vorsitzenden der IGMG erörtert habe und Erbakan eine Entscheidung hierüber nach dem besagten Fazilet-Parteitag fällen würde. Wichtigster Gast und Redner der IGMG Vorstandswahl im April 2001: Şevket Kazan.

- Necmettin Erbakan selbst bleibt mit einem Politikverbot belegt, nachdem das Kassationsgericht Ankara am 4. Juli 2000 ein Urteil aus erster Instanz bestätigte, wonach Erbakan nach Art. 312 des Türkischen Strafgesetzbuches zu einem Jahr Haft verurteilt wurde. Die Haftstrafe wurde im Zuge einer Amnestie Ende 2000 in Bewährung umgewandelt.

- Am 22. Juni 2001 wurde die Fazilet-Partei durch das türkische Verfassungsgericht wegen des Verstoßes gegen die laizistischen Grundprinzipien der Türkischen Republik verboten. Begründet wurde dieses Verbot mit den Äußerungen zweier FP-Abgeordneter, denen nun das Mandat entzogen wurde. Die verbliebenen 97 FP-Abgeordneten konnten nach dem Verbot als unabhängige Abgeordnete weiter im Parlament verbleiben. Die erwähnten Differenzen zwischen „Traditionalisten“ und „Erneuerern“ hat kurz nach dem Verbot zu zwei Parteigründungen geführt: Die Traditionalisten/Erbakan-Anhänger gründeten Ende Juli die Saadet-Partei (Glückseligkeits-Partei) unter Recai Kutun („Saadet“ ist nach „Refah“ und „Fazilet“

das letzte verbliebene Schlagwort des Parteiprogramms der MNP -Milli Nizam Partisi-, der ersten Partei von Necmettin Erbakan). Die „Erneuerer“ unter Abdullah Gül und dem noch mit einem einjährigen Politikverbot belegten Recep Tayyip Erdoğan gründeten Mitte August die Adalet ve Kalkınma Partisi (Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung), kurz AK-Partei (Weiße Partei).

- Am 5. Februar 2001 kam der Führer des Milli Görüş nahestehenden Nakshibandiye Ordens (Kotku-Es'ad-Orden) Prof. Mahmud Es'ad Coşan bei einem Verkehrsunfall in Australien ums Leben.

## Das Kalifat von Köln

### 1) Der Kalif Metin Kaplan

Der Verein hat zwar laut Verfassungsschutzbericht nur etwa 1.100 Mitglieder in Deutschland. Während des Verfahrens gegen ihren Anführer Metin Kaplan konnte der Verein jedoch bis zu 4.000 Personen mobilisieren, die am 4. November 2000 in Düsseldorf demonstrierten. Am 15. November 2000 wurde Kaplan vom Oberlandesgericht Düsseldorf wegen öffentlicher Aufforderung zu Straftaten zu einer Freiheitsstrafe von vier Jahren verurteilt. Nach Abschaffung des Religionsprivilegs aus dem deutschen Vereinsrecht (Bundestagsbeschluss vom 19. September 2001) wird derzeit geprüft, ob der Kaplan-Verein „Kalifats-Staat“ verboten werden kann.

### 2) Die Kaplan-Abspaltung Islami Hareket

Die Islami Hareket (IH), bundesweit etwa 300 Mitglieder, umfasst in Hamburg etwa 50 Personen. Seit Mitte 1999 nutzt diese Anhängerschaft ihr neues Zentrum - die „Vahdet-Moschee“ am Steindamm 47. Am 4. Juli 1999 schlossen sich in Hamburg 47 sunnitische und schiitische islamische Vereinigungen zum „Schura - Rat der islamischen Gemeinschaften“ zusammen, darunter die IGMG, die VIKZ, die Jama'at-un-Nur und die Vahdet-Moschee. Adil Çelik von der Vahdet-Moschee ist Mitglied des Vorstandes der Schura. Leitender Vorsitzender der Schura ist Mustafa Yoldaş von der Merkez/Centrum-Moschee (IGMG), der Zentrale des Milli-Görüş-Regionalbereichs Nord. In einer Presseerklärung vom 18. September 2001 zur geplanten Abschaffung des Religionsprivilegs im deutschen Vereinsrecht erklärt der Schura-Vorsitzende Mustafa Yoldaş: „Auch wenn von der oft genannten Kaplan-Gruppe tatsächlich Gewalttaten und diesbezügliche Aufrufe ausgegangen seien, so ist diese Gruppe doch



erstens klein und innerhalb des Islams in Deutschland vollkommen isoliert.“ (Quelle: Schura-Selbstdarstellung, Verfassungsschutzbericht Hamburg 1999 und 2000)

## **Der Verband islamischer Kulturzentren (VIKZ)**

Als Kemal Kaçar am 17. Juni 2000 nach längerer Krankheit stirbt, übernimmt Ahmet Arif Deniz Olgun die Nachfolge/Verwaltung der Süleymancılar-Bewegung. Deniz Olgun ist der Enkel des fast als Heiliger verehrten Gründers der Bewegung, Süleyman Hilmi Tunahan. Bis zum Verbot der Refah-Partei Erbakans im Januar 1998 war Deniz Olgun deren Parlamentsabgeordneter aus Antalya. Danach blieb er parteilos und war vom 4.8.1998 bis zum 11.1.1999 Minister für Verkehr in der Regierung von Mesut Yılmaz. Im Herbst 1999 kamen Gerüchte über eine mögliche Ablösung Nurettin Akmans als Europa-Vorsitzender des VIKZ auf. Akman stand für die Öffnung und den interreligiösen Dialog des VIKZ.

Nach seiner Amtsübernahme ordnete Deniz Olgun als Erstes an, die Organisation auf ihre Wirtschaftlichkeit hin zu prüfen. Er wechselte nahezu alle Führungskräfte aus, bis in die regionalen Ebenen. Bereits im März 2000 wurde Nurettin Akman von seinem Amt als Europa-Präsident entbunden. Er kehrte zurück in die Türkei.

Deniz Olgun schickte aus der Türkei İsmail Hakkı Akgün nach Köln/Deutschland und ernannte ihn zum neuen VIKZ-Vorsitzenden, zuständig für Europa und Amerika. Am 28. Juli 2000 erklärte der VIKZ seinen Austritt aus dem Zentralrat der Muslime Deutschlands (ZMD), der damit seine größte Mitgliedsorganisation verlor. Der VIKZ sei eine eigenständige Dachorganisation und lasse sich nirgendwo einbinden, hieß es inoffiziell als Erklärung. Die Öffentlichkeit erfuhr davon erst am 30. August durch eine Pressemitteilung des ZMD.

Im Rahmen einer Informationsreise durch Europa besuchte Deniz Olgun im September 2000 auch die VIKZ-Zentrale in Köln. Vor dem Hintergrund knapper werdender Gelder ordnete er an, die „Islamische Akademie“ (İslah) zu schließen. Das Geld werde benötigt, die Grundstücke und Gebäude der VIKZ-Moscheen zu erwerben. Bisher befinden sich 200 der etwa 400 VIKZ-Moscheen in Europa im Eigentum der Süleymancılar. Die vorrangige Aufgabe des VIKZ sei die eigene intensive und unverfälschte Erziehung und Bildung „unserer Kinder“ im Sinne Süleyman Hilmi Tunahans auf Türkisch, Arabisch und Persisch. Die Direktive: Religiöse Festigung der Kinder, denn ihre Seele sei in Gefahr. Die Vorgabe, sich nicht einbinden und damit verfälschen zu lassen, zeigt sich auch daran, dass der VIKZ in Berlin seinen Antrag auf Erteilung von islamischem Religionsunterricht an der Schule seit über einem Jahr ruhen lässt.

Unter Deniz Olguns Leitung wurde der unter Akman praktizierte interreligiöse Dialog des VIKZ von heute auf morgen abgebrochen. Der dialogbereite Flügel der VIKZ in Deutschland, vor allem Vertreter der zweiten Generation, geriet intern in die Defensive und nur wenige regionale Verbände, wie in Frankfurt/Main, versuchen vor Ort den Dialog aufrecht zu erhalten. Der bisherige Generalsekretär İbrahim Çavdar wird durch den Islamologen Erol Pürlü ersetzt, während Tahsin Şafak das Amt des Präsidenten des VIKZ-Deutschland weiterhin bekleidet.

Durch den Austritt des VIKZ aus dem ZMD verlor dieser nicht nur die Hälfte seiner Mitglieder, sondern musste auch seine Vorstandsposten neu besetzen. Der bisherige Generalsekretär İbrahim Çavdar wurde im März 2001 durch Ayyub Axel Köhler, Wissenschaftler und Publizist, Vorsitzender der Deutschen Muslim-Liga e.V. und FDP-Abgeordneter in der Bezirksvertretung Köln-Nippes ersetzt.

Zu den Terroranschlägen auf das World Trade Center in New York und das Pentagon in Washington am 11. September 2001 gaben alle islamischen Dachorganisationen Presseerklärungen und Stellungnahmen ab, mit Ausnahme des VIKZ.

## Daten und Fakten über den Islam in Deutschland

Es gibt 309.000 organisierte Muslime in der Bundesrepublik Deutschland. Nach Angaben des Zentralinstituts Islam-Archiv Deutschland werden sie von folgenden Dachorganisationen repräsentiert:

DITIB	150.000
Islamrat	106.000
VIKZ	22.000
ZMD	21.000
IRH	10.000

### Anmerkung:

DITIB	=	Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion
VIKZ	=	Verband islamischer Kulturzentren
ZMD	=	Zentralrat der Muslime in Deutschland
IRH	=	Islamische Religionsgemeinschaft in Hessen



## Die Autoren

### Eberhard Seidel

geb. 1955 in Sommerhausen/Franken studierte Soziologie und lebt heute als Journalist in Berlin. Er ist Leiter des Inlandressorts *der tageszeitung (taz)*.

Er veröffentlichte u.a. folgende Bücher:

- *Aufgespießt. Wie der Döner über die Deutschen kam*, Hamburg 1996.
- *Unsere Türken. Annäherung an ein gespaltenes Verhältnis*, Berlin 1995.
- *Skinheads*, München 1993 (zusammen mit Klaus Farin).
- *Rechtsruck. Rassismus im neuen Deutschland*, Hamburg 1992 (zusammen mit Klaus Farin).
- *Krieg in den Städten. Jugendgangs in Deutschland*, Berlin 1991 (zusammen mit Klaus Farin).

Kontakt: seidel@taz.de

### Claudia Dantschke

geb. 1963 in Leipzig. Das Studium der Arabistik an der Sektion Afrika- und Nahostwissenschaften der Universität Leipzig schloss sie als Dolmetscherin und Übersetzerin für die Sprachen Arabisch und Französisch ab. Von 1986 bis 1990 arbeitete sie als Fremdsprachenredakteurin in der arabischen Redaktion der Nachrichtenagentur ADN der DDR. Sie lebt heute in Berlin und ist stellvertretende Chefredakteurin der deutsch-türkischen Fernsehanstalt Aypa-TV.

Kontakt: aypacd@hotmail.com

### Ali Yıldırım

geb. 1950 in Istanbul siedelte 1970 nach Berlin über. Er ist Diplom Druck-Ingenieur und hauptberuflich allgemein beeidigter Dolmetscher der türkischen Sprache für Berliner Gerichte und Notare. Seit 1990 arbeitet er auch als Journalist. Er war Leiter des Berliner Büros der türkischen Tageszeitungen *Milliyet* und *Sabah*. Seit 1993 ist er Inhaber und Chefredakteur von Aypa-TV, einer deutsch-türkischen Magazinsendung, die über das interkulturelle und interreligiöse Leben Berlins berichtet. Seit Anfang 2000 ist er auch Berliner Korrespondent der türkischen Tageszeitung *Cumhuriyet*.

Kontakt: [www.AYPA.net](http://www.AYPA.net)